Nr. 6 August '94

Weiterarbeit nach der Konferenz in Biedenkopf

2 Editorial: Ein Anfang

5 Vorschlag für eine Veranstaltung zum Klassenkampf in Rußland

8 Briefe aus Lüneburg und Paderborn

Sozialer Krieg

13 Thesen zu Sozialstaat und Mindesteinkommen

20 Wem gehört die Stadt? Bericht aus Köln

International

27 Der Krieg in Kurdistan

29 Streiks: weltweit!

Arbeit, Arbeit

33 Neues vom Bau in Berlin - Bericht

40 Zweite Hand - Bericht vom Anzeigenblatt

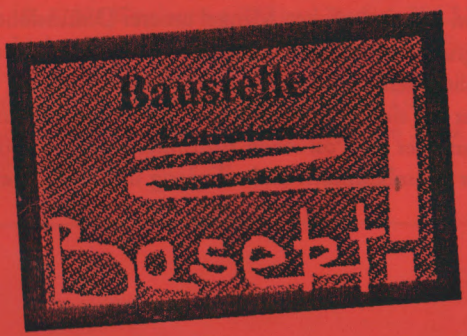
80 Im Supermarkt

Beiträge zur Krise aus AUFHEBEN

44 Theorie vom Niedergang oder...?

66 Buchbesprechung "Midnight Oil"

ALSO
arbeitslosenselbsthilfe oldenburg e.V.



Ein Anfang

Die Konferenz "*Krise/Boom und revolutionäre Politik*" in Biedenkopf und die Weiterarbeit.

Anwesend waren etwa 60 Menschen aus 15 Städten. Vorbereitet waren die Themen Krise, Sozialstaat, Flüchtlinge, Antifa und selbstverständlich die allgemeine Situation im Klassenkampf. Die Referate wurden im Plenum gehalten, diskutiert wurde zuerst in kleineren Arbeitsgruppen, die aber parallel alle Themen angingen. Einige meinten, durch das Zirkular sei das zu erwartende Niveau ziemlich hoch gehängt gewesen. Formal ist am Treffen zu kritisieren, daß die Referate schriftlich hätten vorliegen müssen. Die Diskussionsleitung, sofern es eine gab, hätte stärker darauf einwirken müssen, daß es eine strukturiertere, gleichberechtigtere Diskussion gibt. Ebenso wären Diskussionsleitungen in den einzelnen AGs wichtig gewesen, was heißt die Vorbereitungsgruppe hätte sich besser verteilen sollen, oder die AGs hätten jemand bestimmen sollen. So hätten unsolidarische und somit unproduktive Diskussionen vermieden werden können. Ein Vorschlag war auch, die Referate bereits in kleineren Gruppen auszuwerten, damit jedeR zu Wort kommt. Grundsätzlich positiv ist eingeschätzt worden, daß in allen AGs dasselbe diskutiert wurde, was vielleicht aber durch die große Themenvielfalt nicht einfach war. Da der Diskussionsstand in den verschiedenen Städten unterschiedlich war/ist, wäre eine inhaltliche Zuspitzung der Referate bzw. Diskussionsvorschläge auf konkretere Fragestellungen notwendig gewesen. So verliefen die Diskussionen mangels provokativer Fragen/Thesen schwammig oder es wurde zuviel Zeit in den einzelnen AGs damit verbracht, Kernpunkte einzukreisen. Einigen war das Ziel der ganzen Diskussionen nicht klar und andere waren beständig auf der Suche nach dem Gebrauchswert, den sie mit nach Hause, in den Alltag und dort stattfindende Diskussionen mitnehmen konnten. Die Konferenz war ein Treffen zum Kennenlernen; sowohl auf der persönlichen, als auf verschiedenen politischen Ebenen. Die theoretisch/inhaltliche Arbeit war alles in allem nicht sehr ergiebig. Das hat aber nicht nur, oder nur wenig mit den Mängeln der Vorbereitung und Durchführung zu tun. Da war zum einen die Vielfalt der Themen, die nur das Andiskutieren zuließ, andererseits aber gewährleistete, daß auf vielen Feldern die jeweiligen Standpunkte dargestellt werden konnten - und genau das hat den politischen Erfolg der Konferenz ausgemacht: Sie scheint ein sicherer Boden, von wo aus ein großer Teil (nicht alle) der TeilnehmerInnen gemeinsam und zusammen weiter machen kann.

Dabei wird es jetzt um den eigentlichen Mangel unserer Diskussionen gehen, der weder einer Vorbereitungsgruppe noch den Teilnehmern angelastet werden kann, sondern Ausdruck unserer politischen Schwäche ist. Die Themen betreffen zwar die wichtigen aktuellen Fragen, aber wir sind bisher nicht oder nur ansatzweise in der Lage gewesen, unsere Fragestellungen oder gar Positionen zuzuspitzen und zu vermitteln. Das macht die Diskussion bisher so unbestimmt und schwierig und muß überwunden werden.

Zuspitzen: das heißt zu tatsächlich diskutierbaren Fragestellungen, möglicherweise zu provokanten Thesen zu kommen. Zum Thema Krise wird bespielsweise zu klären sein, wie sich aktueller Klassenkampf zu aktueller Konjunktur verhält (also: haben die Kämpfe und Verhaltensweisen des Proletariats, der ArbeiterInnenklasse das Kapital in die Krise getrieben oder ist umgekehrt die Krise der Ökonomie vielleicht Ausdruck der Stagnation im Klassenkampf); oder welchen Einfluß hat die Ökonomie (Konkurrenz, Währungsspekulation etc) auf den Klassenkampf? Beim Thema Antifa könnte gefragt werden: Welchen Sinn macht Antifaschismus als besonderer Teil antikapitalistischer Politik? Hilft Antifa überhaupt gegen Faschismus?
Vermitteln: Das bedeutet nicht nur, die Diskussionen so zu führen, daß sich alle (auch jüngere GenossInnen, die noch nicht Zeit und Muße hatten, alle 42 Bände der MEW zu lesen) beteiligen und mit ihren Erfahrungen einbringen können. Das bedeutet vor allem, zwar nicht die Abstraktionen der Theorie zu meiden, aber bewußt auf die Fragen zuzusteuern, die sich uns in der Praxis stellen. Wiederum am Beispiel Krise: Wenn der Klassenkampf im Allgemeinen der Motor der Geschichte ist, dann ist doch das Einzelkapital und die einzelne Belegschaft zu einem gewissen Grad Opfer der Entwicklung (und verhält sich oft auch so). Die Klärung der allgemeinen Fragen könnte so möglicherweise ein Koordinatensystem hervorbringen, anhand dessen die objektive und subjektive Situation eines bestimmten Teils der Klasse genauer begriffen werden könnte.
In Biedenkopf blieb am Ende nur Zeit für eine allgemeine Verständigung darüber, daß das Zirkular weitergeführt werden muß und eine neue Konferenz für 1995 vorbereitet werden soll. Mitte Juli haben sich einige Leute in Göttingen getroffen um dies politisch und organisatorisch auf den Weg zu bringen. Folgende Absprachen wurden getroffen:
1. Das Zirkular wird weiterhin, jeweils zum 1. jeden Monats erscheinen. Um die Herausgabe und Verbindlichkeit der Diskussion bei Vermeidung allzu großen technischem und organisatorischem Aufwand zu sichern, werden (vorbehaltlich der Zustimmung der Gruppen, die nicht vertreten waren) 4 Regionalredaktionen gebildet:

Wildcat Zirkular Nr 6, August 1994

Kontakt:
Ost: Sisina, Postfach 360 527, 10975 Berlin, Tel: 030/6121848
West: Sisina, Postfach 301 206, 50782 Köln ★ Infoladen, Postfach 1334, 33043 Paderborn
Nord: Zirkular, c/o St.Pauli Str. 10, 28203 Bremen ★ Gruppe (Z), c/o Buchladen Rote Straße, Rote Straße 10, 37073 Göttingen ★ Wildcat, Postfach 306 325, 20229 Hamburg
Süd: Wildcat, VK Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim, Tel+Fax: 0621/6295271 ★ Postlagerkarte 17 26 49 E, 79001 Freiburg
Abobestellung: Zirkular 6 - 11: 24 DM; Einzelexemplar 4 DM.
Schriftliche Bestellung an Sisina, Berlin und Überweisung an Sisina GbR, Kto.-Nr. 315 02-109, Postbank Berlin, BLZ 100 100 10
V.i.S.d.P.: P.Müller

Süd mit GenossInnen aus Frankfurt, Mannheim/Ludwigshafen und Freiburg; *Ost* mit Berlin und Potsdam; *West* mit Köln, Leverkusen, Paderborn, Osnabrück u.a. und *Nord* mit Göttingen, Hamburg, Bremen.

2. Das Zirkular wird seinen bisherigen Namen beibehalten ("bis zwingende Gründe eine Änderung erfordern") und prinzipiell auch seinen bisherigen Charakter: Berichte, Infos, Untersuchungen, Diskussion. Die Redaktionen achten darauf, daß die Diskussion in Gang kommt, d.h. möglichst breit ein gegenseitiger Bezug hergestellt wird. *Ein* roter Faden für die Diskussion der nächsten Zirkulare wird wohl der Bezug auf das neue Buch von Karl-Heinz Roth (erscheint demnächst im ISP-Verlag, Köln) sein. Zur Koordinierung der Arbeit werden sich die Regionalredaktionen schwerpunktmäßig um bestimmte Themenbereiche kümmern:

Süd: Krise, Fabrik, Krankenhaus, Arbeitsorganisation

Ost: Rassismus / (September- Ausgabe)

West: Sozialer Krieg und (Sozial)Staat / (Oktobernummer)

Nord: Antifa / (November).

Folgende Regeln zur Veröffentlichung wurden verabredet:

Alle Beteiligten kümmern sich um das Zusammentragen von Infos. Alle Gruppen machen nach und nach Berichte aus ihren Städten (lokale Struktur der Ausbeutung, politische Strukturen, Diksussionen, eigene Initiativen mit Erfahrungen und Perspektiven). JedeR ist aufgefordert und frei, zu den aktuell diskutierten Themen Stellung zu nehmen. Längere "Fremdtexte" können dazu eingereicht werden, es muß aber ihre Bedeutung ausführlich schriftlich erklärt werden. Die jeweiligen Redaktionen kümmern sich um Fortführung der Diskussionen, Zusammenstellung, um ein brauchbares Erscheinungsbild (es wird auch in Zukunft kein immer gleiches Titelbild bzw. Titelschriftzug geben), um Herstellung und Versand. Redigierung der einzelnen Artikel soll zurückhaltend und natürlich nur in Rücksprache mit den AutorInnen geschehen. Aboverwaltung und Abrechnung bleibt bei SISINA, Berlin. Alle LeserInnen sind zur Teilnahme an den Diskussionen aufgefordert.

3. Eine Konferenz wird für das Frühjahr 95 anvisiert. Über Charakter und Themen wird anhand des Fortgangs der Diskussion (und des Klassenkampfs) auf einem Treffen im Oktober entschieden werden.

4. Rundreisen zur Durchführung von öffentlichen Veranstaltungen werden vorbereitet. Den Vorschlag für Veranstaltungen zur Entwicklung in Rußland findet Ihr schon in diesem Heft.

Inhalte des nächsten Zirkulars werden u.a. Diskussionsbeiträge zum neuen Karl-Heinz Roth - Buch; Rußland und ein Bericht aus Berlin sein. Einsendungen bis Mitte August.

Ludwigshafen, den 27. Juli 1994

Vorschlag für eine Veranstaltung zum Klassenkampf in Rußland

Wir waren mehrmals in Rußland und haben Interviews gemacht und Videos produziert. Wir wollen wie letztes Jahr (mit den Videos zu Kämpfen in den USA) wieder Rundreisen machen. Dabei geht es darum, Krise und Kämpfe in Rußland zum Ausgangspunkt für eine Diskussion über die Situation in der BRD und in eurer Stadt zu nehmen. Nach den Erfahrungen von den letzten Rundreisen wollen wir diesmal aber einiges anders machen.

1. Vorbereitung

Wer sich vorstellen kann, so eine Veranstaltung mitzumachen, soll sich möglichst bald melden. Wir wollen uns mit allen vorher treffen und genau durchsprechen, was interessant ist, wie die Situation in der Stadt ist, was die lokalen Probleme sind usw. So könnt ihr genau sagen, was ihr mit so einer Veranstaltung und der Diskussion erreichen wollt, und wir können uns besser auf die spezielle Situation vorbereiten. Eine Erfahrung der letzten Rundreisen war, daß jeweils sehr unterschiedliche Leute dort saßen, die auch ganz verschiedene Sachen von uns erwarteten. Mit einem statischen Programm, daß wir dann abspulten, konnten wir dem nicht gerecht werden. Oft wußten die lokalen VeranstalterInnen nicht so genau, worauf wir hinaus wollten. Und manchmal wußten sie auch nicht, worauf sie selbst hinaus wollten. Also wollen wir euch alle vorher besuchen! (Ausnahme: Die Städte, in denen wir schon waren und bei denen sich über die Mailbox die wichtigsten Fragen klären lassen).

Die ersten Termine könnten im Oktober sein. Die müssen also bis spätestens Ende August feststehen. Alle VeranstalterInnen werden spätestens Ende September den Video, Infomaterial und Veranstaltungsplakate bekommen (Kostenpunkt ca. 60,-).

Wir wollen diesmal nicht fünf oder sechs Veranstaltungen hintereinander machen, sondern immer schön zwei an einem Wochenende und dann wieder nach hause. Das andere war einfach zu stressig. Also eine Veranstaltung am Freitag, Nachbereitung mit den VeranstalterInnen am Samstag mittag und zweite Veranstaltung Samstag abend mit Nachbereitung Sonntag mittag. So haben wir Zeit, die Erfahrungen vom Vorabend jeweils noch zu diskutieren und eventuelle Absprachen zu machen, die Weltlage zu klären usw.

2. Videos

Wir werden zwei Videos mitbringen, wobei wir jeweils nur einen, eventuell aber auch beide zeigen können:

— "*Dawai, Dawai! Interviews zum Klassenkampf in Moskau*" ist ca. 30 Minuten lang. Wir haben den im Sommer 1993 und Frühjahr 94 gedreht. Wir wollten die Lebens- und Kampfbedingungen verschiedener Teile der Klasse zu verstehen. Es geht also um die neue Klassenzusammensetzung in Rußland. Wir haben Jugendliche, Frauen, Fabrik-ArbeiterInnen, RentnerInnen interviewt. Im Video erzählen sie über ihre Lebensbedingungen, ihre Kämpfe usw.

(Der Rohschnitt des Films ist schon fertig. Wer den Text jetzt schon haben will, soll sich in Berlin melden. Ab Ende August gibt es den Film auch zu kaufen.)

— "*Slawa Trudu? ArbeiterInnenkämpfe und Nationalismus in Tscherepowez*", ca. 20 Minuten lang, haben wir im Frühjahr

1994 gedreht. Tscherepowez ist eine Stadt mit einem großen Stahlwerk, ca. 400 km nördlich von Moskau. Wir haben Interviews mit ArbeiterInnen im Stahlwerk und mit Leuten von der unabhängigen Gewerkschaft gemacht. Die Gewerkschafter vertreten auch nationalistische Ziele. Die Überdeckung von sozialer Kämpfe mit Nationalismus steht im Mittelpunkt des Videos. Uns geht es um eine Diskussion darüber, wie wir die sozialen Konflikte hier offensiv aufgreifen und gleichzeitig die nationalistische Mobilisierung/Argumentation angreifen und Kampfmöglichkeiten aufzeigen können. (Dieser Video ist erst Anfang September fertig)

Der erste Video soll im Mittelpunkt der Veranstaltung stehen, weil er eine allgemeine Diskussion über die Lebens- und Kampfbedingungen in Rußland erst ermöglicht. Der zweite Video ist viel spezieller und eröffnet nur die Diskussion über Nationalismus/Antifa. Ob diese Diskussion bei euch wichtig ist, und ob wir das Konzept der Veranstaltung verändern müssen, können wir ja dann vorher klären.

3. Vortrag zum Klassenkampf in Rußland

Wir wollen anhand der Videos Thesen rausarbeiten, die die Diskussion über die Situation hier einleiten. Das geht nicht dadurch, daß wir einfach die Situationen dort und hier vergleichen. Es geht mehr um die Fragestellungen und um den Blickwinkel (= Klassenstandpunkt), unter dem wir die Kämpfe betrachten. Neuzusammensetzung der Klasse, d.h. Kämpfe der Klasse auf der einen Seite, Angriff des Kapitals auf der anderen Seite sowie die jetzige Krise sind die Kernbegriffe der Analyse.

In der September-Ausgabe des Zirkulars gibt es ein Papier, in dem die Grundthesen dieses Vortrags dargelegt werden. (Auch ab Mitte August unter der berliner Adresse zu bekommen).

a) Im ersten Teil des Vortrags wollen wir die Kämpfe seit Anfang der Perestroika nachzeichnen: Perestroika als Angriff auf die Arbeitsverweigerung der Klasse; Versuche der ArbeiterInnen, ihre beschissenen Lebensbedingungen zu verbessern; Kämpfe gegen die Versuche, die Arbeit zu intensivieren; Kämpfe gegen die weitere Verschlechterung der Versorgung mit Lebensmitteln und Konsumgütern; Abkoppelung der Lohnerhöhungen von der Produktivität; Inflation und Zusammenbruch des Plansystems; Vereinnahmung durch die "demokratische" Bewegung und das Ende der Sowjetunion; Machtkämpfe und Putschversuche bei der Auseinandersetzung um das neue Akkumulationsmodell; Kämpfe in Rußland seit 1991; usw. (ca. 10 Minuten).

b) Im zweiten Teil werden wir speziell auf die Situation und Kämpfe von Frauen eingehen. Durchgesetzter Zwang zur Lohn- und Hausarbeit in der Sowjetunion; unbezahlte Reproduktionsarbeit der Frauen in der Familie; relative Stärke der Frau in der Familie und gesellschaftliche Entrechtung; Verschärfung der Bedingungen seit Mitte der 80er durch Verarmung und Entgarantierung; Ausbruch der Frauen aus traditionellen Rollen; neue Formen sexistischer Ausbeutung; usw. (ca. 5 Minuten)

c) Im dritten Teil geht es uns um nationalistische Bewegungen und Strömungen und Ursachen und Gründe für die nationalistische Mobilisierung, die rot-braunen Bündnisse und die nationalistische Politik der Regierung. MigrantInnen in Rußland; Zusammenhang von sozialen Kämpfen und

Nationalismus; nationalistische Organisationen; nationalistische Orientierung staatlicher Politik; usw. (ca. 5 Minuten)

d) Im vierten und letzten Teil gehen wir nochmal auf die aktuelle Lage in Rußland ein und versuchen die Ergebnisse der Analyse thesenartig zusammenzufassen: Neuzusammensetzung; Krise; Frauenkämpfe; Nationalismus; neue Kämpfe; usw. (ca. 5 Minuten)

Insgesamt sollte der Vortrag zu Rußland incl. Video nicht mehr als eine Stunde dauern.

4. Politische Diskussion

Eine sinnvolle Diskussion über die Klassenkämpfe in der BRD setzt voraus, daß wir uns vorher über die Ziele einer solchen Auseinandersetzung einigen. Es bringt ja nichts, wenn wir da irgendwelche Thesen vortragen, mit denen ihr nichts anfangen könnt, oder die eure lokalen Probleme gar nicht ansprechen. Hier einige Ideen für diese Diskussion:

a) Im ersten Teil sollten wir die Ergebnisse der Rußland-Analyse auf die Situation in der BRD beziehen und einen kurzen Überblick über die Kämpfe in der BRD in den letzten Jahren geben: Neuzusammensetzung der Klasse; Angriffe auf die verschiedene Teile der Klasse im Westen; Umbau des Sozialstaats; Streikbewegungen vom öffentlichen Dienst bis zur Post; Jugendbewegungen; Kämpfe in der Ex-DDR und Transferleistungen zur Befriedung; Generalangriff auf Belegschaften der Ex-Kombinate; neue Arbeitsverhältnisse und neues Lohnniveau; Bischofferode; Krisenpolitik und Kämpfe dagegen; usw. (ca. 10 Minuten)

(Das Kapitel zur BRD im neuen Roth-Text scheint uns übrigens als Diskussionsgrundlage geeignet.)

b) Diesen Vortrag sollten die örtliche VeranstalterInnen durch einen Beitrag zu der Situation in ihrer Stadt ergänzen: Kämpfe in den Betrieben; Vertreibung und Stadtteilkämpfe; Antifa und andere Mobilisierungen; usw. (ca. 10 Minuten)

c) Zum Abschluß kämen dann noch Thesen bzw. Fragestellungen zu den Kämpfen in der BRD. Dabei geht es uns auch nochmal um die Verbindung der Erfahrungen in Rußland mit denen hier, die Frage der internationalen Neuzusammensetzung der Klasse, Ansätze für unsere lokalen Interventionen, die Probleme bei der örtlichen Organisierung, usw. (ca. 5 Minuten)

Dieser Teil zur BRD wäre nochmal ca. 30 Minuten lang, also insgesamt 90 Minuten. Mit Fragen und Zwischenbemerkungen sind wir dann bei zwei Stunden. Wenn wir drei bis vier Stunden für die Veranstaltungen einrechnen, bleiben ein bis zwei Stunden zur Diskussion. Sollte das zu wenig sein, können wir die Beiträge noch straffen.

5. Technix

Also meldet euch bis spätestens Mitte August in Berlin (siehe Impressum) und macht gleich Terminvorschläge für ein erstes Treffen und für die Veranstaltung.

Wir haben natürlich schon mit Leuten über eine eventuelle Veranstaltung gesprochen und wollen auch wieder in Städte, in denen wir schon im letzten Jahr waren. Voraussetzung ist diesmal aber, daß es eine örtliche Vorbereitung gibt. Also hier die Orte, wo wir hinwollen, bzw. mit denen wir schon Vorgespräche hatten (nehmt es also als Vorschlag; jeweils als Paar, wegen Wochenende und so (s.o.)):

Paderborn / Osnabrück, Potsdam / Halle, Braunschweig / Hamburg, Göttingen / Mannheim. o

Liebe ZirkulargenossInnen,

leider kann ich am Treffen am 15. - 17.7. nicht teilnehmen, da ich im Augenblick nervlich ziemlich am Ende bin, was was mit meiner Situation im Betrieb zu tun hat. Ein Bericht, der eigentlich für das Zirkular 4 bestimmt war, lege ich mit bei[1]. Ob er für eines der nächsten Zirkulare taugt, müßtet Ihr besprechen. Auf jeden Fall müßte er ergänzt werden, weil es mittlerweile eine interessante Betriebsratswahl gegeben hat und zum weiteren Entlassungen, wozu ich wegen Nichtzustimmung des neuen Betriebsrates leider nicht zugehörte. Na ja, und das macht es halt so schwer.

Den Artikel über den VW-Tarifvertrag[2] halte ich informationstechnisch für nicht unwichtig; einfach weil er Auswirkungen eines auch von den Gewerkschaften gepriesenen Abschlußes aufzeigt. Auch wenn er nicht vom Verhalten der VW-ArbeiterInnen, wie sie mit den Teil umgehen, ausgeht.

Für die theoretische Diskussion wollte ich den Abdruck "Der weltweite Klassenkampf" aus der Einleitung der amerikanischen Ausgabe von Midnight Oil von "Arbeit-Energie-Krieg" vorschlagen. In Diskussionen mit Leuten, die in irgendwelchen Kämpfen stecken, z.B. auch unorganisierter Antifa, Anti-AKW oder Häuser, stecken; aber auch in Diskussionen mit KollegInnen stelle ich immer wieder fest, daß sich eine Vorstellung in den Köpfen von Klassenkampf und Arbeiterklasse geprägt hat, der mit heroischen Proleten in Blaumännern hinter roten Fahnen herlaufend stolz vom Klassenfeind abgeknallt zu werden asketisch lebend und rein. metaphisiert werden. Alles Werte, mit denen sich viele der realen KlassenkämpferInnen nicht mit identifizieren wollen. Und recht so. Und da hat mir der Text bisher schon das eine oder andere Mal, zwar nicht grundlegend aber über den Moment geholfen. Auch in Biedenkopf wurde in vielen Beiträgen immer wieder Klassenkampf auf Industriebetriebsarbeit fixiert. Diese Verengung wird uns auf Dauer nicht weiterhelfen. Gerade auch, weil ich glaube, daß der "nächste" Klassenkampfzyklus nicht in den Industriebetrieben losbrechen wird. Dann schon eher bei den SchülerInnen; was dann natürlich auf die Fabriken zurückwirken kann. Jedenfalls halte ich es für notwendig, daß der überkommene Klassenkampfbegriff aufgebrochen wird und der Midnight-Notes-Text erscheint mir da als Ausgangspunkt ganz gut.

Zum anderen erlebte hier in der Region der Anti-AKW-Kampf in den letzten Wochen soetwas wie ein überraschendes Revivel (?). Im Zusammenhang mit der geplanten Einlagerung des ersten Castors ins Gorlebener Zwischenlager. Heute (12.7.) scheint der geplante Transport diese Woche tatsächlich gestoppt worden zu sein. Auch wenn es erstmal rein rechtlich (2 Einsprüche von "Menschen", die erst

---

[1]lag nicht bei; ist aber fürs nächste Zirkular versprochen (d.Red.)

[2]aus *Kritik und Widerstand*, 12/94, siehe nächste Seite

Was ist aus dem VW-Tarifvertrag geworden

Statt Vier-Tage-Woche Flexibilisierung und Entlassungen

November 1994: Kaum eine Meldung hatte die öffentliche Meinung so angeregt, wie die Ankündigung der Volkswagen AG, in den deutschen Werken die Vier-Tage-Woche einzuführen, einen Teil des Lohnes zu kürzen und dafür den Beschäftigten den Weg zum Arbeitsamt zu ersparen. Die Meinungsmacher feierten dieses Abkommen als Sieg der Vernunft. Es gab Zustimmung und Lob von allen Seiten. Dieser Abschluß sollte eine Signalwirkung auf alle Metallbetriebe haben.

Der IG-Metall-Vorsitzende Klaus Zwickel nannte diesen Abschluß „intelligent und sozial vernünftig". Es gab aber auch Skeptiker, die vertraten die Meinung, daß die Angst um den Arbeitsplatz mit am Verhandlungstisch gesessen hat.

Weitere Flexibilisierungen

Die Umsetzung dieses „intelligenten Tarifvertrages" gestaltete sich sehr schwierig. Erst im April 1994 konnten die neuen Schichtpläne eingeführt werden. Nach Pressemeldungen wurden in den sechs VW-Werken 100 verschiedene Arbeitszeiten vereinbart. In der berühmten „Halle 54" wird in vier Schichten, sogar nachts durchgearbeitet. Mit diesen Schichtplänen ist die totale Flexibilisierung der VW-Belegschaft durchgesetzt. Das ist das, was sich die Unternehmer für die ganze deutsche Wirtschaft vorstellen.

Kaum war die Unterschrift unter die neuen Schichtpläne trocken, da sollte die Arbeitszeit wieder heraufgesetzt werden. Mehrarbeit ist angesagt. Im VW-Werk Baunatal muß wegen der lebhaften Automobilnachfrage von der 28,8-Stunden-Woche abgerückt werden. Im Transporterwerk Hannover soll nach einem noch nicht genau definierten Zeitraum die Vier-Tage-Woche zunächst nicht eingeführt werden. Auch in den Werken Wolfsburg und Kassel ist die Mehrarbeit über die 28,8-Stunden-Woche hinaus geplant.

Trotzdem weiterer Stellenabbau

Immer noch offen ist das von der Konzernspitze und dem Gesamtbetriebsrat angekündigte Block- und Stafettenmodell, welches 10000 Arbeitsplätze sichern soll. Das Blockmodell sieht vor, daß nach neun Monaten Arbeitszeit jährlich gekündigt werden kann. Es folgen drei Monate, in der sich die Betroffenen qualfizieren sollen. Wer den Verdienstausfall bezahlen soll, ist in keiner Weise geregelt. Auch die Vereinbarung, mit der die über 55jährigen herausgedrängelt werden sollen, konnte noch nicht abgeschlossen werden. Dieser „intelligente" Tarifvertrag war gedacht, Massenentlassungen zu verhindern. Trotzdem sind in den ersten Monaten dieses Jahres weitere 4 100 Beschäftigte entlassen worden.

Dr. Klaus Lang, Leiter der Tarifabteilung der IG Metall, schreibt in der *konkret:* „Für die IG Metall ist die VW-Regelung eine Bestätigung, damit auf dem richtigen Weg zu sein."

(ws)

gerichtlich geklärt werden müssen) aussieht, bin ich schon der Meinung, daß der Widerstand der letzten Wochen ausschlaggebend für die Entscheidung von Staat und Industrie war. Vielfältige Aktionen, von Anschlägen auf Bahn und Straßen, auch mit Vielen, über Straßenblockaden bis "Sprengen" des Dannenberger Rathausplatzes mit Gießkannen waren an der Tagesordnung. Am Zwischenlager gibt es wieder ein Hüttendorf. Auch hier wieder waren viele SchülerInnen. vorrangig aktiv. Über alte Bekannte bin ich am Rande in die Aktivitäten eingegliedert (Telefonketten, Gleise beobachten). Zu den neuen AktivistInnengibt es allerdings kaum Kontakte. Trotzdem habe ich Lust, mich mit den Leuten mal zu unterhalten, aber nicht um als Alter die Diskussion zu bestimmen, sondern um im Alter von der Jugend zu lernen (die müssen schließlich für unsere Rente sorgen; und zwar mit Freude). Das wär also auch ein Zirkularprojekt, würde aber etwas Zeit in Anspruch nehmen. Wenn ihr damit einverstanden wärt, wäre das ein produktiver Arschtritt für mich.

Ansonsten finde ich Chiapas zu beobachten wichtig. Da sind doch im August die Präsidentschaftswahlen. Und die sind doch irgendwie ein Kristalliationspunkt in den ganzen Krawall da gewesen. Die SchülerInnenbewegung in Frankreich sind meiner Meinung nach auch noch mal so'n Punkt, die ich für die Antifa-Diskussion hier ganz wichtig finde. Da wurde doch im realen Klassenkampf der Rassismus überwunden; in den Forderungen und Demonstrationen um die Rückkehr der beiden ausgewiesenen Algerier. Ich halte das als ein ganz wichtiges Beispiel. Mit Anti-Rassismus können wir den Rassismus in die Schranken verweisen aber nicht überwinden. Die Voraussetzung für jeden Anti ist die Existenz des.Gegenteils. So ist Antifa halt angewiesen auf die Faschisten. Für die Überwindung sind aber andere Kategorien notwendig. Ne Diskussion in diese Richtung halte ich für wichtig. Das Frankreich-Teil könnte da ein Anfang sein.

Ansonsten finde ich die Idee mit den drei Redaktionsgruppen gut, weil ich denke, daß damit eigentlich alle GenossInnen, die Interesse haben an der inhaltlichen und praktischen Erstellung des Zirkulars eingebunden sind.

Mit revolutionären Tschüß, C.

Zum Biedenkopftreffen, für das Zirkular

In Paderborn wurde das Treffen nicht (zusammen) nachbereitet. Ich will aber trotzdem ein paar Sätze dazu schreiben, weil ich es wichtig finde, daß aus den Städten eine Resonanz kommt.

Den letzten Eindruck, den das Treffen bei mir hinterlassen hat, war eher ein verwirrender. Dazu beigetragen hat wohl die Tatsache, daß sich die Diskussionen im und ums Plenum selten an einer These oder an einer anderen allgemeinen Grundlage festgemacht hat und sich deshalb oft verlor bzw. nur von wenigen geführt wurde. Ich glaube, daß wir die Auseinandersetzung in den Gruppen zu wenig (eigentlich gar nicht) an den Zirkulartexten orientiert haben. Das wäre so eine Grundlage gewesen. Die Referate waren irgendwie recht allgemein. Für trainierte wildcat-LeserInnen nix neues. Und da steckt z.B. bei mir der Knack-Punkt, nicht daß ich nicht regelmäßig die wildcat lese, aber mir fehlt ab nem gewissen Moment die Methode, um Texte/Thesen auf die (Klassen-) Realität beziehen und daran ihren Gebrauchswert ermessen zu können. Wenn dann den Schreibtischprodukten des x die des y entgegengehalten werden (auch auf dem Treffen), dann ist bei mir meistens Schicht. Also sind immer Fragen geblieben, inkonsequenterweise nie allzu laut gestellt, die auch durch die Sachen im Zirkular nicht beantwortet werden konnten, was aber für ne Methode zur Analyse wichtig wäre. Z.B.

- das Verhältnis von Kapital, Klasse und Markt,
- in welchem Ausmaß sind Konkurrenz, Unberechenbarkeit des Marktes (oder hat das Kapital den Plan ?) für Krisen verantwortlich
- wo ist das Kapital auch heutzutage einfach nur unfähig, "seine" Wirtschaft zu organisieren
- in welchem Verhältnis steht das zum grundlegenden Teil, daß die Klasse die Krise macht,
- wie wirkt der Kampf der Klasse mit der innewohnenden Unfähigkeit des Kapitals zusammen

Wie gesagt, es geht auch nicht darum, krampfhaft zu versuchen, sich Gesetzmäßigkeiten aus den Fingern zu saugen. Es geht mehr darum, Infos, Berichte und Alltägliches durch ne theoretische Arbeit verallgemeinern zu können. Im Zirkular Nr. 1 sind in dem Krisen-Text Teile aus einem Text von Negri, in dem er über die "Möglichkeit der Krise" schreibt. War zwar abstrakt, aber hatte doch den Ansatz, diese, von vielen gemachte "Trennung" (in ihren Theorien) von kapital-innewoh-

nenden Widersprüchen und Klassenkampf in ein Verhältnis zu einander zu setzen. Vielleicht bringt der Rest des Textes ja mehr.

Wo ich auch noch zu wenig von verstehe, ist die ganze Finanzkapitalscheiße. Kredite, Börsenkram und Auslandsschulden (wem schuldet das US-Kapital etwas, bei soundso viel Billionen. Was hat das zu sagen ?).

Und spätestens da sollten wir uns fragen, wo wir daraus ne praktische Perspektive entwickeln können. Das war auch auf dem Treffen und im Zirkular bis jetzt eine unausgesprochene Sache, nämlich warum wir uns den Papierkram reinziehen. Wenn wir uns im Betrieb oder auf der Straße bewegen, dann kriegen wir die Krise dadurch mit, weil sie sich da ausdrückt und wir auch nur da ansetzen können. Wo hilft uns die Theorie ? Klar, wir haben eine globale Einschätzung, lernen Geschichte zu verstehen, bei der Scheiße, die abgeht brauchst du auch ein Instrument, um das zu verstehen. Aber ab wann wird das zum Selbstzweck, zur Beruhigung ?

Wir sollten versuchen, das zusammen zu vermitteln.

Wir sollten im Zirkular auch mehr über unseren alltäglichen Kleinkrieg mit dem System schreiben. Also nicht nur über Aktionen, sondern auch, was wir auf Ämtern, auf der Arbeit und sonstwo machen. Welche Erfahrungen in letzter Zeit beim Diskutieren gemacht wurden, wie die Stimmung in der Klasse ist, wie auf andere politische Sachen, die wir reinbringen reagiert wird, z.B. Zeitungen und Flugis, die nicht unmittelbar was mit der Arbeitssituation zu tun haben. Über die Situation in Paderborn und was ich betrieblich machen will, schreib ich im Städtebericht.

fight the power

Paderborn, 19.7.1994

Anzeige der Redaktion:

Wir haben einen längeren Bericht mit Flugblattdokumentation über die Bewegung der französischen Jugendlichen gegen die Senkung des Mindestlohns aus *Nantes*, einer der Hochburgen der Bewegung, übersetzt. Ihr könnt ihn bei der Berliner oder der Mannheimer Adresse bestellen.

Thesen zu
Sozialstaat und Mindesteinkommen

(Meinem mündlichen Vortrag frei nachempfunden, da ich ihn vorher nicht schriftlich formuliert hatte – ich bitte daher Abweichungen zu entschuldigen.)

1. **Der Sozialstaats ist nicht in die Krise geraten, weil er zu teuer geworden ist, sondern weil er seine Aufgabe, den allgemeinen Arbeitszwangs aufrechtzuerhalten, nicht mehr erfüllen kann.**
2. **Der bisherige gesellschaftliche Konsens, der sich in dem System der Sozialversicherung ausdrückt, beruhte auf einer bestimmten historischen Klassensituation und einem dementsprechenden Arbeiterverhalten. Dieses ist seit den 70er Jahren dauerhaft in die Krise geraten.**
3. **Die Vorschläge zu einem Mindesteinkommen/Bürgergeld sind Versuche, die Absicherung des Arbeitszwangs angesichts veränderter Klassenverhältnisse wieder zu festigen.**
4. **Von einer revolutionären Perspektive aus kann es weder darum gehen, das alte System der Sozialversicherungen zu verteidigen, noch darum, sich an der Formulierung neuer staatlicher Sicherungskonzepte zu beteiligen.**

Zu 1. In der öffentlichen Debatte wird unterstellt, die Kosten für den Sozialstaat seien an eine magische Grenze gestoßen, ab der er einfach »zu« teuer sei. Eine solche Grenze läßt sich aber überhaupt nicht bestimmen. Es könnte ein beliebig hoher Anteil des Bruttosozialprodukts als sozialstaatliche Leistung umverteilt werden, solange damit die allgemeine Profitabilität des Kapitals gesichert wird. »Zu« teuer ist der Sozialstaat in Bezug auf seine Funktion geworden: den Arbeitszwang abzusichern. Die Experten der sozialen Sicherung sprechen davon, daß der Sozialstaat nicht mehr gesellschaftlich integrativ wirke. Die Sozialleistungen versagen dabei, die ProletarierInnen in ein dauerhaftes Arbeitsleben einzubinden.

Die Behauptung, der Sozialstaat sichere den allgemeinen Arbeitszwang ab, erscheint auf den ersten Blick paradox. Gerade die sozialstaatlichen Leistungen werden doch im Unterschied zum nackten Lohn für Zeiten der Nicht-Arbeit gewährt. Aber alle diese Leistungen sind unmittelbar an die prinzipielle Bereitschaft zur Arbeit bzw. das faktische Arbeitsverhalten gekoppelt: Wer Sozialhilfe beziehen will, muß Arbeitsbereitschaft zeigen, kommunale Zwangsarbeit hinnehmen oder sich durch Kinderaufzucht für die Nation nützlich erweisen. Die Zahlung von Arbeitslosenunterstützung, Krankengeld oder Rente ist an die Höhe des früheren Arbeitseinkommens und die Dauer der stabilen Integration in ein Ausbeutungsverhältnis geknüpft. Diese Zahlungen setzen voraus, daß prinzipiell gearbeitet wird und nur in besonderen

Situationen auf sogenannte »Lohnersatz«-Leistungen zurückgegriffen werden kann. Auch historisch wurden sie nach und nach erst in dem Maße gewährt, wie die ProletarierInnen sich an diese historisch einmalige Form eines dauerhaften Arbeitslebens hatten gewöhnen lassen – wozu es einiger Kämpfe und der Befestigung von Vermittlungsorganen, die aus Teilen des Proletariats selber entstanden (Gewerkschaften, institutionelle Beteiligung der Arbeitervertreter), bedurfte. Historisch bleibt aber auch festzuhalten, daß der Sozialstaat keine Forderung der Klassenkämpfe des letzten Jahrhunderts war, sondern eine Antwort der Unternehmer und des Staates auf die explosive Klassendynamik. Das Entscheidenste bei dieser staatlichen Form der Absicherung war, daß sie einen gesellschaftlichen Konsens, d.h. eine allgemeine Vorstellung von Gerechtigkeit ihrer Leistungen erzeugen konnte – den Versicherungsfetisch als Fortsetzung des Lohnfetischs im sozialen Staat.

Zu 2. Dem angeblichen Begründer des Sozialstaats in Deutschland, Fürst Bismarck, schwebte ursprünglich etwas ganz anderes als eine Sozial**versicherung** vor. Er erhoffte sich politische Legitimation durch die unmittelbare Gewährung von Geldalmosen durch den Staat. Dies widersprach aber der im Lohnverhältnis enthaltenen Freiheit des Arbeiters – er tauscht seine Arbeit (so erscheint es ihm) für bestimmte Zeit gegen Geld, behält also seine Freiheit als individueller und unabhängiger Warenbesitzer.

[Die männliche Form ist hier als theoretische Zuspitzung durchaus angebracht: die sich im Sozialstaat herausbildende Form des Lohns und der Lohnersatzleistungen unterstellt nämlich als Ideal die Nicht-Lohnarbeit der Frau und ihren Verbleib als Reproduktionsarbeiterin im Haushalt. Sie blieb damit von dieser Seite der proletarischen Freiheit, der individuellen Unabhängigkeit als Waren- und Geldbesitzer ausgeschlossen und in einem persönlichen Zwangs- und Abhängigkeitsverhältnis eingeschlossen. Der Sozialstaat diente auch dazu eine stabile, wenn auch neuartige Geschlechterbeziehung zu fixieren, deren Aushöhlung durch die Verallgemeinerung der Lohnarbeit Staat und Unternehmer beunruhigte. Amerikanische Historikerinnen analysieren die ersten Formen betrieblicher Sozialpolitik in den USA als eine »klassenübergreifende Männer-Allianz«, mit der den Männern in den neuen Angelernten-Industrien ihr Status in der Familie zurückgegeben werden sollte, den sie im Zuge der Entwertung traditioneller handwerklicher Qualifikationen und des Verlustes der darauf beruhenden ökonomischen »Selbständigkeit« verloren hatten.]

Die Form der sozialstaatlichen Leistungen als Versicherungsleistungen vermittelt diesen Widerspruch: dem einzelnen Arbeiter erscheinen die Zahlungen (Rente, Arbeitslosengeld etc.) als Tauschleistung für die zuvor von ihm eingezahlten Beiträge. Er erhält kein Almosen, sondern Geld, für das er selber durch die frühere Einzahlung eines Teils seines Lohns aufgekommen ist. Er kann sich also weiter als freier Warenbesitzer fühlen. Die gesamte Konstruktion der Sozialversicherung und der unmittelbare staatliche Einfluß zeigen zwar, daß es sich nicht um eine normale marktwirtschaftliche Versicherung handelt, sondern um eine staatliche Regulierung

der Klassenverhältnisse. Für den einzelnen verschwindet dies aber hinter der Illusion des Tauschverhältnisses, d.h. seinem individuellen, *durch eigene Arbeit erworbenen*, Rechtsanspruch auf diese Leistungen. [Nur so läßt sich auch verstehen, warum so vehement am Prinzip der Versicherung festgehalten wird, bzw. es sich in neuen Bereichen (Pflege) und neu-industrialisierten Ländern (in den asiatischen Schwellenländern werden gerade Sozialversicherungssysteme eingeführt) weiter durchsetzt.]

Der Sozialstaat entsteht zusammen mit der Durchsetzung des »living wages« – also eines Lohns, von dem der Arbeiter leben kann –, der zutreffender als *Familienlohn* zu bezeichnen wäre. Im Unterschied zur Frühzeit der Industrialisierung oder den heutigen Lohnverhältnissen in der Peripherie bedeutet der »living wage«, daß der Lohn des Mannes für die Reproduktion der gesamten, mittlerweile kleiner gewordenen, Familie ausreichen soll. Die bisherige Form des Sozialstaats setzt daher ein dauerhaftes Arbeitsleben und die Rolle der Frau als häusliche Reproduktionsarbeiterin voraus. Ansprüche werden in dem Maße erworben, in dem den größten Teil des Leben hindurch gearbeitet wird. Von Sozialpolitikern selbst wurde die Rente als »Treue- und Durchhalteprämie« charakterisiert. Für dieses »Durchhalten« bildet wiederum die Hausfrau ein wesentliche Voraussetzung (siehe die treffende Charakterisierung dieses Verhältnisses in der Schrift »Arbeit, Entropie, Apokalypse« von den Midnight Notes, in: Thekla 12, S. 36).

Das politische Funktionieren des Sozialstaats beruhte auf dem Arbeitsverhalten in den »taylorisierten« Massenindustrien. Die Arbeiter und Arbeiterinnen standen der Produktion und ihren Produkten zwar gleichgültig gegenüber, ließen sich über Lohnsteigerungen und soziale Absicherung aber zu einem produktiven Verhalten und zur dauerhaften Einbindung in den Fabrikalltag bewegen. Mit den »Fabrikrevolten« Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre ging diese Ära der Klassenbeziehung unwiderruflich zu Ende. Trotz gestiegener Kompensationen für das Elend der Arbeit sackte die Produktivität ab und verlor die industrielle Arbeit ihre »Attraktivität« als dauerhafte Existenzsicherung. Die ArbeiterInnen wechseln öfter ihren Arbeitsplatz, suchen selbstbestimmte Zeiten der Nicht-Arbeit und immer mehr Frauen kündigen ihre Stellung im Haushalt. Damit treten für das bisherige System der sozialen Sicherung zwei Probleme auf: 1. Viele Leistungen werden von den ProletarierInnen zu subventionierter Nicht-Arbeit umfunktioniert. 2. Dem wechselhafteren Arbeitsleben und der ansteigenden Frauenlohnarbeit gegenüber versagen die bisherigen Absicherungen. Da diese neuen Verhaltensweisen aber gesellschaftlich anerkannt werden, entsteht eine »Gerechtigkeitslücke«. In den Arbeitsmarkt neu einsteigenden Frauen oder ArbeiterInnen mit einem wechselhaften »Berufsleben« kann das System keine soziale Sicherheit mehr bieten.

Auf das erste Problem wurde zügig durch das Zusammenstreichen bestimmter Leistungen, bzw. das Heraufschrauben der Anspruchsberechtigung reagiert – ohne daß damit eine neue Arbeitsmotivation erzeugt werden konnte. Es zeigten sich aber

sehr wohl Ansatzpunkte, den Aufstand **gegen die Arbeit** nach seiner gewaltsamen Niederschlagung in eine Bewegung **für neue Formen der Arbeit** umzulenken. Neben anderen Formen innerhalb der Fabriken gehören dazu auch die Ausweitung prekärer Arbeitsverhältnisse, der selbstgewählte Wechsel zwischen Arbeit und Nicht-Arbeit, Übergang in die Scheinselbständigkeit usw., wodurch neue »Produktivitätspotentiale« entstehen. Die Notwendigkeit, auf die damit entstehende soziale Unsicherheit (die neue »Proletarität«) staatlicherseits zu reagieren, liegt darin, daß die Ablehnung der Arbeit – auf die sich die revolutionären Kräfte der 70er Jahre ganz zu Recht als die zentrale Dynamik eines revolutionären Prozesses beziehen konnten und mußten – im Verlauf der Krise in ein positives und erneuerndes Moment für die Kapitalakkumulation umgeschlagen ist.

> [Wodurch die allgemeine historische Tendenz des Klassenkampfs, sich gegen die Arbeit als solche zu richten, nicht aufgehoben, sondern lediglich zugunsten einer Begrenzung der Kritik auf eine bestimmte Form von Arbeit zeitlich aufgeschoben wird! D.h. in der Ablehnung der bisherigen Arbeit und der Suche nach etwas anderem sind nach wie vor Anknüpfungspunkte für eine radikale Politik des Kampfs gegen die Arbeit, auch wenn sich viele ArbeiterInnen und frühere Militante angesichts der kollektiven Schwäche mit dem Linsengericht einer etwas »attraktiveren« Arbeit zufrieden geben.]

Das bisherige System sozialstaatlicher Sicherung blockiert aber die Abschöpfung solcher »Produktivitätspotentiale«, weil die meisten der neuen Arbeitsformen mit sozialer Unsicherheit verbunden sind und damit neue Konflikte auszubrechen drohen.

Zu 3. Die Vorschläge zu einem Mindesteinkommen, Existenz- oder Bürgergeld werden von allen ihren Verfechtern als Antworten auf dieses Problem betrachtet. Ein flexibles und individuell gestaltbares Arbeitsleben soll sozial abgesichert werden. Der Vorschlag zu einem Mindesteinkommen steht im Zusammenhang mit einer ganzen Reihe von Veränderungen, mit denen der Staat bereits versucht, auf die neuen Verhaltensweisen zu reagieren. 1985 wurden z.B. Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub mit Arbeitsplatzgarantie eingeführt. Im Beschäftigungsförderungsgesetz von 1985 wird der Ausweitung prekärer Arbeitsverhältnisse ein rechtlicher Rahmen gegeben: Bezüglich der Befristungen eine eindeutige rechtliche Verschlechterung, allerdings nur eine Festschreibung der vorhandenen Praxis; bei neuen Arbeitsformen wir Arbeit auf Abruf werden erstmals überhaupt rechtliche Regeln aufgestellt. Durch die neue Rechtsprechung im Rahmen der EG wurde den teilzeitarbeitenden Frauen das Recht auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zugesprochen. Usw.. Die meisten dieser Änderungen bewegen sich im Rahmen des bisherigen Systems der sozialen Sicherung über Arbeitsrecht und Sozialversicherung (Ausnahme ist z.B. das Erziehungsgeld).

Der Vorschlag des Mindesteinkommen zielt aber (auch dort, wo er taktisch als

Ergänzung zur Sozialversicherung formuliert wird) auf eine radikale Änderung und Abkopplung der sozialen Sicherung vom Klassenkonflikt. Als Vermittlung des Klassenkonflikts blieb die Sozialversicherung dadurch sichtbar und wirksam, daß in ihr dieser Konflikt abgebildet und harmonisch ausgeglichen wurde: Pflichtcharakter für LohnarbeiterInnen, Aufsplittung der Beiträge zwischen beiden Seiten, drittelparitätische Besetzung der Gremien durch Staat, Kapital und Arbeiterseite (Gewerkschaften) usw..

Beim Existenzgeld wird die soziale Sicherheit durch den Staat organisiert, der einzelne ist nicht als ArbeiterIn Klientel, sondern als BürgerIn. Theoretisch wird bei den Propagandisten dieses Modell - sowohl bei den Liberalen wie bei den Arbeitsloseninitiativen und Grünen - die Nichtexistenz oder zumindestens die politische Unwirksamkeit des Klassenkonfliktes unterstellt. In der liberalen Variante ergibt sich daraus die Hoffnung, den ganzen bürokratischen Apparat (der aus dem Vermittlungscharakter der Sozialversicherung resultiert) radikal zusammenzustreichen und das Thema soziale Sicherheit zu einer Veranstaltung des Finanzamtes zu machen. Die Arbeiterklasse erscheint schwach und zerbröselt genug, um endlich auf sie als politischen Faktor keine Rücksicht mehr nehmen zu müssen. Bei den Arbeitsloseninitiativen und Grünen entsteht aufgrund des gesellschaftlich verblaßten Klassenkonflikts (bzw. aus Enttäuschung über die Gewerkschaften, die fälschlicherweise für das Subjekt dieses Konflikts gehalten wurden) die Illusion, arme, arbeitslose und flexiblere Arbeit wünschende BürgerInnen ließen sich zu einer politischen Kraft zusammenfassen, die dem Staat das Mindesteinkommen abringt. Während die liberale Variante mit dem Mindesteinkommen ganz offen eine neue Integration in die »Arbeitsgesellschaft«, also die Aufrechterhaltung und Absicherung des Arbeitszwangs propagiert, schließt die linke Kampagne für ein Existenzgeld im Stillen ihren Frieden mit der Arbeitsgesellschaft und erkennt den Staat als Problemlöser an. Die Finanzierung des Existenzgeldes aus den Steuern auf Lohn und Mehrwert/Profit ist unterstellt - am Fortbestand der Arbeitsgesellschaft darf dann schon aus Kostengründen nicht gerüttelt werden. Es soll sich nur jede und jeder etwas freier aussuchen dürfen, wann, wo und wieviel gearbeitet werden muß. Auch die von linker Seite angepeilte Höhe - 1600 Mark oder 1200 Mark plus Miete usw. - ist angesichts der heutigen Einkommensverhältnisse sehr bescheiden. Es ist nicht mehr als grad mal die Existenz. Für jede weitere »Teilnahme am gesellschaftlichen Reichtum« bleibt logischerweise wieder nur eins: Arbeiten! Hatten wir nicht mal die ganze Bäckerei statt einem Stückchen Kuchen gewollt?

[Um hier noch mal ein Mißverständnis auszuräumen, das in der Diskussion auftauchte: die Kritik richtet sich nicht dagegen, daß wir in allen möglichen Konflikten von Unternehmern oder vom Staat Geld verlangen, sondern dagegen, daß hier »konstruktive« Vorschläge zur Gestaltung der staatlichen Sozialpolitik gemacht werden. Wenn wir in aktuellen Konflikten notgedrungen Forderungen aufstellen oder mittransportieren - eine

Schwäche ist dies, weil wir uns mit Forderungen immer schon als verhandlungsbereit zu erkennen geben! -, so geht es uns dabei nicht um die Durchsetzung bestimmter sozialpolitischer Regelungen oder Konzepte, sondern immer um einen ganz konkreten politischen Konflikt, in dem sich eine Bewegung mobilisieren kann. Und dann geht es uns um diese Bewegung, nicht um die Forderung!]

Bisher ist aber fraglich, ob der zentrale Klassenkonflikt tatsächlich soweit ausgehöhlt und unwirksam geworden ist, daß sich staatliche Sozialpolitik auf das im Mindesteinkommen unterstellte klassenunspezifische Bürger-Staat-Verhältnis beziehen kann. Konkrete Entwicklungen wie die Pflegeversicherung und Diskussionen um die Ausweitung der Sozialversicherung in anderen Ländern scheinen dem zu widersprechen. Auf der einen Seite paßt das Modell des Bürgergeldes bzw. der negativen Einkommenssteuer sehr gut zu der Ausweitung von selbständiger Arbeit. Andererseits laufen im Rahmen der EG Diskussionen und Untersuchungen zu der Frage, wie sich diese neue »proletarische« Selbständigkeit in die bisherigen Sozialversicherungssysteme einbeziehen ließe. Noch hat es den Anschein, als ob mit jedem Konjunktureinbruch die Diskussion um das Mindesteinkommen aufflammt, um dann wieder in der Versenkung zu verschwinden.

Zu 4. In der Arbeiterbewegung und bei einem Teil der Linken ist es zur selbstverständlichen Gewohnheit geworden, in der Krise an den Staat zu appellieren, die soziale Sicherheit zu garantieren. Durch die Abhängigkeit vieler politischer Projekte von Staatsgeldern, den Gebrauch von ABM und Arbeitslosengeld für die politische Arbeit hat sich diese Tendenz noch verstärkt. Durch solche Forderungen und Mobilisierungen wird die Illusion in den Staat als klassenneutrale Instanz verstärkt und der Aufbau eines autonomen revolutionären Projekts verhindert. In der Wildcat 61 hatten wir am Schluß des Teils zu Italien einen Beitrag aus der dortigen Debatte abgedruckt, der sich gegen das »unhinterfragte Dogma der Linken ..., den Staat als besondere und ausschließliche Form der ›Gesellschaftlichkeit‹ zu setzen« wendet (Marco Revelli, Der Sozialstaat in den Brennesseln). Auch der Kampfzyklus der 60er und 70er Jahre sei daran gescheitert, den Versuch zur Entwicklung einer autonomen Gesellschaftlichkeit nicht durchgehalten zu haben, sondern mit der Krise den Druck der kollektiven Forderungen zunehmend wieder an den Staat zurückgegeben zu haben. Heute müssen wir uns darum bemühen, daß diese Illusion des **sozialen** Staates, also des Staates als dem Ort von Gesellschaftlichkeit, durchbrochen und in den Kämpfen die Autonomie des Gesellschaftlichen gegen Kapital **und** Staat entwickelt wird. Auf der einen Seite stehen die Zeichen dafür schlecht. Angesichts des Ausspielens rassistischer und ethnischer Konflikte hier und überall wächst auch in der Linken die Akzeptanz, in den Ruf nach dem starken Staat hier und überall einzustimmen: »Mehr Bullen nach Magdeburg, mehr Nato in Bosnien oder Ruanda«. Auf der anderen Seite ist das »Politische« aber in einem bisher unbekannten

Ausmaß diskreditiert, der Glaube an den Staat als gesellschaftlichen Problemlöser wird brüchig. In Teilen der Gesellschaft scheint dies den Glauben an die »unsichtbare Hand« des Marktes als Problemlöser wieder zu stärken, aber auch bei den Liberalen will keine Hoffnungsstimmung aufkommen, weil die Brutalität dieser Sorte von Problemlösung unübersehbar ist. Gibt es in diesem Dilemma eine Lücke für revolutionäre Vorschläge? Wir sollten uns von unseren Kindern später nicht fragen lassen, warum wir es nicht wenigstens ausprobiert haben!

Nachbemerkung:

Unsere immer noch sehr thesenförmigen Überlegungen zum Sozialstaat haben wir bisher im wesentlichen in zwei Artikeln dargestellt.

- Mit dem Dreirad durch den Sozialstaat (Karlsruher Stadtzeitung Nr. 35, Frühling 1985, als Kopie erhältlich)
- Der SOZIALstaat PACKT's nicht mehr ... (Wildcat Nr. 61, April/Mai 1993)

So wie der Artikel von 1985 wurde auch der letzte Artikel durch eine Diskussion um die Krise des Sozialstaats, reale massiver Kürzungen von Leistungen **und** den Versuch von Teilen der Linken, den bestehenden Sozialstaat zu verteidigen oder sich mit eigenen Vorschlägen an seinem Umbau zu beteiligen, ausgelöst. Unter den Angriffen auf die bisher gewährten sozialen Sicherungen, die sich auch für die individuelle Flucht aus der Arbeit nutzen ließen, vergessen Teile der radikalen Linken ihre grundsätzliche Staatskritik, sehen ihre Aufgabe darin, sich mit Forderungen oder Lösungsvorschlägen an den Staat zu wenden und verklären dabei nicht selten den bisherigen Sozialstaat als eine »Errungenschaft der Arbeiterbewegung«. Mit unseren Artikeln wollten wir dem argumentativ etwas entgegensetzen und auf eine andere, nicht-reformistische praktische Initiative hinarbeiten. Dazu galt es, auch theoretisch den Mythos der »Errungenschaft« zu zerstören und die »soziale Gerechtigkeit« als Arbeitszwang zu demaskieren. Im Handgemenge der politischen Auseinandersetzungen haben wir es aber bisher nicht geschafft, unsere politischen Thesen zum Sozialstaat in Form einer genaueren historischen Darstellung darzulegen.

Auf einene weiteren unausgeführten Punkt wurde in der Diskussion hingewiesen. In den beiden Artikeln wird nur sehr abstrakt auf den Zusammenhang zwischen metropolitanem Sozialstaat und den Ausbeutungsverhältnissen in der Peripherie eingegangen wenn auf die Geburt die Sozialstaats im imperialistischen Krieg hingewiesen wird. (Hinweis auf Lapinski: *»Wir vergessen allzu leicht, daß vieles, was wir auf diesem Gebiete (des Sozialstaats) gegenwärtig vorfinden und was uns als etwas neues erscheint, seinen tatsächlichen, unmittelbaren Ursprung im imperialistischen Kriege hat.«* Lapinski, Sozialstaat, Etappen und Tendenzen seiner Entwicklung, in: Unter dem Banner des Marxismus, 1928, Nr. 4). Wir hatten uns dabei aber nicht genauer mit der in der linken Diskussion ständig auftauchenden Behauptung auseinandergesetzt, daß ein Wert- und Reichtumstransfers von der Peripherie in die Metropole existiert, der den Sozialstaat erst möglich mache, die metropolitanen ArbeiterInnen also an der »Ausbeutung der Dritten Welt« beteilige. In einer Arbeitsgruppe in Biedenkopf wurde verabredet, zu dem Thema nochmals Papiere auszutauschen und eine gründlicher Darstellung zu erarbeiten.

Debatte und Untersuchung gehen also weiter! o

Wem gehört die Stadt?
Her mit den Plätzen!

Die Stadt Köln macht mobil gegen BerberInnen, Punks, Obdachlose und anderes unangepaßtes Volk, das den Touri- und Konsumentenfluß in der Einkaufsmeile stören könnte. Sie will die ständig wachsenden Gruppen von Menschen, die auf den Plätzen der Innenstadt leben, mit »Säuberungsaktionen« vertreiben. Dieser Bericht beschreibt - ohne Anspruch auf Analyse oder gar Perspektive - die Lage in Köln und unsere Versuche, sie zu verändern.

Vertreibungspolitik der Stadt Köln

Die Stadtverwaltung hat beschlossen, daß die »Szene« in der Innenstadt »dringend aufgelöst werden muß«. Da ist einmal die »Klagemauer für Frieden« direkt vor dem Dom. Die hatte vor langer Zeit mal an anderer Stelle in der Innenstadt als Klagemauer gegen Wohnungsnot angefangen, und wurde dann im Golfkrieg umbenannt und vor den Dom, den Treffpunkt der Antikriegsdemos, verlagert. Verstärkt wurde sie inzwischen durch eine Hütte, in der die Organisatoren und Wächter der Mauer leben. Die Klagemauer ist Anlaufpunkt für Obdachlose und Ausgangspunkt ihrer Aktionen. Stadt und Kirche haben sich lange gestritten, wer von ihnen nun dafür sorgen müßte, daß dieser Schandfleck vor Köln's größter Touri-Attraktion verschwindet. Es stellte sich heraus, daß die Klagemauer gemeinerweise sowohl auf städtischem, als auch auf kirchlichem Gelände steht, und so mußten schließlich beide dagegen klagen. Am 9.6. fand der kirchliche Prozeß gegen die Mauer statt, mit dem Urteil, daß dieser Teil (die Hütte) zu verschwinden hat. Sie steht allerdings heute noch.

Am nächsten Tag fand die erste große »Säuberungsaktion« statt gegen die Leute, die unter dem Vordach des benachbarten Museums wohnen. Matratzen, Schlafsäcken und andere »abgestellte Gegenstände« wurden beschlagnahmt, mehrere Leute festgenommen, und alle mit einer neuen Art von Wasserwerfern vertrieben: den städtischen Reinigungsfahrzeugen. Die Stadt will durch permanente »Naßreinigung« das Schlafen an dieser Stelle verhindern. Der Schlafplatz war vorher schon durch einen Zaun für eine Musikveranstaltung sehr verkleinert worden, und die Stadt denkt über weitere bauliche Maßnahmen nach, um das Schlafen an dieser Stelle unmöglich zu machen.

Die »Szene« läßt sich aber nicht so einfach verjagen, sondern verlagerte sich auf die umliegenden Plätze. Die Jugendlichen zogen ein paar Meter weiter zum Teufelsbrunnen, eine Art Loch auf der Domplatte, wo Treppen runterführen und auch überdachte Schlafplätze sind.

Die Stadt hat an die »lagernden Personen« ein Flugblatt verteilt, womit sie auf die Rechtslage hingewiesen werden (von der Kölner Straßenordnung bis zum Strafgesetzbuch), und ihnen Maßnahmen angedroht werden (Platzverweise, Aufenthaltsverbote,

Bußgeld- und Strafverfahren, Sicherstellung von »Bettelgeld«). Gleichzeitig fordert sie sie auf, die »Hilfsangebote« der Stadt in Anspruch zu nehmen. Leute, die deswegen bei der Stadt waren, wurden dafür mit einer 20%igen Kürzung der Sozialhilfe belohnt, weil sie die angebotenen Hilfen abgelehnt haben - z.B. die Unterbringung im berüchtigten Obdachlosenasyl Annostraße oder das Angebot, bei der GAB (Städtischer Sklavenhändler des Zweiten Arbeitsmarktes) zu arbeiten, und z.B. als Parkwächter andere Obdachlose zu vertreiben.

Der Maßnahmenkatalog der Stadtverwaltung sieht außerdem Abschiebungen vor. Wer aus einer anderen Stadt kommt, soll gleich wieder dorthin zurückgeschafft werden. Was für AsylbewerberInnen schon lange gilt, wird damit auf Deutsche ohne Geld ausgeweitet: Mit der berühmten Freizügigkeit ist es vorbei.

Und schließlich werden die Ermittlungen verstärkt. Aus einem internen Papier der Stadtverwaltung: »Der Ermittlungsdienst des Bezirksamtes Innenstadt hat vor Durchsetzung der ordnungsrechtlichen Maßnahmen die Szene intensiv zu beobachten, viele Details festzuhalten und zu ermitteln, daß ein harter Kern herausgeschält werden kann, gegen den die Maßnahmen gezielt einzuleiten sind.«

Seitdem hat es mindestens noch eine große »Säuberungsaktion« gegeben, und außerdem werden die StraßenbewohnerInnen der Innenstadt permanent schikaniert. Ein Vorfall vom Samstag, 18.6., wurde bundesweit bekannt, weil zufällig gerade ein Kamerateam bei den Obdachlosen war, und die Filmemacher es geschafft haben, am folgenden Tag einen Beitrag in die Tagesthemen zu bekommen. Jupp, Straßenbewohner und -musiker seit Jahrzehnten, der im Rollstuhl sitzt, weil ihm die Füße wegen Erfrierungen amputiert worden sind, ist in der Fußgängerzone mit einem Fahrradfahrer zusammengestoßen. Dieser Yuppie stellt an Ort und Stelle einen Schaden von DM 4500 an seinem Luxusgefährt fest, und ruft die Bullen. Die erteilen Jupp Platzverweis. Als er nach kurzer Zeit wieder da ist und Gitarre spielt, stürzen sich neun Bullen auf ihn, schmeißen ihn aus dem Rollstuhl, verfrachten ihn in die Wanne, verletzen andere, die ihm zu Hilfe kommen. Am nächsten Morgen tauchen sie um halb sechs auf dem Wallraffplatz auf, um alle dort Schlafenden zu wecken und platzzuverweisen. Da aber durch den »Skandal« inzwischen Presse und TV aufmerksam geworden und anwesend sind, ist die Vertreibung nicht durchzusetzen.

Widerstand und Annäherungsversuche

Bei den Obdachlosen hat es im letzten Jahr einiges an Organisierungsversuchen und Aktionen gegeben. Dies läuft zum einen über die Klagemauer, zum anderen über eine kirchliche Anlaufstelle, die Oase. Mithilfe der Oase geben sie eine eigene Zeitung raus, den »Bankexpress«. Im Winter haben sie jeden Mittwoch die U-Bahn als Schlafplatz besetzt. Am St.Martinstag haben sie trotz strömendem Regen einen Umzug gemacht, mit einem selbstgebastelten Holzpferd, das dann auch bei jeder U-Bahn-Besetzung dabei war und inzwischen als Symbol nicht fehlen darf. Außerdem gab es Öffentlich-

keitsaktionen mit Kreuzen für die an Kälte und sonstigen systembedingten Widrigkeiten gestorbenen BerberInnen.

Eine andere Gruppe von Wohnungslosen ist der Bauwagenplatz »Wem gehört die Welt«, der seit Monaten kreuz und quer durch die Stadt ziehen muß. Im Februar wurden sie nach vier Jahren vom Gelände eines Autohauses mit einem privaten Bautrupp brutal geräumt, der unter Bullenschutz fast sämtliche Bauwägen samt Inhalt mit Baggern zerstören durfte, nachdem die Staatsgewalt die Leute entfernt hatte. Inzwischen waren sie auf zehn verschiedenen Plätzen, die sie alle wegen Räumungen oder Räumungsdrohungen wieder verlassen mußten.

Schon bei der ersten Räumung kam auf einem linken Fax-Gerät ein Solidaritäts-Fax der Obdachlosen für die BauwäglerInnen an. Das nächste Gelände, ein seit Jahren ungenutztes Freibad am Rhein, wollten dann der Bauwagenplatz und Obdachlose aus dem Umfeld der Oase gemeinsam nutzen. Die Räumung kam größeren Projekten zuvor, und das Verhältnis war wohl auch nicht immer ganz spannungsfrei. Aber immerhin - ein Versuch.

Schließlich gab's noch drei Besetzungen von größeren Geländen, 4711-13 (das erste war ein Gelände der Firma 4711), die ebenfalls alle mit Räumung beendet wurden. Auch hierbei fanden Versuche statt, unter einem Dach ein Projekt verschiedenster Gruppen von Autonomen bis Obdachlosen hinzukriegen. Und auch hierbei wurde übrigens die letzte Räumung von einem privaten Kampfsport-Schlägertrupp der Firma Raab Karcher unter Aufsicht einiger Zivis durchgeführt.

Ein weiterer Versuch, eine Zusammenarbeit der vereinzelt vor sich hinwurschtelnden Grüppchen anzustoßen, ging von einem Kreis von Leuten aus Flüchtlingsgruppen aus, der sich letztes Jahr gebildet hat, um zu diskutieren, welche Perspektive die autonome Flüchtlingspolitik hat, und wie sie aus ihrer isolierten exotischen Ecke herauskommen kann. In diesem Kreis ging es auch um die Privatisierung von Repression und öffentlichem Raum: Privatbullen in Abschiebeknästen und bei Räumungen; Verkauf von Innenstadtstraßen an Kaufhausketten, damit die dann dort ebenfalls privatisiert ihre Ordnung und Vertreibung durchsetzen können; Deregulierung und Entpolitisierung von Gesundheit, Wohnungs- und Arbeitsmarkt. Mit einem Papier zu diesem Thema wurde zu einer »Sozialrevolutionären Konferenz«[1] eingeladen, um die ersten Versuche von Zusammenarbeit nach den Räumungen weiterzutreiben, die sozialarbeiterischen Betreuungsformen und thematische Isolierung zu überwinden, und um gemeinsam handlungsfähig zu werden. Aus dieser Neuzusammensetzung von Altbekannten entstanden mehrere kleinere Aktionen, und am 23.Juni ein Obdachlosen-Fest auf der Rheinwiese unterhalb vom Dom. Dieses wurde sehr schnell von einer auf die andere Woche organisiert, weil es das Info gab, daß die Stadt den BewohnerIn-

[1] Im Anschluß an diesen Artikel dokumentiert

nen der Plätze ein Ultimatum für den 24. gestellt hätte, um aus der Innenstadt zu verschwinden.

Fest der Harten Kerne: Obdachlose wehren sich!

So haben die Obdachlosen dann selbst das Fest genannt, entsprechend der städtischen Verwaltungsvorlage, gegen den »Harten Kern« vorzugehen. Treffpunkt für die Aktion war die Klagemauer. Klaus der Geiger hatte dort bereits mit seiner Musik eine enorme Menschentraube angesammelt und forderte dann die Leute auf, mit uns zur Rheinwiese runterzukommen. Dann setzte sich eine merkwürdige Prozession in Bewegung. Keine Demo, keine Parolen, sondern eine lockere Menschentraube hinter dem Holzpferd - mit dem geigenden Klaus und ein paar Kindern drauf - das auf dem Weg zum Rhein runter ständig umzukippen drohte.

Unten angekommen, konnten ungehindert die Anlage aufgebaut, Transparente aufgehängt und die Wiese mit alten Sofas und Sesseln möbliert werden. Unsere Befürchtungen, daß die zahlreich anwesenden Bullen uns dieses unangemeldete Spektakel erst gar nicht anfangen lassen würden, waren nach dem Skandal um die Mißhandlung von Jupp hinfällig. Sie sperrten sogar - auf Betreiben eines Berbers - kurzfristig eine Fahrbahn, damit einer der am Vortag gerade mal wieder geräumten Bauwägen noch auf die Wiese fahren konnte.

Über fünf Stunden lang konnten dann die verschiedenen Fraktionen von Obdachlosen, Punks, BerberInnen und Linken ein improvisiertes Festival feiern, mit Straßenmusikern (Wohnhafte und Berber), Saxofon-Mafia, JonglererInnen, Chor der Grauen Panther, usw. Dazwischen immer wieder Redebeiträge - aber keine vorbereiteten und schon gar kein Vorlesen von Flugis. Klaus der Geiger hat es mit seiner Moderation geschafft, daß unsere Idee des »Offenen Mikros« tatsächlich geklappt hat: Daß die Leute selbst zu Wort kommen. Es waren alle Fraktionen anwesend, die sich auf die verschiedenen Plätze verteilen, und ein Berber meinte ganz verwundert, wie das möglich wäre, daß sie alle so friedlich zusammen wären, ohne Zoff.

Die verschiedenen Fraktionen wurden in den Redebeiträgen deutlich. Viele erzählten einfach, was ihnen passiert ist, in den Hotels, die die Stadt als Unterkünfte hat, oder auf der Straße. Einige erklärten, warum Wohnungsnot alle angeht, und daß es jeden von heute auf morgen treffen kann. Andere betonten ihre Freiheit: Ich laß mich doch nicht in eine Wohnung einsperren! Und zur Bekräftigung spielte er Hannes Wader »Heute hier, morgen dort«. Das Ganze erinnerte an ein 70er Jahre Festival, mit Wehrt-Euch-Liedern im alten Stil und Peace und Power und so weiter. Die Jugendlichen vom Teufelsbrunnen meinten, daß sie doch nur ihre Ruhe haben wollten, und daß sie mit den Kölner Bullen eigentlich ganz gut klarkämen - nur würden dann immer die aus Unna kommen. Das sorgte noch für einige Heiterkeit. Bei anderen Lobreden auf Bullen oder Entschuldigungen, daß die doch auch nix dafür könnten, gab's dann schon mehr Proteste. Die Redebeiträge waren so gemischt wie das

Publikum, aber einheitlich kam viel Selbstbewußtsein rüber: Wir sind kein Dreck, ihr könnt uns nicht einfach wie Müll wegsäubern, wir lassen uns das nicht gefallen.

Das Ganze war zwar nur ein nicht sonderlich provokantes und völlig unmilitantes Sonnenschein-Festival, was die Theorie bestätigen könnte, daß in Köln aus jeder politischen Aktion eine Art Karneval gemacht wird, aber es war von der Mischung her schon interessant, und vielleicht war's ein Anfang...

Bauwagenplatz, die Zehnte

Letzte Woche, am 7.Juli, zogen die Bauwägen von ihrem nunmehr zehnten räumungsbedrohten Gelände in einem Treck Richtung Innenstadt, um Verhandlungen über einen Platz durchzusetzen. Sie kamen zwar nicht in die Stadt, konnten aber eine Ringstraße und später eine große Kreuzung stundenlang mit Treckern und Wägen blockieren, und haben für einigen Wirbel gesorgt. Das aus Dortmund angeforderte SEK hat sich verfahren und kam nicht an, und als die Bullen schließlich die Kreuzung für Festnahmen eingekesselt haben, mußten sie leider feststellen, daß sie darin statt der BlockiererInnen nur GRÜNEN-PolitikerInnen, einen Fahrradkurier und andere Fehlgriffe gefangen hatten. Die BauwäglerInnen hatten die Wägen einfach stehen lassen und waren Richtung Innenstadt abgewandert, wo dann leider doch noch über 50 Leute festgenommen wurden. Die Bauwägen befinden sich zur Zeit als Geiseln bei der Abschleppfirma und müssen erst wieder freigekauft werden, und die Stadt macht Sondersitzungen.

Die Jugendlichen am Teufelsbrunnen hatten einen Tag vorher eine drohende Räumung durch eine Putzaktion abgewendet, die auf Betreiben von Radio Köln zustande kam. Leute vom Radio rückten mit Schrubbern und Putzmitteln an und schrubbten auch selbst mit. Die Kölner Presse ist zur Zeit größtenteils obdachlosenfreundlich und verständnisvoll, und schreibt Artikel gegen die Polizeibrutalität. Das drückt nicht unbedingt Volkes Stimme aus. Manche Kommentare von Kölner ProletarierInnen angesichts der Bauwagenblockade waren schon recht gruselig - aber es gab auch andere Stimmen...

Und nun??

Dies sind alles noch sehr kleine Versuche, gegen Wohnungskatastrophe und Säuberungen eine Gegenmacht von unten zu entwickeln, und das ist bei den verschiedenen Fraktionen sicher nicht einfach: Punks, Junks, aus Heimen abgehauene Jugendliche; Jugendliche aus Familien, denen das Bürgerleben stinkt; Obdachlose, die Wohnungen haben wollen und bürgerlich leben; überzeugte Berber, BauwäglerInnen usw. Viele der PlatzbewohnerInnen in der Innenstadt fühlen sich ohnmächtig (»Gegen Räumungen kannst du sowieso nix machen«), wollen ihre Ruhe und sich mit Stadt und Bullen irgendwie arrangieren. Die Obdachlosen unter der Brücke haben offensichtlich so ein Abkommen mit der Stadt: Wenn sie selbst da für Ordnung sorgen, d.h. den Platz

sauber und die Junkies fernhalten, werden sie mit ihren Zelten und ihrem Wohnzimmer geduldet. Also grenzen sie sich entsprechend von den anderen ab - aber ja auch wieder nicht nur deswegen, denn sie haben verständlicherweise tatsächlich keinen Bock auf die Junkie-Szene. Auch die Putzaktion am Teufelsbrunnen hat die Junkies vertrieben und den Verbleibenden erstmal eine Ruhepause verschafft. Auf Flugblättern forderten sie am nächsten Tag einen Dialog über »leerstehende Häuser über mehrere Jahre, freies Gelände für Zelt- oder Wagenburg, und korrekte Sozialarbeiter«, unterschrieben mit »Sozialer Friede für alle«...

Zur Zeit geht es hier hauptsächlich um Nicht-Wohnhafte. Die Flüchtlingsfrage läßt sich damit zwar theoretisch recht einfach verbinden, aber praktisch sieht das doch ziemlich schwierig aus. Die Befürchtung ist nicht von der Hand zu weisen, daß ein paar Leute, nachdem sie mit ihrer Flüchtlingspolitik im Betreuungsfrust gelandet sind, dieselbe Erfahrung wieder machen werden, mit neuem Thema und neuer Gruppe. Aber der Versuch, Verbindungen zwischen diesen verschiedenen Punkten herzustellen, ist es doch sicher wert, gemacht zu werden. Und die »Obdachlosenproblematik« hat ein Ausmaß erreicht, das die Stadt nicht mehr mit dem Wegkehren von paar Menschen einfach »bereinigen« kann. Und vielleicht entsteht ja um die Wohnungsfrage und den öffentlichen Raum doch mal wieder eine Bewegung, eine ganz andere als die letzte...

Köln, 11.7.94

Einladungspapier zu der "sozialrevolutionären Konferenz"

Sozialer Krieg in Köln

Zwei Räumungen und eine Zeitungsanzeige

I. Zwei Räumungen haben dieses Frühjahr der Kölner radikalen Linken gezeigt, wie gefährlich der Luxus geworden ist, in überkommenen Vorstellungen linker Politik zu verharren. Die Räumungen des Bauplatzes am Raderthalgürtel und die Räumung der Oskar-Jäger-Straße. Beide Male waren die Besetzer mit einer neuen Gewalt konfrontiert: dem multinationalen Sicherheitsimperium Raab Karcher. Für das Autohaus Kempen zertrümmerte es die Lebensbedingungen von 30 Menschen, verwüstete Wohnungen, zerstörte Bauwagen, Möbel bis zur Unkenntlichkeit. Für das Unternehmen "Moderne Stadt" zertrümmerte es die Hoffnungen von vielen Initiativen und Wohnungslosen auf menschliche Lebensbedingungen. Dies war nur ein kleiner Ausschnitt aus der "Dienstleistungspalette" des Multis. Es stellt schwarze Sheriffs, Schließer, Wachpersonal, Bodyguards und bietet ein Heer von 8000 festen Söldnern an, je nach Auftragslage beliebig erweiterbar.

Nur für das Autohaus Kempen und "Moderne Stadt"? keineswegs. In beiden Fällen stand die Polizei im ja sogar in ihrem Operativen Auftrag "hinter" den Söldnertruppen. Im Raderthalgürtel sicherte sie offen den Eingriff, indem sie das Operationsgelände absperrte. In der Oskar-Jäger-Str. stand sie in "Warte-Position", der Schutzbereichsleiter erklärte, Raab Karcher hätte ihnen die "Arbeit" abgenommen, sie wären eingeschritten, wenn Leute von der gleichzeitigen Räumung der Riehler Bads sich eingemischt hätten und Übergriffe auf Personen stattgefunden hätten. Es hätte aber keinen Grund zum Einschreiten gegeben. Inzwischen gibt es Informationen aus Bonn, daß BGS-Beamte für Raab-Karcher "privat" tätig geworden sind.

Diese Einsätze sind nur konsequenter Ausdruck einer Deregulierungspolitik, die schon vor längerer Zeit begonnen wurde. Die Stadt Köln lagert ihre Aktivitäten systematisch ins private Feld aus, entpolitisiert sie, um Stadtplanung, Neuordnung

des städtischen Raums zur Steigerung von Wertschöpfung der politischen Auseinandersetzung zu entziehen und leichter handhabbar zu machen. Sie verkauft ein Gelände und macht es damit zugleich zum Terrain privater Gewalt; sie lagert Stadtplanung in die Kompetenz privater Gesellschaften wie "Moderne Stadt" und "Modernes Köln" aus, um die Politik der damit verbundenen Zugriffe auf die Bevölkerung zu privatisieren. Die Mittel öffentlicher Gewalt stehen nur noch bereit, um den Erfolg privatisierter Gewalt in letzter Konsequenz abzuschirmen. Die Neuordnung des städtischen Raums unter transnationalem Kapitalkommando zur Erhöhung seiner Produktivität und sozialen Gewalt ist lediglich ein Aspekt des kapitalistischen Restrukturierungsprozesses. In diesem Kontext sind die Söldnertruppen Raab Karchers zu verordnen.

II. Auch wenn diese Veränderungen die Linke unvorbereitet und hart getroffen haben, sie sind inzwischen Realität eines gesamtgesellschaftlichen Umbruchs, in dem die Strategien der Unterwerfung und Ausbeutung reorganisiert werden. Sie sind dabei, die Lebensbedingungen in breiter Front umzupflügen und wir hinken hinterher, wenn wir denn wenigstens hinken.

-Die Deregulierung der Gesundheitsversorgung (Privatisierung, Dezentralisierung der Kostenkalkulationen der Krankenhäuser und Ärzte, der Versicherung, der Pflege- und Versorgungsdienste etc.) hat schon jetzt die sogenannte "Alterslastquote" und die Last der Schwachen erheblich reduziert, sie tötet und verelendet in unserer unmittelbaren Umgebung -lautlos, unbemerkt, statistisch.

- Die Deregulierung der Wohnraumversorgung (Wohnungsbau, Eigentumswohnungsumwandlung, Mieten, Mieterrechte etc.) schwemmen nicht nur jährlich über hundert Milliarden in die Banken und entziehen sie dem Konsum der Armen. Sie sorgen für privatisierte Formen der Vertreibung, des Bevölkerungsaustauschs, der sozialen Segregation, der Verteibung des Massenelends in mobile Ghettos, in Lager, in infrastrukturelle Wüsten: lautlos, unbemerkt, statistisch.

- Die Deregulierung der Arbeitsgarantien und ihrer Vermittlung und der Sozialhilfe haben schon jetzt zur Herausbildung multipler Arbeitsmärkte und neuen Formen des privaten transnationalen Kommandos über die Arbeit geführt, das Rassismus und Sexismus auf eine neue Stufe treibt: legaler und illegaler Kontingente von Arbeit und Dienstleistungen, ob Bau, Montage, Prostitution, Sklavenarbeit legaler und illegaler Flüchtlinge, abgesichert durch privatisierte Formen der Gewalt, nicht nur von Sicherheitsdiensten.

- Die Deregulierung und Privatisierung der Verfügung über den öffentlichen Raum (Innenstadtpachtverträge, Passagen, Fußgängerzonen, Bahnhöfe -vgl. Pilotprojekt Kölner und Leipziger Bahnhof- funktionale Zonierungen mit Zugangskontrollen über smart cards, und Privatisierung des Kommandos über den öffentlichen Raum durch Sicherheitsdienste). Deregulierung sozialer Garantien, Privatisierung kommunaler Dienstleistungen etc. haben, wie die Beispiele zeigen, eine räumliche Dimension, die das Gesicht der Weltstadt Köln - als Medienzentrum und Zentrum der Bio- und Gentechindustrie und ihre sozialen u. politischen Verhältnisse radikal verändern werden.

Die Räumungen waren nur ein Ausschnitt der Gewalt, in der sich die "Modernisierung der Stadt" austoben wird.

III. Dies sind nur einige Facetten des Umbruchs der sozialen Realität in der Modernisierung kapitalistischer Gewalt und der Produktion des Raums. Sie sind es, die eine einheitliche strategische Richtung verfolgen, ihr Angriff formiert sich in einer zusammenhängenden Front. Nur wir haben noch keinen Begriff davon, geschweige denn ein praktisches Projekt, das dieser Front gerecht wird. Wir sind in unseren isolierten und fragmentierten Widerstandsschwerpunkten das Produkt dieser Deregulierung. Antifa, Obdachlose, Klagemauer, Besetzungen und Räumungen, Flüchtlingspolitikgruppen etc. etc. Das Deregulierungsprojekt eignet sich die fragmentierten und isolierten Formen des Widerstands an, treibt uns in sozialarbeiterische Betreuungsformen und in ein partikulares Bewußtsein der sozialen Realität und hetzt uns sogar gegeneinander auf.

Natürlich ist eine Homogenisierung von Politik unter dem ideologischen Banner vergangener Epochen nicht mehr möglich und überholt. Es kommt darauf an, Formen von Kooperation und Beziehungen herzustellen, die gemeinsame Debatten und gemeinsames Handeln gemeinsame soziale Macht möglich macht, ohne die Stärken der Vielfalt emanzipatorischer Themen und an den Menschenrechten orientierten Moral aufzugeben. Wir brauchen eine sozialrevolutionäre Konferenz, die die ersten tastenden Versuche nach den Räumungen von Bauplatz und Oskar-Jäger-Str. fortsetzen und konsolidieren und vielleicht einmal so radikal wird, wie die Wirklichkeit,mit der sie sich konfrontieren. Wir laden daher ein,..

Der Krieg in Kurdistan, die Krise der nationalistischen Bewegung und die Möglichkeit der sozialistischen Revolution

Die Theorie der fortschrittlichen nationalen Befreiung hat seit langem ihre Bedeutung verloren. Seit das Kapital international geworden und von der ganzen Welt Besitz ergriffen hat, wurden diese Bewegungen zu einem Teil dieser Operation, d.h. sie können sich nur innerhalb der Bedingungen des Kapitals und des Imperialismus verwirklichen und nicht gegen den Kapitalismus kämpfen. Deshalb haben sie keine Bedeutung mehr für die Arbeiterbewegung. Die kurdische nationale Befreiungsbewegung als eine dieser Bewegungen hat mit all ihren Flügeln versucht und versucht noch, unter diesen Bedingungen (Monopol und Markt) Bedeutung zu erringen. Der zweite Golfkrieg war das beste Beispiel dafür, wie die kurdische nationalistische Bewegung versucht hat, sich unter diesen Bedingungen zu verwirklichen. Als die alliierten Truppen Irak angriffen, sind die kurdischen Nationalisten zu Bush gegangen, um einen Platz in diesem neuen Weltsystem für sich zu finden - einem Weltsystem, das verantwortlich ist für Massaker an hunderttausenden von Mitgliedern der Arbeiterklasse in Irak und Kurdistan. Deswegen haben sie das Embargo gegen den Irak begrüßt und propagiert - ein Embargo, auf Grund dessen Millionen Menschen an Hunger leiden. Die Parteien der kurdischen nationalen Bourgeoisie haben versucht, ihre Widersprüche untereinander zu verringern, um eine nach außen geschlossen erscheinende Front zu bilden, die für die USA akzeptabel sein könnte. Der erste Schritt war, bei den Arbeitenden in Kurdistan und Irak für die USA Propaganda zu machen, den Glauben an die Politik der USA zu stärken: daß sie die Menschen von der Diktatur befreien und Demokratie und Menschenrechte bringen würden. ... Das Embargo ist einerseits ein Mittel, um die Vormachtstellung der USA in der ganzen Welt durchzusetzen, zum anderen aber eine wichtige Waffe zur Aushungerung der ArbeiterInnen und damit zur Zerstörung der Arbeiterbewegung.

Die USA haben den Irak in eine politische Krise gebracht, die seit drei Jahren andauert. Es fehlen die Kräfte, um eine stabile Ordnung im Sinne des Kapitals zu errichten. Die Verhältnisse haben sich nicht stabilisiert, doch das Gleichgewicht der Kräfte verändert sich. Zum einen tauchen neue imperialistische Kräfte auf, die eine Neuaufteilung der Einflußzonen anstreben. Zum andern schadet das Embargo auch Bündnispartnern der USA wie z.B. Türkei. Im Nordirak entsteht eine neue ArbeiterInnenbewegung, während die kapitalistischen Kräfte im Irak - die herrschenden ebenso wie die oppositionellen - keine konkrete Perspektive haben. Dies führt dazu, daß der Druck auf die USA wächst, eine Lösung herbeizuführen. Diese Lösung muß aber mit der Hauptrichtung der US-Politik in dieser Region übereinstimmen, die zum einen besteht in der Erpressung/Niederhaltung/Vereinnahmung des militanten arabischen Nationalismus im Irak und in der gesamten arabischen Region und zum anderen in der weiteren Zerstörung der Arbeiterbewegung.

Die Veränderungen in Kurdistan in den letzten drei Jahren haben gezeigt, welche Politik die kurdischen Nationalkapitalisten in der Region machen, und was diese Politik den ArbeiterInnen gebracht hat: Tod und Ruin. Es wird immer klarer für die Arbeiterklasse, zu welchem Ergebnis der Nationalismus führt; daß die nationale Bewegung für sie keine Bedeutung hat, sondern nur den Willen der Kapitalisten repräsentiert. Sie trennen sich mehr und mehr von dieser Politik. Die Ereignisse der letzten drei Jahre haben eine Ausweitung der Arbeiterbewegung in dieser Region gezeigt. Schon nach dem Aufstand im März 1991 gründeten die Arbeiter Räte in Fabriken und Stadtteilen, die kurz darauf zerschlagen wurden. Nach dieser Niederlage konnte sich die Arbeiterbewegung wieder reorganisieren und ausbreiten: Die Arbeitslosenunion hat heute in allen Städten Büros; es gibt die *Unabhängige Frauenorganisation Irak* und die *Föderation der Arbeiterunionen*. Die Arbeiterkommunistische Partei hat mehrere tausend Mitglieder. Die Ausweitung dieser Arbeiterbewegung und die Rätebewegung sind Elemente, die die Krise der kurdischen nationalistischen Parteien vertiefen. Diese Parteien konnten nicht die Politik der USA in dieser Region umsetzen. Dieser Mißerfolg hat die irakische bürgerliche Oppositionsfront, in der die kurdischen nationalistischen Parteien wichtige Mitglieder sind, in die Krise gebracht. Trotz aller Unterstützung durch die USA während der letzten drei Jahre hat sich diese Opposition nicht als Alternative zu Saddam konstituieren können. Barzanis Forderung, den Nordirak/-Südkurdistan zum Protektorat der UNO zu machen und zu entwaffnen, ist ein Beweis für seine Erfolglosigkeit. Außerdem zeigt sie klarer, was für eine Perspektive sie haben. Diese Forderung nach einer direkten Kontrolle durch die USA ist ein Hilferuf dieser Parteien vor ihrem Zusammenbruch. Was die kurdischen Parteien nicht geschafft haben: die Arbeiter zu entwaffnen, soll durch die UNO gemacht werden. Das ist ein Angriff auf die Arbeiterbewegung im ganzen Nahen Osten.

In den letzten drei Jahren gab es immer kriegerische Auseinandersetzungen im Nordirak zwischen kurdischen Parteien. Dabei sind mehrere tausend Menschen getötet oder schwer geschädigt worden. Seit zwei Monaten dauert ein Krieg zwischen PUK und KDP an, in den sich auch reaktionäre Kräfte wie Islamisten eingemischt haben, um ihren Einfluß auszuweiten. Gleichzeitig wurde der Krieg benutzt, um Aktivisten der Arbeiterbewegung zu liquidieren und die Bewegung zu zerschlagen. Heute gibt es eine breite Front gegen den Krieg in Kurdistan. Mehrere tausend Aktivisten der Arbeiterbewegung haben sich gegen diesen Krieg organisiert. Wir fordern von der Arbeiterbewegung in der ganzen Welt, gegen diesen Krieg einzutreten und den Widerstand zu unterstützen. Denn dieser Krieg zerstört das Leben der ArbeiterInnen. Er ist auch ein Schlag gegen die revolutionäre Arbeiter- und Rätebewegung. Der Zustand darf nicht länger andauern, daß die kurdischen nationalistischen Parteien mit dem Leben der ArbeiterInnen spielen. Es ist Zeit, daß die Werktätigen/Arbeiterklasse und das Proletariat in Kurdistan ihre Zukunft in die eigenen Hände nehmen und das Rätesystem als Alternative durchsetzen.

Adil, Berlin.

Streiks?
Streik der Ölarbeiter in Nigeria

In den letzten Wochen und Monaten hat es eine ganze Reihe von Streikbewegungen überall auf der Welt gegeben, mit denen wir uns kaum auseinandergesetzt haben. Was die Streiks in Deutschland und in Westeuropa angeht, so kann dies nur an unserer eigenen geringen Aufmerksamkeit liegen. Obwohl der Streik bei der Post für die hiesigen Verhältnisse eine ungewöhnliche Zuspitzung bedeutete und um genau dieselben Fragen ging, die den Streik bei Air France letztes Jahr auslösten, wurde er bisher in seiner politischen Dimension nicht diskutiert. Sicher liegt das auch daran, daß in den Medien nur der Eindruck eines wohlgeordneten und von der Gewerkschaft gut von oben herab kontrollierten Streiks entstand und wir bisher auch keine anderen Informationen haben. Auf der anderen Seite lassen sich die aktuellen Streikbewegung nicht einfach unter so beliebte Floskeln wie »Aufschwung des Klassenkampfs«, »neuer internationaler Kampfzyklus« usw. unterordnen. Viele der westeuropäischen Streiks der letzten Wochen (England, Italien, Frankreich, Holland usw.) stehen im Zusammenhang mit den europaweiten Privatisierungsprojekten, wirken aber gerade deswegen wie der vergebliche Kampf um die Rettung eines alten Systems der »gemischten Ökonomie«, ohne Zeichen von neuen Qualitäten im Klassenkampf. Damit ist scheinbar auch in unseren eigenen Reihen die Motivation für die genauere Diskussion um diese Kämpfe erloschen.

Weltweit ...

Streikbewegungen aus dem entfernteren Ausland werden von den Medien ziemlich totgeschwiegen, die so mit an dem Bild vom »Aussterben des Streiks« basteln. Die Fluglotsen in Aix-en-Provence lassen sich schwer vergessen, da sie die Reiselust der deutschen UrlauberInnen beinträchtigen. Aber der landesweite Streik der Ölarbeiter in Nigeria hat bisher in der hiesigen Presse kaum Beachtung gefunden, obwohl er bereits den Preisauftrieb auf den Ölmärkten verstärkt hat. Ebenso ist es mit Südkorea. Beim Spiel Südkorea gegen Bolivien erfuhren zwar Millionen Fußballbegeisterte durch den Kommentator die Anekdote, daß die Arbeiter der weltgrößten Schiffswerft von Hyundai in Ulsan einem dreistündigen Streik zugestimmt hatten, um das Spiel sehen zu können. Über die zur gleichen Zeit laufenden Streiks bei der Eisenbahn und den U-Bahnen in Südkorea gab es kaum Artikel. Genauso ist es mit dem Generalstreik in der Türkei am 20. Juli, den Streiks in Polen usw..

Südkorea

Nach den Streiks bei den U-Bahnen und der Eisenbahn, die erfolglos verliefen (es ging bei den Eisenbahnen auch um das Streikrecht der Beamten), befinden sich seit letzter Woche eine Reihe von Großbetrieben im Ausstand. Die erwähnten fußballbegeisterten Werftarbeiter bei Hyundai wurden von ihrem Unternehmer am 20.7. vorsorglich ausgesperrt, nachdem die 21 000 Mitglieder der Unternehmensgewerkschaft für einen Streik gestimmt hatten. Seit dem Frühjahr ziehen sich die Verhandlungen hin, bei denen die Gewerkschaft eine 13-prozentige Lohnerhöhung fordert und der Unternehmer sich auf die Lohnleitlinie der Regierung von 5 Prozent beruft. Am 21.7. versuchten die Arbeiter daraufhin das Werksgelände zu besetzen, wobei es zu heftigen Zusammenstößen mit dem Werkschutz und Verletzten auf beiden Seiten kam. Außerdem besetzten Arbeiter einen Tanker für flüssigen Stickstoff, um die Wiedereröffnung des Werks zu fordern. (Informationen nach Financial Times und FAZ vom 22.7.94) Auch bei den großen Autofirmen und dem zweitgrößten Reifenhersteller Kumho wird gestreikt. Die Firma KIA, die nach Hyundai als zweite südkoreanische Firma mittlerweile in Deutschland Autos vertreibt und ein Modell für den europäischen Markt in Zukunft bei Karmann in Osnabrück aus CKD-Teilen (Completly Knocked Down, d.h. sämtliche Teile für die Endmontage kommen aus Korea) montieren lassen will, wird bestreikt. Es geht nicht nur um Lohn, sondern auch um Arbeitszeitverkürzung, Gleichstellung der Frauen beim Lohn und Werkswohnungen.

In Südkorea beginnen die Tarifverhandlungen üblicherweise im Frühjahr. Bisher sind diese Verhandlungen in den meisten Betrieben ergebnislos verlaufen. Daß es jetzt parallel zu Streiks in verschiedenen Betrieben kommt, beruht auch auf der Absprache unter den Unternehmensgewerkschaften im Rahmen eines neu gebildeten Dachverbandes unabhängiger Gewerkschaften. Mit zeitgleichen Streiks soll die Lohnleitlinie der Regierung durchbrochen werden. Von der Regierung werden solche Absprachen zur Illegalisierung der Streiks benutzt bzw. zur Verfolgung von Aktivisten, denn das südkoreanische Arbeitsgesetz kennt immer noch das »Verbot der Einmischung Dritter«. D.h. jede Gruppe oder Person kann kriminalisiert werden, wenn sie von »außen« auf einen betrieblichen Konflikt Einfluß nimmt.

Dieses Arbeitsgesetz und seine mögliche Reform stehen im Hintergrund der aktuellen Lohnkämpfe. Möglicherweise kommen die Streiks der Regierung und den Unternehmern gelegen oder werden durch ihre harte Haltung in den Verhandlungen bewußt provoziert, da zugespitzte Konflikte und gewaltsame Zusammenstöße mit den Sicherheitskräften es der Regierung erlauben würden, die eigentlich für diesen Herbst geplante Reform und Liberalisierung des Arbeitsrechts (die von der ILO gefordert wird und zu der sich Südkorea in der Sozialcharta bei den GATT-

Verhandlungen verpflichtet hatte) wieder hinauszuzögern. In der südkoreanischen Linken können daher die aktuellen Streikbewegungen keinen Optimismus für den weiteren politischen Kampf hervorrufen, sondern es überwiegt der Eindruck einer defensiven Situation. Dazu tragen auch Ereignisse wie bei der Werft von Daewoo bei, wo die Mehrheit in einer Abstimmung für Streik stimmte - am Tag des Streikbeginns aber zur Arbeit erschien.

Nigeria

In der ersten Juliwoche rief die Gewerkschaft der nigerianischen blue-collar Ölarbeiter, NUPENG, ihre Mitglieder zum landesweiten Streik auf. Innerhalb einer Woche legte dieser Streik die gesamte Ölauslieferung im Land lahm, was auch durch den Einsatz von Militär in der Ölverteilung nicht verhindert werden konnte. Die Rohölförderung blieb allerdings zunächst unberührt, da die Förderung auch mit den Angestellten, die durch eine andere Gewerkschaft vertreten werden, weitergeführt werden konnte.

Ziel des Streiks ist die Herbeiführung einer zivilen Regierung. In freien Präsidentenwahlen war letztes Jahr der aus dem Süden des Landes stammende millionenschwere Geschäftsmann Moshood Abiola zum Präsidenten gewählt, die Wahl daraufhin aber von dem seit 1983 an der Macht befindlichen Militärregime annuliert worden. Als sich Abiola im Juni diesen Jahres selbst zum Präsidenten ausrief und die Regierungsmacht beanspruchte, wurde er festgenommen und soll vor Gericht gestellt werden.

Das Land ist ökonomisch in den ölproduzierenden Süden und den ärmeren Norden gespalten, was sich mittlerweile in ethnischen und religiösen Rivalitäten zwischen dem größtenteils christlichen und von den Yoruba dominierten Süden und dem überwiegend moslemischen und von Hausa-Fulani bewohnten Norden ausdrückt. Die Einwohner des Südens seien wütend darüber, daß der Großteil der in ihren Bundesländern erwirtschafteten Öleinnahmen in den Norden fließt, und die Regierung mußte das Zugeständnis machen, daß ein größerer Teil dieses Geldes dem Süden zugute kommt. Ob die Unterstützung der Ölarbeiter für den aus dem Süden stammenden Abiola etwas mit diesen Rivalitäten zu tun hat, geht aus den Artikeln nicht hervor. Als Moslem konnte Abiola trotz seiner Herkunft auch im Norden Stimmen gewinnen.

Nigeria, mit 90 Millionen Einwohnern das bevölkerungsreichste Land Afrikas, ist der sechst-größte Ölproduzent der Welt. 90 Prozent der Einnahmen des Landes stammen aus dem Ölexport. Trotzdem hat sich die Wirtschaftskrise verschärft. Ein 1986 zusammen mit dem IWF eingeleitetes Reformprojekt stagniert seit 1990, die Außenschulden belaufen sich auf 34 Mrd. US-Dollar und steigen jährlich um 6 Mrd. Dollar. (Im Land wird der Liter Öl für etwa drei Pfennige verkauft, was einen

blühenden Schwarzhandel mit den Nachbarländern fördert, in den auch korrupte Militärs verwickelt sind.) Die Ölproduktion wird in Joint-Ventures mit den Ölmultis betrieben, bei denen Nigeria einen Anteil von 60 Prozent hält. Die Hälfte des nigerianischen Öls wird von Shell gefördert, die USA sind Hauptabnehmerland, weswegen der Streik dort besonders besorgt beobachtet wird und den Ölpreis bereits auf 20 $ heraufgetrieben hat. Aufgrund der Wirtschaftskrise ist die Regierung in der letzten Zeit ihren Investitionsverpflichtungen entsprechend dem 60-prozentigen Anteil nicht nachgekommen (700 Mio. Dollar sollen offenstehen), was zu Entlassungen in der Ölindustrie geführt hat.

Dies war einer der Gründe, warum sich nach einer Woche Streik der Arbeiter die Gewerkschaft der (leitenden) Angestellten [senior staff] PENGASSAN mit 12 000 Mitgliedern dem Streik anschloß und damit die Rohölförderung zum Erliegen brachte. Pengassan macht die Regierung dafür verantwortlich, daß zwischen Dezember und Mai 3000 ihrer Mitglieder ihren Arbeitsplatz verloren haben. Sie fordert mit ihrem Streik die »Lösung der politischen Krise« durch die Übergabe der Regierungsmacht an Abiola und die sofortige Zahlung der ausstehenden Gelder in die Joint-Ventures.

Am 18.7. kommt es bei Demonstrationen in der Hauptstadt Lagos zu Zusammenstößen mit den Sicherheitskräften, die »Kampagne für Demokratie« spricht von 20 Toten. Die Ölarbeitergewerkschaften schließen ein Ende des Streiks vor dem geforderten Machtwechsel aus und die im Nigeria Labour Congress zusammengeschlossenen 41 Gewerkschaften beraten über eine Beteiligung an dem Streik. In Lagos befinden sith die Arbeiter einiger Fabriken bereits seit der Woche zuvor im Streik. Dort stehen fast alle Fabriken still, entweder wegen des fehlenden Brennstoffnachschubs oder wegen Streiks.

Letzte Meldung vom 22.7.: Die Regierung erklärt, sie sei bei den wirtschaftlichen Forderungen kompromißbereit, wenn die Streikenden ihre politischen Forderungen fallenlassen. Nupeng scheint zur Beendigung des Streiks bereit zu sein, wenn es im Gegenzug bei zwei Lohnkonflikten zu einer Einigung kommt. Allerdings verlangen sie Aufklärung über den Aufenthaltsort ihres Vorsitzenden, der verschwunden ist.

(Nach Financial Times vom 8. - 22.7.1994)

Neues vom Bau in Berlin

I. Bevor ihr diesen Beitrag lest, wäre es ganz gut, wenn ihr nochmal nachlesen würdet, was ich im Zirkular 4, Mai 1994, ab S. 24, besonders S. 28/29 geschrieben hatte (Der Boss des Generalunternehmers legt Kohle auf den Tisch für Angestellte seines Subunternehmers - das Konstrukt, das unter anderem die Bauarbeiter spalten soll, ihnen ihre produktive Kooperation auf der Baustelle verschleiern soll, zerbricht in aller Öffentlichkeit: Die Baustelle erweist sich als sehr angreifbar!).

II. Ablauf

Als klar war, daß einer von unserer Gruppe bei seinem neuesten Job seinen Lohn nicht gezahlt bekommen wird, beschlossen wir nach einiger Diskussion, diese These (der Angreifbarkeit der Baustelle) in der Praxis auszuprobieren. Wir zogen über die Baustellen, von denen wir wußten, daß Pape dort arbeitete oder gearbeitet hatte, und verteilten ein erstes Flugblatt an Pape-Beschäftigte und alle möglichen anderen Bauarbeiter, das zu einer Versammlung aufrief (grob zusammengefaßt hieß es darin, daß Pape seit Monaten keinen Lohn mehr zahlt, daß das kein Einzelfall ist, daß die Subber-Struktur auf dem Bau dazu einlädt, daß der Bauboom so noch nicht angelaufen ist und das sich Verspekulierthaben der Firmen jetzt an den Arbeitern runtergehen soll. Dann Hinweise auf die Kranbesetzungen der Italiener und Briten/Iren und Aufruf zu Aktionen - konkret zu einem Treffen zwei Tage später).

Die Reaktionen waren gemischt, doch in der Regel positiv: Viele erzählten von ähnlichen Erfahrungen, die Stimmung war ziemlich unzufrieden, Leute fanden es richtig, daß jemand eine Initiative ergreift. Die Flugblätter wurden auch von anderen Bauarbeitern gerne genommen, nachdem wir was über die Firma und ihre Rolle auf den Baustellen gesagt hatten (Das hatten wir vorher nicht so eingeschätzt gehabt - niemand von uns hatte vorher schon mal Flugblätter auf ner Baustelle verteilt, wir hatten die üblichen Vorstellungen von Bauarbeitern im Kopf). Es wurden jedoch nur wenige (neun) Arbeiter von Pape erreicht. Die Baustellen in Großbeeren (etwas außerhalb Berlins) wurden nicht besucht.

Zu dem Treffen am 8.6.94 kamen fünf Arbeiter von Pape (sie kennen sich nicht alle untereinander, kommen nicht als Gruppe) plus unser Genosse und drei weitere von uns. Außerdem kam ein Team vom TV-Sender "1A" (einem privaten Regionalsender für Berlin-Brandenburg), den einer der Pape-Arbeiter benachrichtigt hatte. Die TV-Leute mußten erstmal draußen warten, Vorstellungsrunde. Wir erklären, daß drei von uns nicht bei Pape arbeiten, aber unseren Kumpel nicht ohne Kohle hängenlassen wollen, teilweise selbst auf dem Bau arbeiten. Erst gibt es nur Rumgesülze, man müßte was machen, aber die anderen machen nicht mit, nur so wenige von Pape hier, was bringt das denn usw. Die Entscheidung von drei Arbeitern, "1A" Interviews zu geben, bewirkt stimmungsmäßig einen Durchbruch, zum ei-

nen zeigen die drei Interviewten gegenseitig, daß sie Courage haben, riskieren ihr Gesicht im Fernsehen, zum anderen entsteht zum ersten Mal eine Art "Wir-Gefühl" unter allen neun Beteiligten. "1A" macht drei Interviews, kündigt an die Sendung eines Beitrags am 10.6.94 um 18 Uhr (1A - Der Tag) als "Skandal des Tages". Wir verabreden, danach rumzutelefonieren und uns zu treffen.

Freitag zweites Treffen, nachdem der Bericht gesendet wurde. Abends noch zusammen mit vier Pape-Arbeitern (einer davon mit Familie) zur Havemannstr. Die anfänglich eher als "kurz mal gucken" geplante Aktion weitet sich aus, zwei Bagger werden in der Einfahrt quergestellt, als die Polizei in Form von mehreren Zivis und später 3 Six-Packs aufkreuzt. Verhandlungen hin und her, die Bauarbeiter geben ihre Personalien - das alles dauert bis halb drei Uhr morgens. Fazit: Die Baustelle ist mittels zweier in die Zufahrt geparkter Maschinen vorerst blockiert, echte Erfoge gibt es aber nicht. Eine Erfahrung war, daß die Polizei überraschend unsicher war, wie sie diese Aktion zu bewerten habe. Am Schluß gab der Chef vom Dienst noch den Tip, sowas sei sinnvoller während die Baustelle läuft!

Es wurde noch verabredet, Montag früh wieder da zu sein und Sonntag nochmal zu telefonieren.

Dann Mo., 13.6.94, morgens ab 6 Uhr: Der Kran in der Havemannstr. ist besetzt und die Einfahrt von ca. 15 Leuten blockiert. Nur einer der Pape-Arbeiter, die auch am Freitag da waren, erscheint. Es arbeiten nur zwei Leute von ner Abwasserbude. Alle anderen Arbeiter, die Erdarbeiten (die neue Firma, die Papes Auftrag übernommen hat), das Stahlflechten, die Container verkabeln (Telekom) usw. machen sollen, verhalten sich absolut solidarisch - niemand durchquert unsere Streikpostenkette. Allerdings ergreift niemand sonst selbst eine Initiative. Der Kran scheint erst mal nicht benötigt zu werden, zumindest nicht bis mittags. Verhandlungen mit der bald eintreffenden Polizei und den Bauleitern vor Ort. Heitkamp (Generalunternehmer) schickt noch einen Vertreter der Bauleitung Berlin, es erscheint ein IG BSE-Mensch und der Baustadtrat.

Gleichzeitig werden ca. 1500 Flugis verteilt (das Flugi ist übrigens inzwischen von "Interim" und "Direkte Aktion" nachgedruckt worden). Die Reaktionen sind bis auf wenige Ausnahmen positiv. Dies gilt auch für die jugoslawischen Maschinisten (der neuen Erdbaufirma) und die LKW-Fahrer. Häufig wird berichtet, daß stockende oder keine Lohnzahlungen eigene Erfahrungen oder zumindest die von Kollegen sind.

Wir brechen die Aktion ab, als es von Heitkamp Zusicherungen gibt, auf Repressionen zu verzichten und daß Heitkamp gewillt ist, 180.000 DM für Pape statt an die Firma auf ein Sonderkonto zu überweisen, von dem zuerst alle austehenden Löhne gezahlt werden. Voraussetzung dafür sei aber eine "einstweilige Verfügung" gegen Pape. Trotz anfänglicher Zusicherung gibt es nichts schriftlich. Die Berliner Zeitung berichtet wohlwollend.

[Ein paar Gedanken meinerseits zu Problemen mit den Medien usw.:
Auf welcher gemeinsamen Interessensgrundlage beruht unser Bündnis mit den Medien? Wir wollen was organisieren und setzen dazu an wunden Punkten an, an denen die Deregulierung und Entgarantierung für alle Seiten unproduktiv wird. Pape zockt ab, alle wenden sich gegen ihn zugunsten des Standorts Deutschland:
Die Bauherren haben nichts von Glücksrittern, die ihre Baustellen zusammenbrechen lassen. Sie wollen Baukosten senken, aber Qualität gebaut bekommen, schnell und zuverlässig.
Die Arbeiter wollen ihr Geld und andere vor Pape und Konsorten warnen.
Die Presse will ein positives Bild von Berlin und Skandale für die Auflage bzw. Einschaltquote. Sie kann sich profilieren als Einrichtung mit "sozialer Funktion", die für die Interessen der "Kleinen Leute" eintritt. Die Medien als moderne Form der Gewerkschaft? Druck durch Veröffentlichung statt durch Streik (Bedürfnis der Arbeiter wie der Medien) - andererseits werden Aktionen teilweise erst möglich durch die Perspektive der Veröffentlichung in den Medien. Der Druck wird aufgrund des gesellschaftlichen Konsenses des "modernen" Metropolen-Kapitalismus (Arbeitskraft als Ware, Arbeiten für Geld, Handel statt Raub) erzeugt. Nach der Auseinandersetzung wird der Zwang zur Arbeit durch öffentlichen Konsens mittels der Propaganda für einen Arbeitsethos wiederhergestellt, ähnlich wie bei der Gewerkschaft.]

III. Einige (individuelle und gemeinsame) Kritiken an den Aktionen
1. "Freitag war ein Fehler"
- Z.B. kamen einige der Bauarbeiter nicht am Montag, weil sie wegen Freitag (Konfrontation mit der Polizei) noch Angst hatten (?)
- Am Freitag waren einige Leute besoffen (Alkoholproblem: je mehr Bier desto enthusiastischer)
- Alles in allem war Freitag eher eine "schlechte Erfahrung". Anstelle von Motivation wurde die mehrstündige Konfrontation mit den Bullen als eine Scheißsituation empfunden.
- Die Aktion Freitag war zu spontan und nicht genug geplant.
- Es gab vorher keine Diskussion über mögliche spätere Repressionen.
2. Montag
- Allgemein: Es wurde zu früh aufgegeben, anstatt die Grenzen besser auszutesten.
- Wir waren zu wenige Leute. Für eine solche Aktion hätte es bedurft:
a) Treffen aller an der Aktion beteiligten
b) das verteilte Flugblatt hätte diskutiert werden müssen
c) Pape-Leute hätten kommen müssen (wurden sie von dem aufgefahrenen "Apparat" (Flugblatt, Presse, Mobilisierung) evtl. erdrückt?
- Konflikt zwischen Durchziehen der Aktion (Zeitdruck) und eigentlich notwendiger Teilnahme der Pape-Leute. Auf der einen Seite wurde gezeigt, daß es möglich ist, mit wenig Leuten eine solche Aktion durchzuziehen. Auf der anderen Seite ist es klar, daß es immer möglich ist was durchzuziehen; auf die

Teilnahme der "Betroffenen" kommt es an.
- trotz gegenteiliger Absprachen wurden Verhandlungen aufgenommen: Die Forderungen wurden nicht durchgehalten
- Entscheidungsprozeß über mgl. Verhandlungsergebnisse und Kompromisse war nicht vorher geklärt
- Aktion wurde abgebrochen, bevor wir was in der Hand hatten
- die Verhandlungsdiskussionen wurden anstelle draußen vor allen drinnen (im Heitkamp- Bürocontainer) isoliert geführt
3. Kritik an der Vorbereitung/Technics
- Walkie-Talkies als Verbindung zum Kran fehlten
- ungenügende Pressearbeit (keine Presseerklärung, niemand am Fax, um Neuigkeiten an die Presse zu verteilen)
- Aufteilung vor Ort notwendig: Pressekontakt, Bullen- und Gewerkschaftskontakt, Infoweitergabe an UnterstützerInnen, Kontakt mit Personen auf dem Kran hätte immer von jeweils einer Person übernommen werden müssen.
- die zusammengewürfelten UnterstützerInnen vor Ort hätten sich einander vorstellen sollen
- nächstes Mal Kette, Schloß, Dorn, Messer, Zange mitbringen, sowie (auch im Sommer, weil frühmorgens) warme und regenfeste Kleidung und Klopapier für KranbesetzerInnen!

Vorschläge:

* Mobilisieren für Treffen oder Veranstaltung mit Bauarbeitern
* mehrsprachiges Flugblatt erstellen, mit der Aufforderung, eine schwarze Liste von Firmen zu erarbeiten

Mittelfristiges Ziel: ArbeiterInnenkorrespondenz zum Austausch über Arbeitsbedingungen

IV. Was sagt uns das?

Mit unserer Aktion ist es uns gelungen, die abstrakte (juristische, verwaltungstechnische, kaufmännische ...) Aufspaltung der konkreten Baustellenarbeit in eine Hierarchie von vielen verschiedenen Firmen praktisch zu durchbrechen - also die Baustelle selbst anzugreifen und das zu vermitteln, statt uns im Büro von Pape abspeisen zu lassen. (Allerdings hat Heitkamp es geschafft, das Konstrukt zu wahren, indem sie Geld anboten, das sie Pape eh hätten zahlen müssen.)

Zudem kam unsere Aktion zweifach von außen: Die vorherigen Aktionen hatten Kolonnen gemacht, die selbst auf den Baustellen arbeiteten - und sie machten sie bei den und gegen die Firmen, für die sie (noch immer) arbeiteten. Pape dagegen hatte bereits den Auftrag entzogen bekommen, es war also klar, daß wir ihn selbst dort gar nicht treffen konnten - und nur einer der beiden Beschäftigten bei Pape, die an der Blockade am Montag teilnahmen, hatte auf dieser Baustelle gearbeitet.

Das war einerseits eine Schwäche, die sich dann im Abbrechen der Aktion auch ausdrückte, andererseits zeigt es uns, was alles im Moment möglich ist. Beeindruckend auch das Verhalten von Bauleitung und Bullen: Sie haben uns vier Stunden machen lassen, der Bauleiter hat verhandelt, die Bullen nicht eingegriffen. Wir hätten einiges davon anders erwartet.

Mit unserer Einschätzung, daß auf dem

Bau ein Eingreifen möglich ist, liegen wir also richtig. Das zeigte die überwältigende Solidarität sowohl von Arbeitern, die den Streikposten respektierten (selbst aber nicht aktiv wurden), als auch bei fast allen PassantInnen (einer hat gleich losgehetzt gegen die ausländischen BilligarbeiterInnen), die teilweise selbst von nicht gezahlten Löhnen erzählten.

Probleme:

Nur zwei der betroffenen Kollegen waren anwesend.

Die Front der UnterstützerInnen bröckelte gegen Mittag ab. Ablösung war nicht in Sicht.

Es gab in dieser Zusammensetzung keine Treffen mit den Pape-Kollegen mehr. Größere Treffen nur noch beim Gericht bzw. beim Anwalt, also über die rechtliche Schiene, die vereinzelt und entsolidarisieren soll.

War die Aktion ein Erfolg? Wir haben das Ziel (Lohnauszahlung) nicht erreicht, aber es war möglich, eine mittlere Baustelle für einen halben Tag lahmzulegen.

V. Wie weiter?

Auf unserem Weg bieten sich mehrere Fallen:

Syndikalismus: Dadurch, daß die BSE auf den Baustellen praktisch keine Basis mehr hat, bisher aber keine dauerhaften selbstorganisierten Strukturen in Erscheinung treten, ist ein Vakuum entstanden, ein Bedürfnis nach dem Funktionieren minimaler gewerkschaftlicher Strukturen (der Kapitalismus basiert theoretisch auf dem Tausch Arbeitskraft gegen Lohn, wenn der Lohn nicht mehr gezahlt wird, entfällt die Grundlage für das ganze System) das irgendwann von irgendjemandem gefüllt werden wird - sollen wir das tun?

Aktionismus: Wir können weiter solche Aktionen machen, aber wir sind zu wenige. Wir selbst können immer nur eine solche Aktion gleichzeitig machen. Alle von uns sind gleichzeitig in mehreren Gruppen mehr oder weniger aktiv - es gibt momentan viel zu wenige Aktive. Das gilt auch z.B. für Erwerbslosen-, Flüchtlings- und MieterInnen-Inis, die wir kennen.

Ein Grundproblem bei uns ist auch, daß wir zwar in der Lage sind, eine Art Grundkonsens zur Herangehensweise zu bilden, aber theoretische oder politische Diskussionen erst dann führen, wenn ein konkretes Problem auftaucht. Dafür brauchen wir dann sozusagen eine Auszeit.

Sind wir zu ungeduldig? Vielleicht müssen neue (?) Ansätze erstmal Erfahrungen sammeln, und die dort Aktiven müssen genügend praktische Probleme anhäufen, bis eine politische Diskussion über Organisierung möglich und nötig wird.

Was kann und soll dann unsere Rolle sein? Die Rolle eines Kerns? Was heißt das? Wir haben deshalb angefangen, am Beispiel der Bewegungen bei Air France und in Nantes unsere Probleme zu diskutieren.

Politisch wäre unser Eingreifen, wenn das Beispiel Schule macht, revolutionär könnte es sein, wenn sich eine allgemeine Diskussion entwickelte, die die sehr begrenzten Gleise von Lohnfragen, Arbeitsbedingungen usw. verläßt.

heinz

Geld An alle

Wir haben die Schnauze gestrichen voll!

Seit Monaten zahlt die Baufirma Pape fast allen Beschäftigten keinen Lohn mehr aus. Viele Arbeiter haben Ausstände von mehreren Tausend DM, bei mindestens einem sind es schon über 8.000 DM. Deshalb haben sich einige Leute zusammengesetzt und Freitag Nacht mit zwei Maschinen die Einfahrt zur Baustelle Havemannstraße blockiert.
Auch heute geht es uns darum, die Baustelle lahmzulegen, um unsere Löhne zu erhalten. Aber diesmal haben wir mehr Leute mitgebracht.

Die Firma Pape:
Pape gehört in der Baubranche zu den sich rasch vermehrenden Kreaturen der Abzocker. Ursprünglich war es ein reines LKW Unternehmen (Schutt- und Erdtransporte). Letztes Jahr expandierte der Betrieb und versuchte in der Baubranche (Erdbau) Fuß zu fassen. Es wurden Maschinisten und Bauhelfer eingestellt. Dann fing Pape an andere Baubuden aufzukaufen, die Firma *Stiba* und das schon im Konkursverfahren befindliche Unternehmen *Bähr*. So erhielt Pape die Maschinerie und die angefangenen Aufträge, jedoch auch jede Menge Schulden. Schon vor den Firmenkäufen zahlte der Besitzer Andreas Pape vielen Beschäftigten nicht die vollen Löhne aus, sondern nur noch Abschlagsraten. Seit den Firmenkäufen hat fast niemand mehr den vollen Lohn erhalten.
Immer mehr Leute erhielten keinen Pfennig, zum einen die Entlassenen aus den aufgekauften Betrieben, zum anderen ein immer größerer Teil des alten Pape-Unternehmens selbst.
Viele schmissen den Job und fingen an, gerichtlich gegen Pape vorzugehen. Um die Aufträge abzuarbeiten schaltete Pape große Anzeigen in der „BZ" und „Berliner Zeitung" und stellte haufenweise neue Leute ein, die ebenfalls überhaupt keinen Lohn oder nur einen Bruchteil in Abschlagszahlungen erhielten. Von dieser Rotation sind inzwischen 60 bis 70 Kollegen betroffen.
Neue Aufträge wurden von Pape zu Dumpingpreisen eingeholt, auf den Baustellen gab es keine Bauwagen oder Toiletten, von „Arbeitssicherheit" konnte keine Rede sein, es wurden nicht einmal Arbeitshandschuhe gestellt. Als es für die Maschinen keinen Sprit mehr gab, weil Pape die Rechnungen nicht bezahlt hatte, sich fast alle im Bummelstreik befanden, auf den Baustellen die ersten Flugblätter verteilt wurden, die Gläubiger ihm auf die Pelle rückten, sich Steuerfahndung und Umweltamt einschalteten etc und der Streß für Pape so immer größer wurde, verschwand er erstmal von der Bildfläche. Seitdem war er nur noch telefonisch zu erreichen und gab die Order, die Maschinerie von den Baustellen abzuziehen. Ende letzter Woche würden dann die Unterlagen aus dem Büro in Großbeeren herausgeholt. Niemandem ist bisher regulär gekündigt worden. Das heißt für uns: Arbeits- und Sozialämter zahlen auch nicht. Einige sind nicht einmal krankenversichert worden.

So nicht, nicht mit uns !

IG BSE - InitiativGruppe BauSchweine Erledigen!

Schluß mit der Geld-Schneiderei! – Wir wollen unseren Lohn!

Solidarisiert Euch!

ViSdP: A. Briß, Mühsamstr. 17/18, Berlin

Pape ist kein Einzelfall. Jede Menge Baufirmen haben sich verrechnet. Sie erwarteten das schnelle Geld in Berlin: Die neue Hauptstadt, die erhofften Olympiabauten, die Großprojekte vom Regierungsviertel bis zum Potsdamer und die Ostmodernisierung versprachen enorme Aufträge und Profite.

Gleichzeitig heißt es, die Baukosten seien zu hoch. Also versuchen die Unternehmen, an jeder Stelle die Kosten zu senken. Natürlich insbesondere bei den Lohnkosten.

Die großen Baukonzerne machen riesige Gewinne als Generalunternehmer. Sie haben Leute entlassen und wickeln jetzt viele Arbeiten über Subunternehmen und Sub-Subs ab. Kleinfirmen werden als Subunternehmen eingesetzt und erhalten Teilaufträge, die oft mit ungelernter und Drecksarbeit verbunden sind. Der Beschiß für die Beschäftigten liegt in dieser neuen Struktur.

Die meisten Subunternehmen zahlen weniger, schmeißen schneller raus, gehen öfter pleite. Und wir sehen dann am Ende keinen Lohn.

Der Lohnbeschiß hat viele Formen. Den einen werden Tariflöhne versprochen, aber nicht oder nicht vollständig ausbezahlt. Andere werden von vornherein mit Niedriglöhnen abgespeist, die Sklavenhändler zahlen zum Beispiel für Bauhelfer 10,50 DM pro Stunde.

Viele MigrantInnen (legale und illegale) kriegen noch weit weniger. Sie leben häufig in Baucontainern oder Abbruchhäusern. Sie haben auf den Baustellen die höchsten Unfallraten, weil sie zu längeren Arbeitszeiten gezwungen werden und auch am Unfallschutz gespart wird. Sie kommen aus beschissenen Bedingungen, viele werden illegalisiert, dementsprechend abhängig sind sie vom Job, zu entsprechenden Löhnen müssen sie arbeiten, sie können jederzeit durch Abschiebung „entlassen" werden und verlieren dadurch auch noch den ausstehenden Lohn. Es herrscht immer mehr ein Klima von Wild-West.

Die Unterscheidung in Gelernte und Ungelernte, in Stammbelegschaften von Großunternehmen, die Tariflohn erhalten und Leute, die für Sub-Subs unter Tarif malochen sowie der Rassismus gegen MigrantInnen kommen den Unternehmen gerade recht. Denn die Unterscheidungen sollen verhindern, daß alle gemeinsam ihre Forderungen durchsetzen.

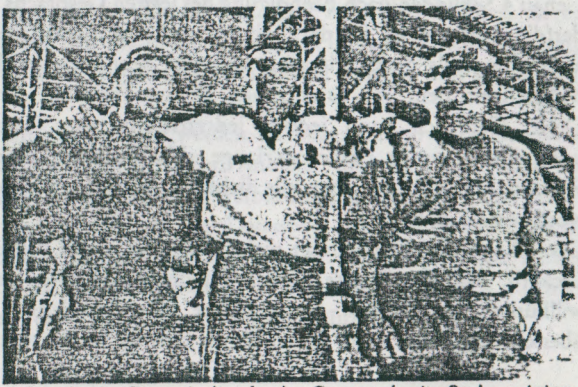
Auch sonst ist die Arbeitsrealität seit der „Wende/deutschen Einheit" noch mieser geworden: immer öfter untertarifliche Bezahlung, im Osten vorerst sowieso keine Lohnangleichung, völlige Willkür im Schwarzarbeitsbereich, Einführung von Nachtarbeit und Zweischichtsystem im Straßenbau. Reallohnverluste auch im Tarifbereich, im Westteil Auslaufen der Berlinzulage, insgesamt mehr Stress, Unfälle und Tote. Im letzten Jahr starben allein in Berlin 18 Kollegen auf Baustellen.

Angedroht ist die Streichung des Schlechtwettergeldes für 1996, Wegfall eines Feiertages für die Pflegeversicherung und ein neuer „Solidarbeitrag" von 7,5 Prozent.

Wir haben die Schnauze voll, es reicht! Und wir sind nicht die einzigen:

Neben den Betriebsbesetzungen der letzten Jahre bei Baubetrieben im Osten, den vielfältigen Aktionen gegen die Abschaffung des Schlechtwettergeldes (Demonstrationen, Verkehrsblockaden, Zoff auf den Ämtern) gab es in den letzten Wochen auch Kranbesetzungen von italienischen und britisch-irischen Kolonnen in Berlin. Auch sie kämpften darum, die ausstehenden Löhne zu erhalten. Und sie kämpften mit Erfolg: Schon nach wenigen Stunden gab es Bares von einem der Bosse.

Nur so läßt sich was ändern.
Was wir brauchen müssen wir uns holen !
Schluß mit der Verarschung!
Gleiche Löhne und Bedingungen für alle!
Keine/r arbeitet unter 20 DM pro Stunde!
Schluß mit der Vorfinanzierung der Projekte durch die ArbeiterInnen: Wöchentliche Vorauszahlungen (keine Schecks!)



Englische Bauarbeiter in der Germaniastraße besetzten einen Kran um die Lohnzahlungen zu erzwingen

Zweite Hand

Wer nach Berlin kommt und eine Wohnung sucht, wer ein Ersatzteil für das Auto braucht, oder es sich nicht leisten kann, neue anstatt gebrauchten Kinderschuhen zu erwerben, kann auf Eines schlecht verzichten: die »Zweite Hand«, Berlins größtem Anzeigenblatt. Eine Zeitung, die ausschließlich aus Kleinanzeigen besteht; in einer Großstadt ohne Sperrmüll, doch mit zunehmender Verarmung seiner Bewohner/innen ein sehr lohnendes Geschäft.

Eine private Kleinanzeige ist kostenlos; die Zeitung finanziert sich ausschließlich über den Verkauf und die gewerblichen Anzeigen. Und damit verkauft sie sich nicht nur nicht schlecht, sondern immer besser.

Während die Rezession voranschreitet, boomt die »Zweite Hand«. Das, was vor zehn Jahren als kopiertes Faltblatt begann und mittlerweile Anteile an zumindest einer der großen Berliner Tageszeitungen und an einem Radiosender hält, beliefert drei mal in der Woche eine Klientel, die sich einen Couchtisch zum Ladenpreis nicht mehr leisten kann. Alles, was mit Autos zu tun hat, wurde ausgelagert; eine eigene Autozeitung, der »Autohandel« entstand, für Motorrad gibt es die »Biker Börse«, »Leihen« wurde kreiert für die, die nicht kaufen können oder wollen.

Während die Geschäftsleitung von der Eroberung des ostdeutschen Marktes träumt, sind an die hundert Angestellte, zu 95 Prozent Frauen, damit beschäftigt, Anzeigen entgegenzunehmen, zu formulieren und einzugeben.

Rund um die Uhr. Von morgens um sieben bis nachts um 12. Über Nacht läuft ein Anrufbeantworter, dessen Band am nächsten Morgen umgehend abgetippt wird. In Schichten von 5 oder 6 Stunden sitzt du vor dem PC, über Kopfhörer werden die Anrufer derer empfangen, die verkaufen oder suchen.

Der Aufstieg der »Zweiten Hand« war steil, doch die Geschäftsleitung will mehr und das schnell. So wurde zunächst eine neue Telefonanlage installiert. War bisher noch die Möglichkeit gegeben, kein neues Gespräch anzunehmen und sich stattdessen mit der Nachbarin zu unterhalten oder sich den Nacken zu massieren, so ist damit jetzt Schluß. Genau 4 Sekunden nach Beendigung des letzten Gesprächs ertönt ein penetrantes Signal: der/die Nächste ist in der Leitung und die Annahme des Auftrags immer noch angenehmer als dieser Piepston auf einer sehr unangenehmen Frequenz. Die einzige Möglichkeit, dem Ton zu entgehen, ist eine Taste mit der Aufschrift »Nachbereitung«. Deren Gebrauch kann jedoch jederzeit von der Geschäftsleitung abgerufen und kontrolliert werden. Eine zu lange »Nachbereitung« erhöht die Chance, das der Schichtleiter, den wir jetzt alle liebevoll duzend »Teamleiter« zu nennen angehalten worden sind, auftaucht.

Doch Kontrolle allein genügt nicht. Zuckerbrot und Peitsche bedeutet immer auch ein Leckerli, daß die »Zweite Hand» sich folgendermaßen vorstellt: falls ein bestimmter, willkürlich festgelegter - und bisher selten erreichter - Sockelbetrag an Umsatz überschritten wird, dann gehen davon erstmal 90 Prozent an die Geschäftsleitung, die

restlichen 10 Prozent sollen anteilig als Umsatzbeteiligung an die Mitarbeiter/innen ausgeschüttet werden.
Dabei will man auf keinen Fall ungerecht sein, wie wird also die Arbeitsleistung der einzelnen gemessen? Da hat sich die Geschäftsleitung etwas besonderes ausgedacht, nämlich die Bildung von mehreren »Kollektiven«. 5 Frauen, die in einer Gruppe zusammengefaßt sind, bekommen dann als Gruppe anteilig einige Pfennige mehr als 10 Prozent, vorausgesetzt, daß...
Doch das war nun zu platt. Keine, die besondere Lust darauf hat, von den Kolleginnen statt vom Schichtleiter gehetzt zu werden. Dieser nett gemeinte Vorschlag wurde soweit abgeschmettert, wie du als Belegschaft auf höflichen Wege etwas abschmettern kannst. Die Geschäftsleitung zog sich nach zahlreichen Protesten darauf zurück, erstmal »probehalber« 3 Großgruppen zu bilden. Parallel dazu stellten sich dann auch die PC's als zu »altmodisch« heraus. Neue müssen her. Solche, die neben der Kontrolle, die bereits durch die neue Telefonanlage intensiviert wurde, den Schichtleitern die Möglichkeit zu geben, über Computer abzurufen, wie lange Frau X an einer bestimmten Anzeige schreibt, bzw. was sie denn so treibt, während sie auf »Nachbereitung« ist.
Wenn die Daten des PC's mit denen der Telefonanlage abgeglichen werden, ist es unmöglich, der »Zweiten Hand« auch nur eine Sekunde abzuzwacken. Entweder du schreibst und telefonierst wie besessen, oder du wartest gelassen die Kündigung ab.
Doch das ist nicht alles. Über die »Zweite Hand« werden beileibe nicht nur Couchtische verkauft. Über das größte Anzeigenmagazin der Stadt sucht der moderne Kunde nicht nur Ersatzteile für seinen Opel Manta, sondern auch die Frau. Manchmal. Denn wir leben in schnellen Zeiten, der Bindungswillige ist out. Berlins »Echter Vielfalter« bietet von daher nicht nur die Spalte »er sucht sie und sie sucht ihn« o.Ä., sondern auch den schnellen Sex Kontakt.
Und auf diesem Feld tun sich ungeahnte Möglichkeiten auf. Man kann sich denken, daß die Geschäftsleitung sofort ins boomende Telefonsexgeschäft eingestiegen ist. Die Zeitung inseriert; wer mit dem Telefonhörer onanieren will oder muß, wählt eine Nummer, ein in der Dominikanischen Republik installiertes Band stöhnt ihm etwas vor und Telekom überweist der »Zweiten Hand« monatlich einen ansehnlichen Betrag.
Phase 2, die Kreation der sogenannten Phone Box. Das ist nichts anderes, als ein gemieteter Anrufbeantworter, auf den die Interessenten ihre literarisch nicht unbedingt wertvollen Texte sprechen. Auch die Phonebox gibt es bei der Zeitung und selbstredend nicht kostenlos.
Phone Box und Digitalisierung der Sprache werden als neueste Innovation zusehends stärker favorisiert. Die Grundidee besteht darin, Anbieter und Verkäufer ohne den Umweg einer Kleinanzeige direkt miteinander in Verbindung zu bringen. D.h., die ins Telefon gesprochen Sprache wird entschlüsselt, der Datenpool der Zeitung abgefragt, die Information wiederum verschlüsselt und die gelangt dann wieder zum Anrufer zurück. Für die Geschäftsleitung hätte das den entscheidenden Vorteil, sich eigentlich nur noch damit beschäftigen zu müssen, den Profit mit der Telekom aufzuteilen.

Für uns hätte es den Vorteil, nicht mehr zur Arbeit zu müssen, als Texterfasserinnen sind wir dann nämlich schlichtweg überflüssig.
Doch momentan tippen wir noch, mit der Phone Box oder Anzeigen besagten Inhalts haben wir noch nichts zu tun.
Wer z.B. eine Anzeige unter der Rubrik »Harte Seiten« aufgeben möchte, wird verbunden. Nicht alles, was geht, ging bis jetzt so einfach, sondern nur über Chiffre oder mit Ausweisvorlage. Die Leute in der Chiffreabteilung sind hartgesotten; nichts menschliches ist ihnen fremd.
Doch Anzeigen dieser Art haben einen Umfang erreicht, daß die Geschäftsleitung diesen Service nun auf die Angestellten ausweiten möchte. Der Ausbreitung des Sexmarktes soll nichts im Wege stehen, denn der hat sich als der gewinnträchtigste erwiesen. Wer als normale Stenotypistin angestellt wurde und das für ihre Tätigkeit hielt, wird sich nun mit anderen Gesprächen konfrontiert sehen.
»Wir möchten, daß ihr euch qualifiziert und lernt«, flötete man uns vor. Lernen und sich qualifizieren bedeutet in diesem Fall aber nichts anderes, als vorrangig Tippse zu sein und nebenher, zum »Zweiten Hand-Gehalt« noch ein bißchen Telefonsex zu absolvieren. Freundlichkeit zum Kunden ist oberstes Gebot, versteht sich.
Wer das komisch findet, nicht mag, oder was gegen frauenfeindliche Anzeigen hat, kann sich nun vom Chef als neurotisch oder verklemmt titulieren lassen. Nicht jede ist souverän genug, sich sowas zu verbitten. Die wenigsten bringen den Mut auf, sich offensiv gegen eine Form der Ausbeutung zu wehren, die massiver ist, mehr an die Substanz geht, als alles zuvor dagewesene. Der »normale« Frauen-Lächeljob ist nichts dagegen.
Und alle haben Angst um ihren Job, schließlich nehmen schon eine ganze Reihe aus den Ostbezirken der Stadt, Fahrzeiten von drei Stunden täglich in Kauf.
Das von uns verlangte »Lächeln am Telefon«, die direkte Aufforderung zur Prostitution, dürfte für immer mehr im Mediensektor arbeitende Frauen ein Problem sein.
Entsprechend wichtig ist es, die Diskussion und die Kritik an frauenspezifischen Arbeiten - die es schon einmal gab und die nie so dringend war wie heute - wieder aufzunehmen.

P.S.
(...) Die »zweite Hand« gibt sich sehr liberal und tut so, als wäre Ihnen unser Befinden sehr wichtig. Die Gruppenarbeit wurde auf einem sogenannten »Fest« vorgestellt und an die Möglichkeit gekoppelt, »mehr« zu verdienen. Da sie so getan haben, als ob sie in unserem Interesse auf diese Idee gekommen sind, konnten sie erstmal nicht viel machen, als die Reaktion war: »Nöö, wollen wir nicht«. Es gab einige Wochen Ratlosigkeit bei der Geschäftsleitung, viele Diskussionen unter uns (natürlich gibt es auch wenige welche, die begeistert waren). Dann wurden wir alle eine Gehaltsstufe nach oben versetzt. Das gab gute Laune. Dann wurde »unsere Qualifikation« erhöht, also wir haben eine Schulung bekommen, um zu lernen, wie man den Computer besser bedient, Geld von einem Konto einzieht... .
Und wir werden jetzt als eine »große Gruppe«, also alle zusammen am Umsatz beteiligt

(ist natürlich lächerlich; wenn der Umsatzsockelbetrag, den sie willkürlich festgelegt haben überschritten wird, dann werden davon 10 Prozent an alle ausgeschüttet). Für die Geschäftsleitung soll es ein Experiment für 3 Monate sein, danach gibt es dann doch die Kleingruppen. Durch dieses schrittweise Vorgehen, haben sie es eigentlich geschafft.
Mit dem Telefonsex meinte ich: einerseits erscheinen massig die entsprechenden Anzeigen mit den Telefonnummern, die auf den Antillen dann so ein Band abspielen... Aber die Leute geben ja auch Anzeigen auf, die zum Teil echt hart sind. Die waren bis jetzt, weil Chiffre, nicht unsere Sache. Also nur einige wenige haben sich damit beschäftigt. »Qualifizierung« heißt, daß wir jetzt alle Anzeigen dieser Art aufnehmen müssen. Das ist nicht einfach zu erklären; mich stört es, wenn ein Typ mir einen widerlichen Text diktieren will, bzw. dann einfach was »verwechselt« und versucht, eine in sein Ding zu verwickeln. Bis jetzt haben wir einfach aufgelegt. Da wohl mit diesen Leuten das meiste Geld zu machen ist, geht es der Geschäftsleitung natürlich darum, uns dahin zu bringen, daß wir uns gegebenenfalls telefonisch anwichsen lassen und immer freundlich bleiben. Deshalb kriegen wir jetzt eine »Telefonschulung«, die uns psychologisch dazu bringen soll, immer nett zu bleiben. Eben immer. Natürlich ist die offizielle Begründung wieder, »Das ist zu eurem Schutz. Ihr sollt lernen, euch psychisch abzugrenzen«, und solche Scheiße mehr. Letztendlich geht es darum, daß natürlich Typen anrufen und sagen: Lesen sie mir bitte meine Anzeige vor, sich dabei einen runterholen, oder was weiß ich. Und wir das mitmachen, statt wie bis zu sagen: Geh zum Arzt, und aufzulegen.
Da ist ne Menge Sprengstoff drin; aber die meisten haben eine solche Angst um diesen miesen Job. Sind stets empört oder betreten, trauen sich dann aber doch nicht, aufzulegen. Das ist eine schwierige Diskussion, weil es um psychische Dinge geht. Eine Frau hat es sich verbeten, solche Anzeigen zu tippen und beruft sich auf ihre Religion. Hat dazu geführt, daß versucht wird, sie lächerlich zu machen. Bis jetzt arbeiten dort viele Studentinnen; der Trend geht dahin, sie durch Frauen aus dem Osten zu ersetzen. Einfach, weil die viel mehr darauf angewiesen sind, den Job zu behalten und nach vier Jahren Arbeitslosigkeit eher bereit sind oder sein müssen, ihre »Empfindlichkeiten« zu unterdrücken.
Das ist eine frauentypische Diskussion; aber die Geschäftsleitung ist ja nicht blöd. Das sind dann Frauen, die das durchsetzen sollen und uns als direkte Chefinnen vor die Nase gesetzt werden. Es hat sich da in letzter Zeit schon einiges verändert. Man bekommt bei der »2.Hand« schnell ein übergeordnetes Pöstchen; bis vor einigen Monaten waren das die Typen; jetzt dürfen auch mehr Frauen Karriere machen. Und das führt zu geradezu absurden Diskussionen; irgendwas postfeministisch-modernes argumentiert gegen angebliche Prüderie oder Verklemmtheit, oder sie sind verständnisvoll, aber jemand muß es ja machen... .
Also, das ist noch nicht gegessen. Gegen die Gruppenarbeit wird es sicher erstmal wieder Widerstand geben, wenn die in 2 Monaten genauso eingeführt, wie es die Geschäftsleitung wollte. Und wir haben erst jetzt unseren neuen Betriebsrat gewählt. Wenn's was Neues gibt, schreibe ich nochmal... o

Im folgenden bringen wir den zweiten Teil einer auf drei Teile angelegten Auseinandersetzung der britischen Zeitschrift "AUFHEBEN" mit der Krisentheorie. Wir haben das übersetzt, weil es sehr viele interessante Parallelen zu unserer eigenen Debatte aufweist, die wir zwar vor über einem halben Jahr angefangen, seither aber kaum systematisch geführt haben. Wir hoffen, daß unserer eigenen Debatte damit wieder etwas mehr Leben eingehaucht werden kann. Natürlich beziehen sich die britischen Genossen in ihrem Text stark auf die Diskussion in Britannien und auf Theorien, die für ihre eigene politische Entwicklung wichtig waren. Einiges davon ist für deutsche LeserInnen nicht so ohne weiteres verständlich. Wir haben trotzdem darauf verzichtet, alle vorkommenden Namen in einem breiten Fußnoten-Apparat erklären zu wollen. Dies hätte den Text sehr stark ausgeweitet - ihn dadurch aber nicht "gründlicher" gemacht. Wir denken, es ist besser, Ihr benutzt ihn als Anregung, schlagt vielleicht den einen oder anderen Autor selber nach (Mandel, Mattick, Castoriadis, Debord usw. gibt es alle auch auf deutsch - und mit dem Regulationsansatz haben wir uns ja in zurückliegenden Zirkularen bereits recht ausführlich beschäftigt) - und vor allem: diskutiert den Artikel und schreibt Eure Meinung!

Der Verfall: Theorie vom Niedergang oder Niedergang der Theorie?

In diesem Artikel geht es um die Theorie, daß der Kapitalismus sich im Niedergang oder Zusammenbruch befindet. Diese Beschreibung »der Epoche« entspricht einem Schema, nach dem der Kapitalismus im Stadium des Handelskapitalismus vom Ende des Feudalismus bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts seine Jugend erlebte, in der liberalen Laissez-Faire-Phase in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in voller Blüte stand und mit seinem Eintritt in das Stadium des Imperialismus und Monopolkapitalismus mit seinen Formen von Vergesellschaftung und Planung der Produktion den Anfang der Übergangsperiode zur nachkapitalistischen Gesellschaft markiert.

Im ersten Teil sahen wir, daß diese Idee vom Niedergang oder Verfall des Kapitalismus aus dem Marxismus der II. Internationale stammt und von den beiden Strömungen beibehalten wurde, die als die wahren Fortführer der »klassischen marxistischen Tradition« auftreten - dem trotzkistischen Leninismus und dem Links- oder Rätekommunismus. Diese Traditionen behaupten beide, sie erhielten gegen die reformistischen Marxisten, die inzwischen den Kapitalismus verteidigten, den wahren Marxismus aufrecht. Unserer Meinung nach hat die II. Internationale u.a. deshalb praktisch versagt, weil dem »klassischen Marxismus« der revolutionäre Aspekt von Marxens Kritik der politischen Ökonomie theoretisch verloren gegangen war und er zu einer objektivistischen Ideologie von den Produktivkräften geworden war. Gerade das Festhalten an der Vorstellung vom Zusammenbruch des Kapitalismus zeigt deutlicher als alles andere, daß diese Traditionen sich nicht vom objektivistischen Marxismus gelöst haben. Während der Trotzkismus und der Linkskommunismus nach dem Zweiten Weltkrieg an ihren Positionen festhielten, obwohl der größte Boom in der kapitalistischen Geschichte klar dagegen sprach, versuchten einige Revolutionäre, eine revolutionäre Theorie

für die neuen Bedingungen zu entwickeln. Diesen Strömungen wenden wir uns jetzt zu. Wir sehen uns drei Gruppen an, die sich von der Orthodoxie losgesagt haben - *Socialisme ou Barbarie*, die Situationistische Internationale und die italienische operaistisch-autonome Strömung. Wir beschäftigen uns auch mit der Neubehauptung der Zusammenbruchstheorie und der Ablehnung des Niedergangs innerhalb des Objektivismus.

1) Der Bruch mit der Orthodoxie
a) Socialisme ou Barbarie
b) die Situationistische Internationale

2) Die Rückkehr der Objektivisten
a) Mandel und Mattick
b) der Regulationsansatz

3) Die autonome Strömung
a) der falsche Gegensatz zwischen Planung und Kapitalismus
b) die Kritik der Technologie
c) die Theorie von der Krise als Klassenkampf

Socialisme ou Barbarie

Socialisme ou Barbarie (Sozialismus oder Barbarei), deren Haupttheoretiker Castoriadis (alias Cardan oder Chalieu) war, war eine kleine französische Gruppe, die mit dem orthodoxen Trotzkismus brach. Sie hatte beträchtlichen Einfluß auf spätere Revolutionäre. In Großbritannien machte die Gruppe *Solidarity* ihre Ideen populär mit Broschüren, die immer noch als zugänglichste Kritik des Leninismus auf hohem Niveau im Umlauf sind.

Zu den stärksten Seiten von *Socialisme ou Barbarie* gehörte zweifellos, daß sie sich auf neue Formen von autonomen ArbeiterInnenkämpfen außerhalb ihrer offiziellen Organisationen und gegen ihre Führer konzentrierten.[1] Obwohl *Socialisme ou Barbarie* klein war, waren sie sowohl in Fabriken als auch in proletarischen Kämpfen außerhalb der Produktion präsent. *Socialisme ou Barbarie* konnten die wirklichen Formen von Arbeiterkämpfen theoretisch erfassen und an ihnen teilnehmen, was z.T. daher kam, daß sie die verdinglichten Kategorien des orthodoxen Marxismus ablehnten. In *Modern Capitalism and Revolution* faßte Cardan diesen Objektivismus als Sichtweise zusammen, daß eine Gesellschaft so lange nicht verschwinden könne, bis sie all ihre Möglichkeiten wirtschaftlicher Ausdehnung erschöpft hätte, und daß die »Entwicklung der Produktivkräfte« außerdem die »objektiven Widersprüche« der kapitalistischen Wirtschaft verschärfen werde. Sie werde zu Krisen führen - und diese würden das ganze System zeitweilig oder auf Dauer zusammenbrechen lassen.[2] Cardan lehnt

[1] Die Johnson-Forest-Tendency in den USA entwickelte einen ähnlichen Ansatz von unten, der nicht ouvrieristisch (allein an den Arbeitern ausgerichtet) war.

[2] *Modern Capitalism and Revolution*, S. 85.

die Vorstellung ab, daß Kapitalisten und ArbeiterInnen einfach den Gesetze des Kapitals unterlägen. Wie er sagt: »Nach dieser Auffassung werden die wiederkehrenden und sich vertiefenden Krisen des Systems durch die ›inneren Gesetze‹ des Systems bestimmt. Ereignisse und Krisen sind eigentlich unabhängig von den Handlungen von Menschen und Klassen. Menschen können nichts am Wirken dieser Gesetze ändern. Sie können nur intervenieren, um das System als ganzes abzuschaffen.«[3] Socialisme ou Barbarie meinte, der Kapitalismus habe durch Staatsausgaben und keynesianische Nachfragesteuerung seine Krisentendenz gelöst und nur einen abgeschwächten Wirtschaftszyklus übriggelassen. Cardans Angriff darauf, daß der orthodoxe Marxismus einer Krisentheorie aus dem 19. Jahrhundert anhing, saß. Die Bedingungen hatten sich verändert – im Nachkriegsboom steuerte der Kapitalismus seine Krisen. Aber statt daraus abzuleiten, daß damit die objektive Grundlage für revolutionäre Veränderungen wegfiel, faßte Socialisme ou Barbarie das Verhältnis zwischen kapitalistischer Entwicklung und Klassenkampf anders. Wie Cardan es ausdrückt, ist *»die reale Dynamik der kapitalistischen Gesellschaft die Dynamik des Klassenkampfs«*. Unter Klassenkampf verstehen sie dabei nicht nur die ersehnte Revolution, sondern auch den alltäglichen Kampf. Mit dieser Wende in der Theorie des Kapitalismus hin zur tagtäglichen Realität des Klassenkampfs und ihrem Versuch, die neuen Bewegungen außerhalb der offiziellen Kanäle theoretisch zu fassen, wendet sich *Socialisme ou Barbarie* also auch von der Perspektive des Kapitals der Perspektive der Arbeiterklasse zu. In der mechanischen Niedergangs- und Zusammenbruchstheorie unterlagen die orthodoxen Marxisten der Perspektive des Kapitals, und so eine Perspektive wirkt sich auch auf die Politik aus, die man macht. Mit der Krisentheorie lehnte *Socialisme ou Barbarie* auch die damit verbundene Politik ab, denn wie Cardan schreibt, behauptet die objektivistische Krisentheorie, daß die ArbeiterInnen die Widersprüche des Kapitals aufgrund ihrer eigenen Erfahrung ihrer gesellschaftlichen Lage nur erleiden, aber nicht verstehen könnten. Dieses Verständnis könne sich nur aus einem »theoretischen« Wissen über die ökonomischen »Gesetze« des Kapitals ergeben. Daher könnten die ArbeiterInnen nach Auffassung der marxistischen Theoretiker

> angetrieben von ihrer Revolte gegen die Armut, aber unfähig, sich selbst zu führen (da ihre beschränkte Erfahrung keine Gesamtsicht der gesellschaftlichen Realität zuläßt), ... nur eine Infanterie bilden, über die ein Generalstab von revolutionären Generälen verfügt. Diese Spezialisten wissen (durch Wissen, zu dem die Arbeiter als solche keinen Zugang haben), was genau in der modernen Gesellschaft nicht funktioniert...[4]

In der Theorie vom Zusammenbruch des Kapitalismus geht die Ökonomie m.a.W. Hand in Hand mit dem avantgardistischen »von außen kommenden Bewußtsein« aus *Was tun?*.

Beim Versuch der Neubegründung einer revolutionären Politik lehnte *Socialisme ou Barbarie* zu Recht die orthodoxe Auffassung ab, die Verbindung zwischen objektiven Bedingungen und subjektiver Revolution sei die sich ständig verschärfende Krise, die das Proletariat zum Handeln zwinge, wobei die Partei (da sie »die Krise« verstehe) die Führung übernehme. Da

---

[3] Ebenda, S. 48.

[4] Ebenda, S. 44.

es keine Krise, wohl aber Kämpfe gab, war die Ablehnung des traditionellen Modells tatsächlich eher hilfreich als hinderlich. Am besten war *Socialisme ou Barbarie*, wenn sie sich dem realen Prozeß des Klassenkampfs zuwandte, eines Kampfs, der sich mehr und mehr gegen die Form der kapitalistischen Arbeit selbst richtete.

> Die Menschlichkeit des Lohnarbeiters wird immer weniger durch ökonomisches Elend bedroht, das seine bloße körperliche Existenz in Frage stellt. Sie wird mehr und mehr von der Art und den Bedingungen der modernen Arbeit angegriffen, von der Unterdrückung und Entfremdung, der der Arbeiter in der Produktion ausgesetzt ist. Auf diesem Gebiet kann es keine dauerhafte Reform geben. Die Arbeitgeber konnen die Löhne um drei Prozent im Jahr erhöhen, aber sie können die Entfremdung nicht um drei Prozent im Jahr senken.[5]

Cardan wandte sich gegen die Auffassung, der Kapitalismus, seine Krisen und sein Niedergang würden vom Widerspruch zwischen Produktivkräften und privater Aneignung vorangetrieben. Stattdessen meinte er, in der neuen Phase des »bürokratischen Kapitalismus« bestehe die grundlegende Trennung in der zwischen Befehlsgebern und Befehlsempfängern und der Grundwiderspruch darin, daß die Befehlsgeber den Befehlsempfängern die Entscheidungsmacht vorenthalten müßten und gleichzeitig auf ihre Beteiligung und Initiative angewiesen seien, wenn das System funktionieren solle. Statt Krisen auf ökonomischer Ebene, meinte Cardan, sei der bürokratische Kapitalismus nur vorübergehenden Krisen der Organisation des gesellschaftlichen Lebens ausgesetzt. Die Vorstellung von einer allgemeinen Tendenz zum bürokratischen Kapitalismus mit der wesentlichen Unterscheidung zwischen Befehlsgebern und Befehlsempfängern schien zwar nützlich, um die Kontinuität zwischen dem westlichen und dem östlichen System auszumachen – in beiden Situationen haben die ProletarierInnen nicht die Kontrolle über ihr Leben und werden herumkommandiert –, aber solch eine Unterscheidung erfaßt nicht, daß sich der Kapitalismus von anderen Klassengesellschaften dadurch unterscheidet, daß die Befehlsgeber nur Befehlsgeber sind aufgrund ihres Verhältnisses zum Kapital, das in seinen verschiedenen Formen – Geld, Produktionsmittel, Ware – die Selbstausdehnung entfremdeter Arbeit ist. Die Tendenz zur Bürokratie ersetzt nicht die Gesetze des Kapitalismus, vor allem den Fetischismus der gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern drückt sie nur auf höherer Ebene aus. Die Rückkehr der Krisen Anfang der 70er Jahre zeigte, daß das, was Cardan bürokratischen Kapitalismus nannte, keine endgültige Transformation des Kapitalismus war, die die Wirtschaftskrisen abschaffte, sondern nur eine besondere Form des Kapitalismus, in der Krisentendenzen zeitweilig kontrolliert wurden.

Cardan und *Socialisme ou Barbarie* dachten, sie hätten Marx überwunden, indem sie den "Grundwiderspruch" des Kapitalismus darin sahen, daß das Kapital »seine Ziele durch Methoden verfolgen muß, die eben diesen Zielen ständig zuwiderlaufen«, nämlich daß der Kapitalismus den Arbeitern die Beteiligungmacht nehmen muß, die es an ihnen eigentlich braucht. Tatsächlich ist dieser Widerspruch gegenüber Marx überhaupt keine Verbesserung, sondern nur ein Ausdruck der grundlegenden ontologischen Verkehrung, die, wie Marx

---

[5] *Redefining Revolution*, S. 17.

erkannte, dem Kapitalismus zugrundeliegt - der Prozeß, in dem Menschen Objekte und ihre Objekte - Waren, Geld, Kapital - Subjekt werden. Natürlich braucht das Kapital unsere Beteiligung und Initiative, denn selbst hat es keine. Die Objektivität und Subjektivität des Kapitals ist unsere entfremdete Subjektivität. Die gesellschaftlichen Verhältnisse des Kapitals verbreiten die Ideologie, daß wir es brauchen - wir brauchen Geld, wir brauchen Arbeit -, aber in Wirklichkeit ist es vollkommen abhängig von uns. Der »Grundwiderspruch« von *Socialisme ou Barbarie* erfaßt nicht die ganze Radikalität der Marxschen Kritik der Entfremdung. Was sie als Erneuerung präsentierten, war m.a.W. in Wirklichkeit eine Verarmung der Marxschen Theorie. Ihre Theorie läßt sich aber als Reaktion auf einen - ob stalinistischen oder trotzkistischen - Marxismus verstehen, dem verloren gegangen war, wie zentral die Marxsche Kritik der Entfremdung ist, und der zu einer Ideologie der Produktivkräfte, einer kapitalistischen Ideologie geworden war.

Da Socialisme ou Barbarie die Fehler des orthodoxen Marxismus nicht wirklich begriff, war es möglich, daß einige seiner Probleme außerdem in ihrer eigenen Ideologie wieder auftauchten. Man könnte sagen, daß *Socialisme ou Barbarie* mit ihrer Erkenntnis, daß der Befehlsgeber von der Arbeiterkontrolle des Produktionsprozesses abhängt, und ihrem auf die Lohnarbeit gestützten Räte-Programm[6] zeigte, wie sehr sie noch in der Räteperspektive feststeckte, von der einige ihrer konkreten Untersuchungen des Arbeiterwiderstands sie hätten abbringen sollen, d.h. der Perspektive der qualifizierten technischen FacharbeiterIn. Die Perspektive und Kämpfe, die den Nachkriegsboom mit einem Krach beenden sollten, waren die des Massenarbeiters. Während die radikale Perspektive der FacharbeiterIn, da sie den ganzen Produktionsprozeß verstand, zu einer Vorstellung von Arbeiterkontrolle tendierte, durch die man den kapitalistischen Parasiten los wäre, tendierten die Kämpfe der taylorisierten MassenarbeiterIn zur Ablehnung des ganzen entfremdeten Arbeitsprozesses, zur Verweigerung der Arbeit.

Das Interessanteste an Cardans Marx- und Marxismus-Kritik ist, daß sie im *Kapital* die Wurzel der orthodoxen marxistischen Sterilität ausmachte. Für Cardan ist das Problem am Marxschen *Kapital*

> »seine Methodik. Die Marxsche Theorie vom Lohn und die daraus abgeleitete Theorie von der steigenden Ausbeutungsrate gehen von einem Postulat aus: daß der Arbeiter vom Kapitalismus völlig »verdinglicht« (auf ein Objekt reduziert) ist.[7] Die Marxsche Krisentheorie geht von einem im Grunde analogen Postulat aus: daß Menschen und Klassen (in diesem Fall die Kapitalistenklasse) keinen Einfluß auf das Funktionieren ihrer Wirtschaft haben. Beide Postulate sind falsch... Beide sind notwendig, um aus der politischen Ökonomie eine "Wissenschaft" zu machen, in der ähnliche "Gesetze" herrschen wie in der Genetik oder der Astronomie ... Sowohl Arbeiter als auch Kapitalisten erscheinen im *Kapital* als Objekte ... Marx, der die

---

[6] Siehe *Workers Councils and the Economics of self-management.*

[7] Obwohl Cardan Marx ganz zentral mit der Verdinglichung kritisiert, hat er paradoxerweise auch ein Problem damit, daß Marx die Kategorie der Verdinglichung benutzt, während sich der moderne Kapitalismus eher durch seine »Tendenz zu bürokratisch-hierarchischer Organisation« verstehen lasse. *Revolution Redefined*, S. 6.

wesentliche Rolle des Klassenkampfes in der Geschchte entdeckte und unermüdlich propagierte, schrieb ein monumentales Werk (*Das Kapital*), in dem der Klassenkampf praktisch nicht vorkommt!«[8]

Cardan hat etwas Wesentliches erkannt – daß der Klassenkampf eben durch die Methode, die Marx im *Kapital* benutzt, relativ an den Rand gedrängt wird. Dieser Ausschluß der Frage des Klassenkampfes und der proletarischen Subjektivität ist die theoretische Grundlage der objektivistischen Zusammenbruchstheorie. Cardan reagiert, indem er das *Kapital* aufgibt. Ähnlich begründet Cardan seinen Angriff auf den tendenziellen Fall der Profitrate hauptsächlich mit der Behauptung, Marx habe geglaubt, daß der reale Lebensstandard und die Reallöhne der Arbeiterklasse konstant bleiben würden.[9] Das stimmt aber nicht. *Das Kapital* nimmt das als provisorische Hypthese an – das ist ein Teil des provisorischen Ausschlusses der Subjektivität im *Kapital*. Marx war sich immer darüber bewußt,daß das, was als notwendige Lebensmittel gilt, Ergebnis eines Kampfes ist, aber im *Kapital* nimmt er sie als konstant an, weil er sich mit ihnen im »Buch über die Lohnarbeit« beschäftigen will, das nie geschrieben wurde.[10] So wird der Wert der Arbeitskraft im *Kapital* nur aus Sicht des Kapitals behandelt, weil es Marx hier im wesentlichen darum ging, zu zeigen, wie der Kapitalismus möglich war. Damit der Kapitalismus existieren kann, muß er die ArbeiterIn verdinglichen, aber damit die ArbeiterIn existieren und das Niveau ihrer Bedürfnisse steigern kann, muß sie gegen diese Verdinglichung kämpfen. Im *Kapital* zeigte Marx dem Proletariat, wie der Kapitalismus funktionierte. So eine Darstellung gehört zur Überwindung des Kapitalismus, aber sie reicht nicht aus. Das Problem am objektivistischen Marxismus ist, daß er das *Kapital* für vollständig hält. Daher hält er den provisorischen Ausschluß für endgültig. Cardans Kritiken sind wichtig, weil sie die Einseitigkeit des *Kapital* erfassen, und das Nicht-Erkennen dieser Einseitigkeit führt zur Einseitigkeit des orthodoxen Marxismus.[11]

So verständlich es in Zusammenhang mit dem Nachkriegsboom ist, daß Cardan und *Socialisme ou Barbarie* die Krisentheorie und später Marx ablehnten – es war eine Überreaktion, die selbst dogmatisch wurde. Cardan und viele andere *Socialisme ou Barbarie*-Theoretiker wie Lyotard und Lefort machten Karriere an der Uni. In den 50er und 60er Jahren gaben Cardans Ideen Revolutionären eine überlegene Waffe gegen die Leninisten an die Hand, aber als in den 70er Jahren die Krise zurückkehrte, leugneten die restlichen *Socialisme ou Barbarie*-Anhänger sie genauso dogmatisch, wie die alten Linken nach ihrem Ausbleiben auf ihr beharrt hatten. Man könnte sagen, daß die Theorie von *Socialisme ou Barbarie* zwar im wesentlichen falsch war, aber daß an der Gruppe weder ihre abweichende Kapitalismus-Theorie noch das spätere Gefasel Cardans wichtig waren, sondern die Vorreiterfunktion ihrer

---

[8] *Modern Capitalism and Revolution*, S. 43.

[9] Siehe den Anhang von *Modern Capitalism and Revolution*. Der Anhang soll auch die Rückkehr zu Adam Smiths Definition von Kapital begründen!

[10] Wie er am 2.4.1858 an Engels schreibt: »Im Verlauf dieses Abschnitts [*das Kapital im allgemeinen*] wird durchgehend angenommen, die Löhne seien auf ihrem Minimum. Bewegungen bei den Löhnen selbst und das Steigen oder Fallen dieses Minimums werden unter der Lohnarbeit berücksichtigt werden.«

[11] Mehr zu dieser zentralen Frage – wie liest man Marx – siehe *The Incomplete Marx* von F.C. Shortall, Avebury 1994.

Kritik des orthodoxen Marxismus für spätere Revolutionäre. *Socialisme ou Barbarie* entdeckte den revolutionären Geist bei Marx wieder – der nichts anderes ist als eine Offenheit für die wirkliche Bewegung, die sich vor unseren Augen vollzieht.

Die Situationistische Internationale

Mit am wichtigsten an der Analyse von *Socialisme ou Barbarie* war, daß sie der Kampf der ArbeiterInnen gegen die Entfremdung innerhalb und außerhalb der Fabrik anerkannten. Die Situationisten gingen über alle bisherige Kritik der modernen Formen von Entfremdung hinaus und unterwarfen die kapitalistischen Verhältnisse einer totalen Kritik. Die Situationisten meinten, die Revolution hinge nicht von der absoluten Verarmung des Proletariats durch die kapitalistische Krise ab, sondern das Proletariat werde gegen seine materiell angereicherte Armut revoltieren. Gegen die kapitalistische Realität der entfremdeten Produktion und des entfremdeten Konsums entwickelten die Situationisten eine Vorstellung davon, daß es jenseits des Kapitalismus[12] für jedes Individuum die Möglichkeit geben werde, sich voll an der ständigen, bewußten und absichtlichen Verwandlung jedes Aspekts und Moments unseres Lebens zu beteiligen. Ihre Weigerung, das Politische und das Persönliche zu trennen – sie lehnten die Politik des sich Opferns des Militanten ab und kritisierten damit den objektivistischen Marxismus in einer gelebten Einheit von Theorie und Praxis, Objektivität und Subjektivität – gehörte zu den wichtigsten Beiträgen der S.I. Man könnte sogar sagen, daß die Situationisten mit der Erkenntnis, daß die Revolution jeden Aspekt unseres Handelns umfassen und nicht nur die Produktionsverhältnisse ändern muß, die Revolution – die der Leninismus fälschlicherweise mit der Eroberung des Staates und dem Weitergang einer durch die Wirtschaft bestimmten Gesellschaft gleichgesetzt hatte – neuerfunden haben.
Während Socialisme ou Barbarie ihre Ablehnung von Marx fetischisierten, entdeckten die Situationisten seinen revolutionären Geist wieder.[13] Das Kapitel »Das Proletariat als Subjekt und als Repräsentation« in Debords *Gesellschaft des Spektakels* ist eine scharfsinnige Untersuchung der Geschichte der Arbeiterbewegung. Einer von Debords wichtigsten Beiträgen zur Frage der Krise und des Niedergangs[14] ist seine Kritik an dem Versuch, die prole-

---

12 Wegen der damit verbundenen Assoziationen weigerten sie sich, das Wort Kommunismus zu benutzen. Allerdings ist auch ihr Begriff von der universellen Selbstverwaltung inzwischen mit negativen Konnotationen behaftet.

13 »Sind Sie Marxisten? – Genauso sehr wie Marx, als er sagte: ›Ich bin kein Marxist.‹« *Situationist International Anthology*.

14 Die Situationisten sprachen manchmal von einer allgemeinen Krise des Kapitalismus, davon, daß er nicht mehr weiter wüßte. Manchmal sagten sie, der Kapitalismus befinde sich im Niedergang oder in Auflösung. Dahinter sahen sie aber nicht eine objektive Logik der Wirtschaft, sondern eher die subjektive Weigerung des Proletariats, so weiter zu machen wie bisher. Teilweise begründeten sie das mit dem Widerspruch von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, aber nur in dem Maße, wie die Kluft zwischen ihrer Entwicklung durch den Kapitalismus und ihrem möglichen Gebrauch durch das sich selbst abschaffende Proletariat so extrem geworden war, daß das Subjekt sie sehen konnte. Diese Perspektive ist zentral, aber etwas anderes als die Theorie des Niedergangs im klassischen Sinne, wo die Produktivkräfte in einer evolutionären Logik auf ihre Befreiung hindrängen. Die Kluft zwischen dem

tarische Revolution auf vorherige Umbrüche der Produktionsweisen zu gründen. Die bürgerliche Revolution unterscheidet sich in Aufgaben und Wesen ganz grundegend von der proletarischen. Dem Proletariat geht es in der Revolution nicht darum, effektiver mit den Produktivkräften umzugehen; das Proletariat schafft die Trennung zwischen ihnen ab – und damit auch sich selbst. Das Ende des Kapitalismus und die proletarische Revolution unterscheiden sich von allen bisherigen Umbrüchen, deshalb können wir unsere Revolution nicht auf frühere gründen. Eigentlich gibt es nur ein Modell – die bürgerliche Revolution –, und von dieser muß sich unsere Revolution in zwei grundlegenden Punkten unterscheiden: Die Bourgeoisie konnte zuerst ihre Macht in der Wirtschaft aufbauen und das Proletariat nicht; sie konnte den Staat benutzen und das Proletariat nicht.[15]

Diese Punkte sind wichtig, um unsere Aufgabe zu verstehen. Die Bourgeoisie mußte sich in ihrer Revolution nur bestätigen, das Proletariat muß sich in seiner negieren. Natürlich werden orthodoxe Marxisten zugeben, daß die proletarische Revolution irgendwie anders ist, aber sie denken diesen Gedanken nicht zuende. In der Vorstellung vom Niedergang des Kapitalismus steckt eine Analogie mit vorherigen Systemen, nach der der alten Ordnung die Puste ausgeht und die neue schon bereit steht; die wirtschaftliche Macht hat sie schon, jetzt muß sie einfach noch die politische hinzuerobern. Aber dieses Modell vom Umbruch der Produktionsweisen trifft nur auf den Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus zu; der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus/Kommunismus muß anders sein, weil er einen vollständigen Bruch mit den gesamten politisch-wirtschaftlichen Verhältnissen enthält. Der Staat läßt sich dabei nicht benutzen, da er dazu da ist, um in einer ökonomischen gespaltenen Gesellschaft eine Einheit durchzusetzen, während die proletarische Revolution diese Trennungen niederreißt.[16]

Zum Teil meinten die orthodoxen Marxisten, der Sozialismus ließe sich mit Hilfe des Staates aufbauen, weil sie von Marxens *Kritik der politischen Ökonomie* beeindruckt waren und durch sie zu politischen Ökonomen wurden. Marx hatte zwar keine politische Ökonomie geschrieben, sondern ihre Kritik, aber sie begünstigte in mancher Hinsicht solche eine Verwässerung des Projekts. Wie Debord schreibt:

Bestehenden und dem Möglichen läßt sich nur durch einen Sprung überwinden.

15 »...die bürgerliche Revolution ist vorbei; die proletarische Revolution ist ein Projekt, das auf der Grundlage der vorhergegangenen Revolution entstanden ist, sich aber qualitativ von ihr unterscheidet. Wenn man die *Originalität* der historischen Rolle der Bourgeoisie leugnet, verdeckt man die konkrete Originalität des proletarischen Projekts, das nichts erreichen kann, wenn es nicht seine eigenen Fahnen trägt und die ›Ungeheuerlichkeit seiner Aufgaben‹ kennt. Die Bourgeoisie kam als Klasse der sich entwickelnden Wirtschaft an die Macht. Das Proletariat kann nur als *Klasse des Bewußtseins* selbst an die Macht kommen. Diese Macht entsteht nicht automatisch aus dem Wachstum der Produktivkräfte, nicht einmal durch die zunehmende Enteignung, die es mit sich bringt. Sein Mittel kann keine jakobinische Machtübernahme sein. Das Proletariat kann sich auf keine *Ideologie* berufen, um seine Teilziele als allgemeine Ziele auszugeben, denn keine Teilrealität kann wirklich die des Proletariats bleiben.« *Die Gesellschaft des Spektakels*, Absatz 88.

16 Das soll nicht heißen, daß das Proletariat keine Gewalt benutzt, um seine Ziele durchzusetzen und eine Rückkehr zum Kapitalismus zu verhindern, sondern nur, daß seine Gewalt sich qualitativ von der Staatsgewalt unterscheidet, die nur die Macht *des Getrennten* sein kann.

»Die deterministisch-wissenschaftliche Seite im Marxschen Denken war genau die Lücke, durch die der Prozeß der "Ideologisierung" noch zu seinen Lebzeiten ins theoretische Erbe einging, das er der Arbeiterbewegung hinterließ. Die Ankunft des historischen Subjekts wird weiter verschoben, und zunehmend sorgt die Ökonomie, die historische Wissenschaft par excellence, dafür, daß es zukünftig negiert werden muß. Aber dabei wird die einzige Wahrheit dieser Negation aus dem theoretischen Blickfeld verdrängt: die revolutionäre Praxis.«[17]

Damit ist beschrieben, wie der "klassisch-marxistischen" Tradition bei ihrer Übernahme des *Kapital* die Zentralität der "Kritik" verloren geht. Da ihnen entgeht, wie wichtig dieser grundlegende Aspekts des Marxschen Projekts ist, verkommt ihre Arbeit zur »marxistischen politischen Ökonomie«. Wie wir in bezug auf Cardan anmerkten, liegt eine der theoretischen Grundlagen des objektivistischen Marxismus in seiner Annahme, die methodischen Beschränkungen des *Kapitals* seien endgültige Beschränkungen dessen, wie wir uns die Überwindung des Kapitalismus vorzustellen haben.

Nahmen die Objektivisten das *Kapital* als Grundlage eines linearen Modells von Krise und Niedergang, so reagierten die Situationisten auf diesen Mißbrauch der Kritik der politischen Ökonomie aber, indem sie sie fast gar nicht mehr benutzten. Für die Situationisten besteht die Kritik der politischen Ökonomie im wesentlichen aus der »Herrschaft der Ware«. Sie verstehen die Ware als komplexe gesellschaftliche Form, die alle Lebensbereiche durchdringt, aber sie gehen nicht wirklich auf ihre Komplexitäten ein. Es lohnt sich, die Komplexitäten und Vermittlungen der Warenform – daraus besteht der Rest des *Kapitals* – zu verstehen. Der Rest des *Kapital* besteht in der Entfaltung dieses Widerspruchs auf immer höherem Konkretionsniveau. Diese methodische Darstellung ist möglich, weil der Anfang zugleich ein Ergebnis ist. Die Ware, die am Anfang des *Kapitals* steht, ist schon das Ergebnis der kapitalistischen Produktionsweise als Gesamtheit, das heißt, in ihr steckt schon Mehrwert, und sie drückt den Klassenantagonismus aus. Die Ware enthält also *in gewissem Sinne* die Gesamtheit des Kapitalismus. Mehr noch: Die Ware drückt aus, daß die Klassenherrschaft die Form der Herrschaft quasi-natürlicher Dinge annimmt. Die situationistische Kritik trifft tatsächlich, weil »die Ware« die kapitalistische Produktionsweise in ihrer unmittelbarsten gesellschaftlichen Erscheinungsform zusammenfaßt. Vor allem bei Fragen wie der Krise müssen wir uns aber mit den Vermittlungen dieser Form beschäftigen.

Statt das *Kapital* abzulehnen (oder zu ignorieren), sollte man darauf hinweisen, daß es unvollständig ist, daß es nur ein Teil eines umfassenden Projekts »der Kapitalismus und seine Überwindung« ist, in der die Selbsttätigkeit der Arbeiterklasse die zentrale Rolle spielt. Die Situationisten betonten wieder die aktive Rolle des Subjekts und bestanden auf der »einzigen Wahrheit dieser Negation«. Gegen all die wissenschaftlichen Marxisten, Althusserianer, Leninisten usw. war das richtig. Prinzipiell ist das immer richtig. Dem orthodoxen Marxismus, der sich in der politischen Ökonomie verloren hatte, war die reale Bedeutung der revolutionären Praxis verloren gegangen. Die Situationisten gewannen dieses zentrale Element bei Marx zurück, indem sie die Frühschriften und das erste Kapitel des *Kapital*

17 *Die Gesellschaft des Spektakels*, Absatz 84.

vorzogen. Die Situationisten drückten theoretisch aus, daß das Proletariat die revolutionäre Subjektivität wiederentdeckt hatte, und inspirierten damit 1968 und seitdem eine Menge Leute. Für uns sind sie heute ein wesentlicher Bezugspunkt. Aber diese Wiederbehauptung des Subjekts in Theorie und Praxis hat den Feind damals nicht besiegt, sondern nur das Kapital in die Krise gestürzt.

In der neuen Phase, die die proletarische Offensive in den späten 60er und 70er Jahren eröffnete, sollte die Krise – einschließlich ihrer "ökonomischen" Seite – wieder zu einem zentralen Element der proletarischen Theorie werden. Aber die Situationisten hatten im wesentlichen den Standpunkt von *Socialisme ou Barbarie* übernommen, daß der Kapitalismus seine Tendenz zur wirtschaftlichen Krisen überwunden habe.[18] Es war etwas Wahres an Debords Kritik der bürgerlichen Perspektive, die hinter der angeblichen Wissenschaft der Vertreter der Krisentheorie lag, aber daß er den Begriff der Krise völlig verwarf, war ein Fehler. In *The Veritable Split* geben Debord und Sanguinetti wenigstens zu, daß die Krise zurückgekehrt ist, wenn sie sagen: »Selbst die alte Form der einfachen *Wirtschaftskrise*, die das System erfolgreich überwunden hatte... erscheint in naher Zukunft wieder als Möglichkeit.«[19]

Das ist besser als Cardan, der noch in seiner Einleitung zur 74er Neuauflage von *Modern Capitalism and Revolution* zu leugnen versucht, daß es überhaupt eine Wirtschaftskrise gibt.[20] Cardan übernimmt sogar den bürgerlichen Glauben, es handele sich nur um einen Unfall aufgrund des Ölschocks. Aber auch wenn es besser ist, daß Debord und Sanguinetti die Wiederkehr der Krise zugeben, haben die Situationisten u.E. nicht wirklich versucht, diese Wiederkehr zu begreifen. *The Veritable Split* fängt so an: »Die Situationistische Internationale drängte sich in einem universalhistorischen Moment auf als Gedanke *vom Zusammenbruch einer Welt*; eines Zusammenbruchs, der jetzt vor unseren Augen begonnen hat.«[21] Tatsächlich zieht sich durch *The Veritable Split* allgemein die Vorstellung, die endgültige Krise des Kapitalismus sei gekommen – wenngleich sie diese Krise als revolutionäre sehen.

In *The Veritable Split* wird die durch den Mai 68 eröffnete Periode als allgemeine Krise beschrieben, was im Prinzip stimmt, aber eben nicht ganz reicht. Direkt nach dem Mai 68, dem Heißen Herbst in Italien usw. läßt sich so eine Einschätzung der Epoche vielleicht entschuldigen, aber sie hätten versuchen müssen, die Krise wirklich zu begreifen. Dazu hätten sie begreifen müssen, wie das rebellierende Subjekt und die "objektive" Wirtschaft interagieren, und dazu hätten sie sich den Rest des *Kapitals* ansehen müssen.

2 Die Rückkehr der Objektivisten

Als die Wirtschaftskrise in den frühen 70er Jahren mit Macht zurückkehrte, schienen die Vertreter der traditionellen marxistischen Vorstellung, daß der Kapitalismus sich im endgül-

---

18 Siehe *Die Gesellschaft des Spektakels*, Absatz 82.

19 Debord und Sanguinetti: *The Veritable Split*, 1972 (London: Chronos Publications 1990), Absatz 14.

20 *Modern Capitalism and Revolution*, S. 10-11.

21 *The Veritable Split*, Absatz 1.

tigen Niedergang befinde, rehabilitiert.[22] Sowohl Denker der alten Linken wie Mandel für den Trotzkismus und Mattick für den Rätekommunismus, als auch neue Figuren wie Cugoy, Yaffe und Kidron[23] tauchten auf, um sich für ihre Version der richtigen marxistischen Krisentheorie zu engagieren. Die mit solchen Analysen verbundenen politischen Bewegungen wuchsen ebenfalls. Es gab größere Uneinigkeiten zwischen den theorien, aber sie teilten die gemeinsame Überzeugung, daß die Rückkehr der Krise lediglich innerhalb der Bewegungsgesetze des Kapitals zu erklären sei, wie sie Marx im *Kapital* dargelegt hatte. Die Frage war, welche Gesetze und welche Krisentendenz in Marxens verstreuten Bemerkungen hervorzuheben sei.

a) Mandel und Mattick

Mandel und Mattick, als die Vaterfiguren, boten einflußreiche Alternativen. Mattick hatte im wesentlichen Grossmans Zusammenbruchstheorie in der Periode des Nachkriegsbooms am Leben gehalten. Das heißt, er offerierte eine Theorie vom Kapital, das mechanistisch in Richtung Zusammenbruch geht auf der Basis der steigenden organischen Zusammensetzung

---

22 Die ICC versuchte sogar, [den Mai] '68 vor allem in Begriffen der objektiven Krise zu erklären. Trotz der überwätigenden Marktführerschaft der Krisentheorie durch die fallende Profitrate pushen sie noch immer eine luxemburgistische These. Einer solchen Markenloyalität sollte man wirklich applaudieren.

23 Yaffe und Kidron waren beide bei den *International Socialists* (einem Vorläufer der SWP), die sich durch ihre Theorie der Permanenten Rüstungsökonomie hervorzutun versuchten. Im wesentlichen war diese Theorie der Versuch, den ganzen Nachkriegsboom durch einen Fabktor zu erklären – Rüstungsausgaben. Außer dieser Innovation, den Rüstungsausgaben eine stabilisierende Rolle zuzusprechen, war diese Theorie im wesentlichen orthodoxe marxistische Ökonomie. Cliff vertrat eine Version der orthodoxen Unterkonsumtionstheorie. Rüstungsausgaben maß er die (anfänglich sehr vorübergehende, später, als es nicht zur erwarteten Katastrophe kam, länger dauernde) Fähigkeit zu, eine, angesichts der begrenzten Nachfragekraft der Massen, unvermeidliche Überproduktionskrise des Kapitals zu verschieben. Als es bei den marxistischen Ökonomen zu einer Wende kam – die Theorie von der fallenden Profitrate schob sich immer mehr in den Vordergrund und die These von der Unterkonsumption wurde als zu primitiv betrachtet – entwickelte Kidron eine neue Version, bei der die Rüstungsausgaben nun etwas anderes linderten. Unproduktive Rüstungsausgaben verschoben nun nicht mehr den Punkt, an dem das Kapital die Möglichkeiten seiner Konsumtion übertrifft, sondern diese Ausgaben seien als Gegentendenz zum tendenziellen Fall der Profitrate zu sehen.

Der wesentliche Punkt daran ist, daß diese Theorie innerhalb der Annahmen der objektivistischen marxistischen Ökonomie blieb. Das Ausmaß, in dem sie mit Lenin brachen, war nicht daraus motiviert, daß Lenin in seiner Analyse keinen Platz für die Kämpfe der Arbeiterklasse ließ. Nein, für die *International Socialists* war der Imperialismus nur das vorletzte Stadium des Kapitalismus, eine andere kapitalimmanente Logik also. Zum letzten Stadium erklärten sie die Permanente Rüstungsökonomie, und dieses wird – wie bei Lenins *Imperialismus* – rein in Begriffen des Kapitals erklärt. Auch in ihren entwickelteren Formen war diese Theorie ein ziemliches Durcheinander, was jüngere Pistolenhelden bei den *International Socialists* wie Yaffe, der in der marxistischen Klassik versierter war, dazu brachte, eine Rückkehr zu einer fundamentalistischen Theorie auf Grundlage der fallenden Profitrate zu fordern; schießlich trat er aus und gründete die RCG, um eine solche Theorie zu entwickeln. Seither hat Chris Harman die Theorie weiterentwickelt [? fleshed out], einige ihrer schärfsten Kanten abgerundet und sogar andere Krisentheoretiker wie Grossman dazu benutzt, sie zu untermauern. Aber in den 70er Jahren ist die SWP in den schoß der Gemeinde zurückgekehrt, indem sie zustimmte, daß Rüstungsausgaben nicht länger die Tendenz zur Krise abschwächen könnten.

des Kapitals und fallender Profitrate. Seine Innovation bestand primär darin, daß er analysiert hatte, wie die keynesianische gemischte Wirtschaft die Krise durch unproduktive Staatsausgaben verschob. Er behauptete, daß solche Ausgaben zwar vorübergehend den Kriseneinbruch aufhalten konnten, dies aber nur aufgrund des allgemeinen Aufschwungs in der Nachkriegsökonomie. Die erfolgreiche Manipulation des Geschäftszyklus war abhängig von der darunterliegenden allgemeinen gesunden Profite im Privatsektor. Wenn der zugrundeliegende Niedergang der Profitrate einen kritischen Punkt erreicht hatte, dann könne auch die Nachfragesteigerung durch den Staat nicht mehr die Rückkehr zu Akkumulationsbedingungen garantieren, stattdessen würden die staatlichen Abzüge aus dem Privatsektor als Teil des Problems gesehen werden. Seine These war also, daß der Keynesianismus die den Bewegungsgesetzen des Kapitals innewohnende Tendenz zu Krise und Zusammenbruch nur verschieben, aber nicht verhindern könne. Einer der größten Vorzüge seiner Analyse bestand darin, daß er aus der Krisentheorie die Basis für die inneren Widersprüche der kapitalistischen Produktion machte. Mattick vermied somit den modischen Fokus, daß der Kapitalismus durch die Niederlage des Imperialismus vermittels der Niederlagen in der Dritten Welt untergraben werde. Er leugnet also nicht das revolutionäre Potential der Arbeiterklassen im Westen. Dennoch wäre deren Klassenkampf für ihn eine spontane Antwort auf das eventuelle Scheitern des Keynesianismus, die Akkumulationskrise zu verhindern. Die Gesetze des Kapitals, aus der sich die Krise ergibt und der Klassenkampf waren für Mattick zwei völlig unterschiedliche Dinge. Seiner Analyse fehlt ganz grundlegend eine Analyse davon, wie der Klassenkampf innerhalb der Akkumulationsphase auftritt. Die Krise des Kapitalismus kann auf der abstrakten Ebene, auf der Mattick sie behandelt, nicht verstanden werden.

Mandel, der belgische Volkswirtschaftler, offerierte in *Spätkapitalismus* eine multikausale Herangehensweise. Er definiert sechs Variabeln, deren Interaktion die kapitalistische Entwicklung erklären soll. Nur eine dieser Variabeln - die Ausbeutungsrate - hat irgend einen Bezug zum Klassenkampf, aber auch hier ist der Klassenkampf nur eines unter vielen Dingen, die diese Variable bestimmen.[24] Die Geschichte des Kapitals ist - nur unter anderem! - die Geschichte des Klassenkampfs. Das hauptsächliche andere ist die Natur der ungleichen Entwicklung und somit die revolutionäre Rolle der anti-imperialistischen Länder. Somit beschreibt Mandel die Geschichte der kapitalistischen Produktionsweise nicht als vorwärtsgetrieben vom zentralen Antagonismus zwischen Arbeit und Kapital, sondern dem zwischen Kapital und vorkapitalistischen Wirtschaftsverhältnissen. Auf der einen Seite beteuert er seine Orthodoxie, indem er behauptet, daß der Spätkapitalismus nur die Fortsetzung der monopolistisch/imperialistischen Epoche sei, die Lenin erkannt hatte, aber ebenso rehabilitiert er die

---

24 *Spätkapitalismus*, S. 40. Interessanterweise behauptet Mattick - also jemand, den man politisch gegen Mandel unterstützen würde -, daß Mandel im *Spätkapitalismus* dem Klassenkampf zu viel Gewicht einräume. Mattick stellte Grossmans auf die fallende Profitrate basierende Zusammenbruchstheorie einem neuen Publikum vor. Daß Nicht-Leninisten gegen die Bedeutung des Klassenkampfs anargumentieren, zeigt, daß das Problem des Objektivismus quer zur leninistisch/antileninistischen Spaltung verläuft. In der Tat wurde in Britannien die these von Mattick/Grossman zur Krise von einem überzeugten Leninisten wie David Yaffe aufgenommen. Yaffe zufolge gab es im Nachkriegsboom keinen Klassenkampf, aber die ökonomischen Determinanten hatten sich offensichtlich auch in dessen Abwesenheit weiter entwickelt.

Theorie der langen Wellen technologischer Entwicklung, welche die Epoche des Niedergangs überlagere und ihr Perioden aufwärts- und abwärtsgerichteter Bewegung verleihe. Die langen Wellen werden durch technologische Innovationen angetrieben.

Aber weder in Mandels von der Technologie angetriebenen langen Wellen noch bei der These der durch die steigende organische Zusammensetzung fallenden Profitrate erkannt, in welchem Ausmaß die technologische Innovation eine Antwort auf den Klassenkampf ist. Hinter dem objektivistischen Marxismus steht in der einen oder anderen Form der technologische Determinismus, und deshalb ist die autonome Kritik an der objektivistischen Sichtweise von Technologie so wichtig.[25] Es ist nötig, die kapitalistische Akkumulation und ihre Krisen in Verbindung zum Klassenkampf zu sehen. Die Keynesianische/Fordistische Periode war eine, in der der Kampf der Arbeiterklasse sich vor allem in beständig steigenden Löhnen ausdrückte, wo die Gewerkschaften als die Repräsentanten der Arbeiterklasse deren Kämpfe gegen die Tyrannei des Arbeitsprozesses in Lohnforderungen kanalisiert hatten. Durch das Erkämpfen von ständigen Lohnerhöhungen zwangen die Arbeiter das Kapital dazu, die Produktivität durch die Intensivierung der Arbeit zu erhöhen und immer weiter arbeitssparende Investitionen zu tätigen, welche es im Gegenzug ermöglichten, den Arbeitern weitere Reallohnsteigerungen zu gewähren. In diesem Sinn - und wir werden sehen, daß die Autonomen so argumentieren – war der Kampf der Arbeiterklasse in dieser Periode zu einem funktionalen Moment im Kreislauf des Kapitals geworden: zum Motor der Akkumulation. aber bevor wir uns mit solchen Analysen beschäftigen, sollte darauf hingewiesen werden, daß einige Denker im objektivistischen Lager von der Niedergangsproblematik abrückten und eine raffiniertere Analyse der Nachkriegsperiode versuchten. Der Regulationsansatz war offen für neue Ideen wie die Analyse des Fordismus seitens der *Arbeiterautonomie*. Doch die starke Beeinflussung seitens des Strukturalismus hielt den Regulationsansatz in den Grenzen des Objektivismus [gefangen].

b) Der Regulationsansatz

Der Regulationsansatz ist wichtig, weil er versucht hat, Theorie in direktem Bezug auf die konkrete Wirklichkeit des modernen Kapitalismus zu entwickeln. Vertreter des Regulationsansatzes wie Aglietta und Lipietz brachen mit den orthodoxen Positionen von den Stadien des Kapitalismus und zur kapitalistischen Krise. Die Orthodoxen teilen den Kapitalismus in Phasen ein: sie behaupten, er sei mit dem Handelskapital entstanden, mit der Konkurrenz im Laissez-faire herangereift und würde seinen Niedergang erleben in der Phase des Monopolkapitals und des Imperialismus und damit die Bedingungen für den Sozialismus schaffen. Die Krise, so die Orthodoxen, sei im gesunden Kapitalismus Teil des normalen Wirtschaftszyklus, in der "Epoche von Kriegen und Revolution" aber Beweis für seinen Niedergang und möglicherweise endgültigen Zusammenbruch des ganzes Systems. In bezug auf diese Phaseneinteilung führte die Regulationsschule den Begriff der "Akkumulationsregimes" ein. Er besagt, daß die Phasen kapitalistischer Entwicklung durch voneinander abhängige institutionelle Strukturen und soziale Normzusammenhänge gekennzeichnet sein. Die anhaltende

25 Siehe dazu den folgenden Abschnitt.

Krise sei eine strukturelle Krise der Institutionen der Regulation und der mit dem Regime verbundenen sozialen Normen.

So interpretierten sie zum Beispiel den Übergang vom Laissez-faire zum Monopolkapitalismus als Übergang vom "Regime extensiver Akkumulation und Regulation mittels Konkurrenz", das vor dem Ersten Weltkrieg existiert hatte, zu einem Regime intensiver Akkumulation und monopolistischer Regulation nach dem Zweiten Weltkrieg. Dazwischen lage ihrer Meinung nach eine Phase der Krise des alten Regimes und des Übergangs zum nächsten. Die orthodoxen Marxisten hatten das Problem, die Nachkriegsphase mit ihrem Begriff der "Übergangsepoche" zu erklären. Sie bezeichneten deswegen die neue Stufe einfach als "Staatsmonopolistischen Kapitalismus". Aber ein Problem blieb: Der Monopolkapitalismus sollte eher das Ende des Kapitalismus bedeuten und nicht sein Gedeihen. Nach dem Regulationsansatz ist die Nachkriegsepoche keinesfalls eine Phase des Niedergangs, sondern eine Phase der Konsolidierung eines Regimes intensiver Akkumulation. Diese Phase ist durch fordistische Produktionsmethoden, Massenkonsum, die Einbeziehung der Produktion von Konsumgütern als bedeutenden Teil der kapitalistischen Akkumulation, sowie auf internationaler Ebene durch die amerikanische Hegemonie gekennzeichnet. Grundlage dieses Regimes ist ihrer Meinung nach die Verbindung von steigendem Lebensstandard und steigender Produktivität. Der Regulationsansatz beschreibt die 70er Jahre als neue Phase einer Strukturkrise, diesmal des Systems intensiver Akkumulation. Die Ursachen der Krise sieht die Regulationsschule wie auch bei Negri und die Theoretiker der Arbeiterautonomie in der Abkopplung der Lohnsteigerungen von der Produktivität und der Aushöhlung des sozialen Konsens. Der Zusammenbruch der Produktivitätssteigerungen verursacht die Finanzkrise des Staates, der weiterhin eine Steigerung der Akkumulation über öffentliche Ausgaben anpeilt, während die ökonomische Grundlage für eine solche Politik - reales anhaltendes Wachstum - nicht mehr vorhanden ist. Auf der internationalen Ebene sind die günstigen Bedingungen für den Welthandel mit dem Ende der amerikanischen Hegemonie ebenfalls zusammengebrochen. Wichtig in bezug auf die Zusammenbruchsthese ist, daß die Krise nicht als Todeskampf, sondern als ernste Strukturkrise gesehen wird, aus der Kapital herauskommen könnte, wenn es ein neues Akkumulationsregime etabliert.

Durch ihren Bruch mit dem rigiden Schema der Orthodoxie erscheint die Regulationsschule als sehr viel besser entwickelte und weniger dogmatische marxistische Analyse. Aber sie nimmt keinen Perspektivenwechsel vor, um den Prozeß vom Arbeiterstandpunkt aus zu betrachten. Der Regulationsansatz bleibt innerhalb der kapitalistischen Logik und erweitert die Analyse nur um eine Menge komplizierter Gesichtspunkte. Auch wenn er richtigerweise die Krise als umfassende Krise der sozialen Ordnung versteht, bedeutet es einen Rückfall in den Funktionalismus, wenn er Kapital nicht als Kampfverhältnis von Subjekten, sondern als Prozeß ohne Subjekt erklärt. Er nimmt an, daß die gegenwärtige Restrukturierung des Kapitalismus zu der erfolgreichen Etablierung eines neuen Regimes der flexiblen Akkumulation führen wird - der Post- oder Neo-Fordismus erscheint unabwendbar. Solche Ideen laufen auf eine neue Form des technologischen Determinismus[26] hinaus, der dadurch, daß er eher ein

---

[26] Der Angriff auf den Funktionalismus und Determinismus der Regulationsschule gelingt in *Post Fordism and Social Form* (herausgegeben von Bonefeld and Holloway), besprochen in der letzten Ausgabe von

Weiterbestehen des Kapitalismus voraussieht als seinen Zusammenbruch, eher für reformistische Linke attraktiv ist als für Revolutionäre. Einige seiner Ideen könnten für uns nützlich sein, doch der Regulationsansatz bleibt wie sein strukturalistischer Vater im Grunde innerhalb der Kapitallogik. Die vom Staat bezahlten akademischen Denker neigen immer dazu, das Kapital als Ausgangspunkt nehmen.[27]

Der objektivistische Marxismus begreift einen Teil der kapitalistische Wirklichkeit, aber nur aus einer Perspektive - der des Kapitals. Dieser Marxismus übernimmt die Kategorien des *Kapitals*, die auf der Verdinglichung der sozialen Beziehungen im Kapitalismus basieren, als gegeben und nicht als Ergebnis von Kämpfen. Die Subsumtion der Arbeit wird als endgültig vorausgesetzt und nicht als etwas, was ständig neu geschaffen werden muß. Die Arbeiterklasse wird nur als ein Rädchen in der Entwicklung des Kapitals verstanden, das sich ansonsten nach eigenen Gesetzen entwickelt. Tendenzen wie die wachsende organische Zusammensetzung werden als dem Kapital innewohnendes Gesetz wahrgenommen, obwohl sie wie auch ihre Gegentendenzen Resultat von Kämpfen sind. Es ist notwendig, diesen Prozeß aus dem anderen Blickwinkel zu betrachten - der des Kampfes gegen die Verdinglichung - wie das Gruppen wie *Sozialismus oder Barbarei* und die Situationisten taten. Ihre Distanzierung von der Krisentheorie war verständlich und notwendiger Bestandteil bei der Wiederentdekkung revolutionärer Praxis im Nachkriegsboom. Trotzdem waren es die Objektivisten, die die Methoden hatten, die Krise zu verstehen, als diese wieder auftauchte. Allerdings versäumten sie es, aus ihrer Theorie eine angemessene politische Leitlinie zu entwickeln. Ihre Vorstellung war einfach, daß sie die Krise verstehen und sich die Leute unter ihrer Fahne sammeln sollten. In Italien hingegen entstand eine Strömung, die den Objektivismus ablehnte, aber auch einen neuen Weg zum Verständnis der Krise aufzeigte.

3.) Die operaistische Strömung / Arbeiterautonomie

Eine bedeutende Tendenz innerhalb der italienischen Neuen Linken waren die "operaistischen"[28] Theoretiker der 60er Jahre wie Panzieri und Tronti sowie die Theoretiker der "Arbeiterautonomie" der späten 60er und der 70er Jahre, besonders Negri und Bologna. Sie attackierten die verdinglichten Kategorien des objektivistischen Marxismus. Der Angriff auf den Objektivismus des orthodoxen Marxismus bezog sich auch auf die Problematik von Krise und Zusammenbruch. Einen Teil der Stärke der Strömung machte aus, daß sie Marx nicht einfach gegen eine durch und durch reformistische Arbeiterbewegung geltend machen mußten, sondern es mit der alles beherrschenden Italienischen Kommunistischen Partei und deren theoretisch entwickeltem Marxismus zu tun hatten. Die KPI hatte beim Übergang

---

Aufheben. (Wir haben den Text auf deutsch übersetzt)

27 Im Unterschied dazu verließen die Analysen der Arbeiterautonomie nie den Arbeiterstandpunkt. Zwar waren auch einige der italienischen Theoretiker Akademiker, sie waren aber trotzdem Teil der revolutionären Bewegung waren. Sie mögen "vom Staat bezahlte Denker" gewesen sein, aber wenn die Hälfte von ihnen verhaftet und für Jahre weggeschlossen wurde, kann man doch annehmen, daß ihre Ideen in einem gewissem Widerspruch zu ihrer sozialen Stellung standen.

28 Der italienische Begriff *Operaismus* (englisch: workerism, d. Übers.) bezieht sich nicht wie beim angelsächsischen Gebrauch des Wortes darauf, daß nur Kämpfe im Betrieb Bedeutung haben, sondern auf den Versuch, den Kapitalismus aus der Perspektive der Arbeiterklasse zu verstehen.

vom Stalinismus zum Eurostalinismus ihre Positionen geändert; hatte sie sich bisher mit der Betrachtung der allgemeinen Krise des Kapitalismus beschäftigt, so ging es ihr nun um die Unterstützung und Weiterentwicklung desselben. Die Operaisten erkannten, daß beide Positionen von einer neutral-objektiven Betrachtung der kapitalistischen Ökonomie ausgingen; für notwendig hielten sie hingegen eine Umdrehung der Perspektive, nämlich der Blick auf den Kapitalismus vom Arbeiterstandpunkt aus.

Raniero Panzieri, einer der Initiatoren der Strömung, schrieb zwei grundlegende Kritiken am orthodoxen Marxismus. Er wandte sich gegen den falschen Gegensatz von Planung und Kapitalismus und gegen die Idee von der Neutralität der Technik, die Teil der Ideologie von den Produktivkräften ist.

i) Der falsche Gegensatz von Planung und Kapitalismus

Panzieri behauptete, daß Planung nicht im Gegensatz zum Kapitalismus stünde. Nach Marx basiert der Kapitalismus auf der despotischen Planung auf der Ebene der Produktion. Der Kapitalismus übertraf vorherige Produktionsweisen dadurch, daß er sich die Kooperation innerhalb des Produktionsprozesses aneignete. Die ArbeiterIn erfährt das durch die Kontrolle ihrer Tätigkeit durch eine andere ArbeiterIn. Im Kapitalismus des 19. Jahrhunderts stand dieser despotischen Planung der anarchische Wettbewerb auf der gesellschaftlichen Ebene gegenüber. Nach Panzieri ist das Problematische am orthodoxen Marxismus und seiner Zusammenbruchstheorie, daß er die Phase des Laissez-faire-Kapitalismus als modellhaft annimmt und jede Veränderung davon als Niedergang des Kapitalismus oder als Übergang zum Sozialismus definiert. Die Konzeption, die Panzieri und später Tronti entwickelten, ging davon aus, daß der Kapitalismus Mitte des 20. Jahrhunderts bis zu einem gewissen Grad den Gegensatz von Planung und Markt überwunden hatte und sich durch die Erlangung der Kontrolle über die Gesellschaft durch das gesellschaftliche Kapital zu einem weiter fortgeschrittenen Kapitalismus entwickelt hat; die gesellschaftliche Fabrik bildete sich heraus. Auf gesellschaftlicher Ebene ist die kapitalistische Gesellschaft nicht nur Anarchie, sondern auch gesellschaftliches Kapital - alle Bereiche des Lebens sind auf die Durchsetzung der kapitalistischen Arbeitsbeziehung ausgerichtet.

Damit ist der zentrale Widerspruch, auf dem der orthodoxe Marxismus seine Zusammenbruchstheorie aufbaut, in Frage gestellt. Es gibt keinen fundamentalen Widerspruch zwischen der kapitalistischen Vergesellschaftung der Produktion und der kapitalistischen Aneignung des Produkts. Die "Anarchie des Marktes" ist ein Teil der kapitalistisch organisierten Gesellschaft, kapitalistische Planung ist ein anderer. Diese beiden Formen kapitalistischer Kontrolle stehen nicht in einem sich ausschließenden Widerspruch, sondern in einer dialektischen Beziehung:

"Da das Kapital durch die allgemeine Planung die mystifizierte Grundform des Mehrwertgesetzes unmittelbar von der Fabrik auf die ganze Gesellschaft ausweitet, scheint jetzt wirklich jede Spur des Ursprungs und der Wurzel des kapitalistischen Prozesses zu verschwinden. Die Industrie nimmt das Finanzkapital wieder in sich auf und projiziert die spezifische Form, die die Abpressung des Mehrwerts in ihr annimmt, auf die gesellschaftliche Ebene: als »neutrale«

Entwicklung der Produktivkräfte, als Rationalität, als Plan."[29]

Planung ist kein vorübergehendes Merkmal im Kapitalismus. Mit der Gleichsetzung von Sozialismus und Planung wird der Sozialismus von der Negation des Kapitalismus zu einer seiner Spielformen. Aus der Entwicklung vom Monopol- bzw. Finanzkapital entstand nicht die Grundlage für eine nicht-kapitalistische Produktionsweise, sondern eine gesellschaftlich höher integrierte Form des Kapitalisus.[30] Das Kapital hatte einige Schwierigkeiten aus den früheren Phasen überwunden, aber dieser Prozeß wurde als Erreichen seines letzten Stadiums interpretiert.

ii) Die Kritik der Technologie

Noch bahnbrechender als seine Dekonstruktion des Gegensatzes von Planung und Anarchie des Marktes war vielleicht Panzieris Kritik der Technologie. Die despotische Planung als Teil des Kapitalismus operiert mittels Technologie. Panzieri behauptet im wesentlichen, daß Macht und Technologie im Kapitalismus so eng zusammenhängen, daß der orthodox-marxistische Begriff von der Neutralität der Technik absurd erscheint. Kritisiert wird hier wiederum die verdinglichte Natur der Begriffe im orthodoxen Verständnis der Produktivkräfte, die an den Ketten ihrer kapitalistischen Fesseln rütteln.

»Es gibt keinen "objektiven", verborgenen Faktor, der dem technischen Fortschritt oder der Planung in der spätkapitalistischen Gesellschaft immanent ist und die "automatische" Transformation oder den "notwendigen" Umsturz der bestehenden Verhältnisse gewährleistet. Die allmählich erreichten neuen "technischen Grundlagen" der Produktion stellen für den Kapitalismus neue Möglichkeiten der *Konsolidierung* seiner Macht dar. Das heißt natürlich nicht, daß sie nicht gleichzeitig auch neue Möglichkeiten der Systemüberwindung eröffnen. Aber diese Möglichkeiten fallen zusammen mit dem systemsprengenden Charakter zusammen, den die »Insubordination der Arbeiter« gegenüber dem immer unabhängigeren "objektiven Skelett" des kapitalistischen Mechanismus tendenziell annimmt.«[31]

Dies zeigt exemplarisch, welchen Wandel die "operaistische" Perspektive bedeutete - die Wende weg von irgendeiner "verborgenen" Bewegung der technisch verstandenen Produktivkräfte hin zu der größten Produktivkraft - der revolutionären Klasse. Panzieri reagierte damit

---

29 Raniero Panzieri: Mehrwert und Planung, nachgedruckt in in Thekla 7, S. 57

30 Einige Anhänger von Bordiga wurden typische dogmatische Vertreter der Zusammenbruchstheorie. Andere entwickelten seine Ideen in eine interessante Richtung weiter, die Parallelen zu den Operaisten aufweist. Der Begriff der *Beständigkeit* (wörtlich: invariance, d. Übers) (Jacques Camatte und andere) sollte erklären, daß die zunehmende Vergesellschaftung der Produktion nicht den Niedergang des Kapitals ausdrückte, sondern den Übergang von der formalen Subsumtion des Arbeitsprozesses durch das Kapital zur reellen Subsumtion, d.h. der Übergang von der kapitalistischen Überwachung eines Arbeitsprozesses, der auf dem Wissen und den Fertigkeiten der ArbeiterInnen beruht, hin zur vollständigen kapitalistischen Herrschaft über diesen Prozeß. Des weiteren sahen sie auch einen Übergang von der formalen Herrschaft des Kapitals über die Gesellschaft zu seiner realen Herrschaft. Trotzdem sind wir der Meinung, daß ihre Betonung der Autonomie des Kapitals den ständigen Kampf, der diesen Prozeß begleitet, nicht genügend beachtet. Deswegen sahen sie Revolution als plötzliche *(wörtlich: catastrophist)* Explosion unterdrückter Subjektivität.

31 Raniero Panzieri: Über die kapitalistische Anwendung der Maschinerie im Spätkapitalismus, hier zitiert nach Thekla 7, S. 12

auf die neue Kampfstärke der Arbeiterklasse, ihre Herausbildung als Bedrohung für das Kapital. Aber »diese Klassenebene«, wie er es nennt, »manifestiert sich nicht als Fortschritt, sondern als Bruch«; nicht als »Enthüllung« der verborgenen Rationalität, die dem modernen Produktionsprozeß innewohnt, sondern als Schaffung einer vollkommen neuen Rationalität, die im Gegensatz zu der vom Kapitalismus praktizierten Rationalität steht.[32]

Während die *mainstream* Marxisten, egal ob sie sich als revolutionär oder reformistisch bezeichnen, eine reformistische Haltung gegenüber der Technologie einnehmen, d.h. sie ausdrücklich mittels Plan effizienter und rationeller organisieren wollen, erkannte Panzieri, daß die Arbeiterklasse bei weitem die bessere Dialektikerin ist, die »die Einheit des "technischen" und "despotischen" Moments des gegenwärtigen Produktionssystems« erkennt.[33] Die maschinelle Produktion und andere Formen kapitalistischer Technologie sind historische Ergebnisse der Klassenkampfes. Sie als "technisch" neutral zu interpretieren, heißt, die Seite des Kapitalismus einzunehmen. Da diese Ansicht den orthodoxen Marxismus beherrscht hat, ist es kaum verwunderlich, wenn einige nun die historische Kritik des Kapitalismus ablehnen und auf eine anti-technologische Perspektive setzen. Sie ersetzen die endgültige Aufhebung des Kapitalismus durch die einfache Negation von "Zivilisation". Das Problem dabei ist nicht, daß einige von uns Waschmaschinen haben wollen, sondern daß diese Wende eine Verbindung zur realen Bewegung verhindert.

Die Kritik der Technologie, zusammen mit einer Umdrehung der Perspektive, erlaubte es den Operaisten, sich die Kritik der Politischen Ökonomie wieder als revolutionäres Werkzeug des Proletariats anzueignen. Wie wir gesehen haben, ist ein entscheidender Bestandteil der meisten Krisen- und Zusammenbruchstheorien der tendenzielle Fall der Profitrate durch die steigende organische Zusammensetzung des Kapitals, welche durch die Ersetzung von Arbeit (als Quelle von Wert) durch Maschinen verursacht wird. Die Italiener nahmen ein allgemeines Statement von Marx: »Man könnte eine ganze Geschichte der Erfindungen seit 1830 schreiben, die bloß als Kriegsmittel des Kapitals wider Arbeiteremeuten ins Leben traten«[34], und entwickelten daraus eine Theorie, die die technologische Entwicklung des Kapitals als Antwort auf und Auseinandersetzung mit dem Kampf der Arbeiterklasse erklärt. Der kapitalistische Arbeitsprozeß wird so zum Terrain für immer neue Klassenkämpfe. Durch die Rückführung der kapitalistischen Entwicklung auf den Kampf der Arbeiterklasse gaben die Operaisten Marxens Bemerkung, daß die größte Produktivkraft die revolutionäre Klasse selbst sei, einen Sinn.

Wenn wir die ständige Erhöhung der organischen Zusammensetzung als Resultat der Kämpfe der Arbeiterklasse und der menschlichen Kreativität begreifen, verliert der tendenzielle Fall der Profitrate seine objektivistische Bedeutung. Der Wechsel von einer an der absoluten Mehrwertrate orientierten Kapitalstrategie zu einer an der relativen Mehrwertrate orientierten[35], wurde ihm von der Arbeiterklasse aufgezwungen und hatte zum Ergebnis, daß Kapi-

---

32 ebd. S. 16

33 ebd. S. 18

34 Das Kapital, MEW Bd. 23, S. 459

35 D.h., von einer Strategie, bei der die Ausbeutung durch eine Verlängerung des Arbeitstages vergrößert wird, zu einer der steigenden Produktivität, wo der Teil des Arbeitstags, in dem die ArbeiterIn Mehr-

tal und Arbeiterklasse sich im Kampf um die Produktivität wiederfanden. Die Kategorien der organischen und technischen Zusammensetzung des Kapitals wurden durch die operaistische Theorie aus der Verdinglichung gelöst und an den Begriff der Klassenzusammensetzung angebunden, also an die Formen von Klassensubjektivität und Klassenkampf, die sich auf die "objektive" Zusammensetzung des Kapitals beziehen. Die Theoretiker der Arbeiterautonomie benutzten diese Begriffe bei ihrer Kritik an früheren Formen der Organisation wie der Avangardepartei, die frühere Klassenzusammensetzungen widerspiegelten, und theoretisierten die neuen Kampf- und Organisationsformen des Massenarbeiters. Dies wirft ein ganz neues Licht auf die Frage des Niedergangs des Kapitalismus und des Übergangs zum Kommunismus:

»Die sogenannte Unvermeidlichkeit des Übergangs zum Sozialismus ist nicht im materiellen Konflikt begründet, sondern sie hängt, gerade aufgrund der *ökonomischen* Entwicklung des Kapitalismus, mit der "Unerträglichkeit" der gesellschaftlichen Kluft zusammen, die sich nur als politische Bewußtwerdung äußern kann. Aber gerade deshalb wird mit der Umwälzung des Systems durch die Arbeiterklasse die ganze Organisation negiert, in der die kapitalistische Entwicklung sich manifestiert, und in erster Linie die Technologie, da sie mit der Produktivität verknüpft ist.«[36]

Die erste Welle des italienischen Operaismus in den 60er Jahren begriff also die Phase des *Laissez faire* nicht als eigentliches Wesen des Kapitalismus, und auch nicht alles, was seitdem passierte, als Niedergang oder Zerfall desselben. Sie befaßten sich mit einer Analyse der konkreten Formen des zeitgenössischen Kapitalismus. Das erlaubte ihnen, die Tendenz zur staatlichen Planung als Ausdruck der vollständigen kapitalistischen Durchdringung der Gesellschaft zu verstehen: als gesellschaftliches Kapital. Sie brachen auch mit dem orthodoxen Marxismus, indem sie die Perspektive umdrehten und die Arbeiterklasse als treibende Kraft des Kapitals verstanden. Dies untermauerten sie mit militanten Untersuchungen der Kämpfe der Massenarbeiter.

iii) Die Theorie von Klassenkampf und Krise

Es gibt zwar Ähnlichkeiten zur Analyse von "Sozialismus oder Barberei" gibt, doch die Positionen der Arbeiterautonomie, die auf der Neuinterpretation der Werkzeuge aus Marxens Kritik der Politischen Ökonomie beruhten und weniger auf ihrer Ablehnung, eher imstande, sich mit der Anfang der 70er Jahre beginnenden Krise auseinanderzusetzen. Die Krise der 70er Jahre bewies die Genauigkeit von Trontis Anregung von 1964, als er behauptete, daß es möglich sei, daß "die ersten Forderungen, die die Proletarier selbst stellen, der Moment, in dem sie nicht von den Kapitalisten integriert werden können, objektiv als Verweigerungsform wirken, die das System in Gefahr bringen ... die einfache politische Blockade der objektiven Gesetzmäßigkeiten"[37]. Die friedliche Weiterentwicklung des Kapitalismus wurde Ende der Jahre zerschlagen. Die italienischen Operaisten kamen bei dem Versuch, das zu verstehen, theoretisch am weitesten, so wie die italienischen ArbeiterInnen in den 70er Jahren bei ihrem Angriff auf das Kapitalverhältnis praktisch am weitesten gingen.

---

wert produziert, verlängert wird.

36 Ebenda, S. 21

37 *Working Class Autonomy and the Crisis*, Red Notes und CSE Books, S.17.

Die orthodoxen Marxisten behaupteten, wie wir bei Mattick sahen, daß der Keynesianismus die Bewegungsgesetze des Kapitals nicht wirklich verändern und die Krise nur aufschieben könne. In gewisser Weise ist das richtig, aber das Problem liegt darin, daß die Ökonomie als Maschine gesehen wird und nicht als verdinglichte Erscheinung antagonistischer sozialer Beziehungen. Die Weiterentwicklung seitens der Arbeiterautonomie, enthalten u.a. in den beiden Aufsätzen von Negri aus dem Jahre 1968[38], bestand darin, daß der Keynesianismus als Antwort auf die Offensive der Arbeiterklasse von 1917 verstanden wurde, als Versuch, die Kämpfe der Arbeiterklasse zum Nutzen des Kapitals zu wenden. Keynes war ein strategischer Denker des Kapitals. Die Kanalisierung der Kämpfe der Arbeiterklasse durch Lohnerhöhungen, die durch steigende Produktivität bezahlt wurden, bedeutete, daß der Keynesianismus im wesentlichen nicht nur Nachfrage-Management, sondern staatliches Management der Arbeiterklasse war, ein Management, das zunehmend gewalttätiger wird, weil es von der Arbeiterklasse ablehnt wird. Das prekäre Gleichgewicht, das es repräsentiert, wurde durch die Offensive der Arbeiterklasse in den Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre in die Krise gestürzt, als der Produktivitätsdeal, auf dem die Akkumulation beruhte, zerrissen wurde. In der Analyse der Arbeiterautonomie erscheint die gesamte keynesianistisch-fordistische Nachkriegsphase als Phase des Planstaats. Dieser wird nun in die Krise gestürzt und durch einen Staat ersetzt, der die Krise aktiv einsetzt, um die Kontrolle zu behalten.

Die Theorie von Klassenkampf und Krise stellt eine notwendige Verbesserung der Sichtweisen der Objektivisten dar. Grundidee des Marxismus der Arbeiterautonomie war, daß er die kapitalistische Krise neu interpretierte: nicht als unabwendbares Resultat objektiver Gesetze, die von der Arbeiterklasse unabhängig sind, sondern als objektiven Ausdruck des Klassenkampfes. Diese Theorie, die sich auf die konkreten Klassenkämpfe bezieht, vermeidet den Begriff Epoche des Niedergangs oder Zusammenbruchs vermieden. Die Geschichte des Kapitalismus ist nicht die der objektiven Entfaltung der Gesetzmäßigkeiten des Kapitals, sondern eine der Dialektik von politischer Zusammensetzung und Neuzusammensetzung. Die tiefe weltweite Krise, die in den 70er einsetzte, wird als Resultat der Kämpfe der fordistischen Massenarbeiter interpretiert. Dieses Subjekt war selbst erst entstanden durch den Angriff des Kapitals auf die Klassenzusammensetzung, die den Kapitalismus nach dem Ersten Weltkrieg fast zerstört hatte. Nun hatte es sich politisch neu zusammengesetzt und war zu einer Gefahr für das Kapital geworden. Die Krise des Kapitals ist die Krise der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Die Theoretiker der Arbeiterautonomie der 70er Jahre theoretisierten die Verweigerung der Arbeit am besten, formulierten eine Kritik an der Zusammenbruchs- und Krisentheorie und setzten eine dynamische Theorie von kapitalistischer Krise und proletarischer Subjektivität dagegen. Sie entwickelten eine Theorie von Klassenkampf und Krise, die in dem Satz »die Krise der Bosse ist der Sieg der ArbeiterInnen« enthalten ist. Sie unterscheidet sich deutlich von den orthodox-marxistischen Erklärungen[39], die die Krise auf innere Widersprüche des

---

[38] Toni Negri: Zyklus und Krise bei Marx, Merve Verlag Berlin 1974

[39] Tatsächlich wird ein orthodox-marxistischer Militanter es für falsch halten, daß die Krise möglicherweise das Werk der Arbeiterklasse ist. »Nein, nein, nein«, wird er oder sie sagen, »das ist ein Argument der Rechten; an der Krise ist das Kapital schuld; die Arbeiterklasse - gesegnet sei ihre Ballonmütze - hat damit

Kapitals zurückführen und die allgemeine Krise und den Niedergang des Kapitals mit der Fesselung der Produktivkräfte durch die Produktionsverhältnisse erklären. Der Begriff von der Fesselung der Produktivkräfte durch das Kapital, der in gewissem Sinne zutrifft, vergißt, daß die Arbeiterklasse in Zeiten der Stärke die kapitalistischen Produktivkräfte blockiert, weil die Weiterentwicklung ihren Interessen und Bedürfnissen widerspricht. Die Bedeutung des proletarischen Widerstands gegen die kapitalistische Arbeit darf im sozialistischen Traum der Arbeit-für-alle nicht vergessen werden. Negri formuliert das so: »Befreiung der Produktivkräfte: sicherlich, aber als Antrieb eines Prozesses, der zur Abschaffung, zur absoluten Negation führt. *Der Übergang von der Befreiung-von-der-Arbeit hin zum Jenseits-der-Arbeit steht im Zentrum, im Herz der Definition von Kommunismus*«[40].

Die Theorie der Arbeiterautonomie war in gewisser Weise optimistischer Projektion von Tendenzen in den stattfindenden Kämpfe. Das gelang gut, solange der Klassenkampf vorankam und revolutionäre Tendenzen in weiteren Aktionen verwirklicht wurden. Tronti führte zum Beispiel den Begriff einer neuen Art von Krise ein, die durch die Verweigerung der ArbeiterInnen entsteht. Diese Verweigerung hatte er in der Schlacht auf der Piazza Statuto erkannt (Ereignisse von 1962, als streikende FIAT-ArbeiterInnen die Gewerkschaften mit Gewalt angriffen). Der Heiße Herbst in Italien 1969, als ArbeiterInnen, kaum daß sie nach einem Streik zur Arbeit zurückkamen, oft gleich wieder in den Streik traten, zeigte die Gültigkeit dieser Annahme. Diese theoretischen Ableitungen, die auch die Situationisten gemacht hatten, als sie die wilden Streiks insbesondere in England als Zeichen für die Dinge, die noch kommen sollten [41], interpretierten, wurden untauglich, als das Kapital in einer Gegenoffensive gegen die Verweigerung die neue - später umgesetzte - Richtung bestimmte: der neuerliche Zwang zur Arbeit (die Wiederbetonung der Arbeit). Theoretiker der Arbeiterautonomie versuchten das mit Begriffen wie dem Übergang vom Planstaat zum Krisenstaat zu begreifen.

Die Theorie von Klassenkampf und Krise verlief sich irgendwann in den 80er Jahren. In den 70er Jahren war der Bruch des Kapitals mit seinen objektiven Gesetzen eindeutig gewesen. Nun wurde das aufkommende Subjekt durch einen Teilerfolg des Kapitals zurückgeschlagen. Es scheint so, als ob in den 80er Jahren die objektiven Gesetze des Kapitals einfach in unserem Leben Amok laufen durften. Eine Theorie, die die Krisenerscheinungen mit den konkreten Verhaltensweisen der Klasse verband, fand wenig offensive Kämpfe, auf die sie sich beziehen konnte; und doch hielt die Krise an. Die Theorie war den Bedingungen nicht mehr angemessen. Negris Neigung zu extremem Optimismus und die Art, wie er Tendenzen als Realitäten interpretierte, was in Zeiten proletarischer Subversion nicht mal schlecht sein mag, wurde zunehmend zum Problem seiner Theoretisierungen und führten dazu, daß er selbst in eine Zusammenbruchstheorie rutschte. Ohne Beziehung zur revolutionären Bewegung litten Negris Texte sehr. In Texten wie *Communists Like Us* und seinem Beitrag zu

---

nichts zu tun - die Krise zeigt die Irrationalität des Kapitalismus und die Notwendigkeit des Sozialismus«. Aber das war genau das stellten die Operaisten in frage: den Sozialismus als die Lösung der Krisentendenzen des Kapitals.

40 *Marx beyond Marx*, Autonomedia/Pluto, London 1991, S.160.

41 Nicht zu vergessen Marx und die schlesischen Bergarbeiter.

Open Marxism begegnen wir sogar in neuem subjektivistischem Gewand die Theorie vom Zusammenbruch des Kapitals und der Auferstehung des Kommunismus hinter unserem Rücken.[42]

Insgesamt sind die Theoretiker der Arbeiterautonomie eine notwendige, aber nicht vollendete Bewegung. Sie waren Ausdruck der Bewegung ihrer Zeit und wurden schwach, im Fall Negris sowieso, sobald sie von ihr isoliert waren. So wie sich 1968 sowohl die Beschränkungen als auch die Bedeutung situationistischer Ideen zeigte, so offenbarte die Phase von Krise und revolutionärem Handeln in Italien zwischen 1969 und 1979 die Bedeutung als auch die Beschränkung der operaistischen und autonomistischen Theorien. Das heißt nicht, daß wir zu den Objektivisten zurückkehren sollten. Wir sollten nach vorne schauen. Die Theorie der Arbeiterautonomie im allgemeinen und die Theorie von Klassenkampf und Krise im besonderen leisteten einen wichtigen Beitrag bei der Kritik der verdinglichten Kategorien des objektivistischen Marxismus. Sie erlaubt uns, diese Kategorien "als Existenzweisen des Klassenkampfes"[43] zu sehen. Sie übertreiben dies zuweilen und sehen nicht, in welchem Maße die Kategorien tatsächlich objektive Aspekte des Kapitals darstellen; trotzdem müssen wir weiterhin die Bedeutung der Umkehrung herausstellen. Wir brauchen einen Weg, wie wir die Beziehung von Objektivität und Subjektivität jenseits der Mechanik der Objektivisten oder Reaktion darauf ("Alles ist Klassenkampf!") verstehen können.

Für die Wiederaneignung des revolutionären Kerns der Marxschen Kritik der Politischen Ökonomie lieferten alle, *Sozialismus oder Barbarei*, die Situationisten und die Arbeiterautonomie, auf unterschiedliche Art und Weise wichtige Beiträge. Es gelang ihnen, weil sie die Theorie vom Niedergang und Zusammenbruch des Kapitalismus verwarfen. Aber die revolutionäre Welle, deren Teil sie waren, ist vorüber. Der Nachkriegsboom ist schon eine schwindende Erinnerung. Im Vergleich zu der Phase, in der diese revolutionären Theorien entwikkelt wurden, ist die heutige kapitalistische Wirklichkeit viel ungewisser. Die kapitalistische Tendenz zur Krise zeigt sich viel offener, während im Klassenkampf Ebbe ist. Im dritten und letzten Teil dieses Artikels werden wir neuere Ansätze betrachten, die versuchen, die Welt, in der wir leben, zu verstehen, zum Beispiel den von *Radical Chains*. Zudem wollen wir unsere eigenen Gedanken zur Lösung des Problems darstellen. o

---

42 Zum Beispiel auf Seite 88 in *Open Marxism II*: "innerhalb der materiellen Entwicklungen (??? wörtlich: within the material passages of development) werden neue technische Bedingungen für die proletarische Autonomie bestimmt. Deswegen ist das erste Mal ein Einschnitt in der Restrukturierung möglich, der nicht wieder zu reparieren und unabhängig von der Reife des Klassenbewußtseins ist." Er scheint dabei auf die Arbeit von Computerprogrammierern zu setzen! – Es sieht so aus, als würden viele radikalen Denker in fortgeschrittenem Alter - oder genauer, wenn die Bewegung, mit der sie verbunden sind, an Kraft nachläßt - ihre Klarheit verlieren. Vielleicht müssen wir Negri gegen Negri benutzen, so wie wir (manchmal) Marx gegen Marx benutzen (müssen). Vielleicht sollten wir die Zusammenbruchstheorie aber auch als Entgleisung betrachten, die Revolutionären widerfährt, wenn die Bewegung, an der sie teilnehmen, zuende ist (nach 1848, nach 1917, nach 1977). Wenn die Klassenbewegung, auf die mensch sich beziehen kann, an Kraft verliert, entsteht die Versuchung, an die Macht des Kapitals zu glauben - eine Versuchung, der wir widerstehen sollten.

43 Siehe Gunn (1989) "Marxism and Philosophy", *Capital and Class*, Nr.37.

Buchbesprechung: "Midnight Oil"[1]

aus AUFHEBEN

Einleitung

Midnight Oil ist eine Artikelsammlung des ZEROWORK-Kollektivs (1974-79) und der Midnight Notes (1979-), in deren Mittelpunkt eine präzise Analyse des Golfkriegs steht. Es gibt viele Gründe, die Veröffentlichung dieses Buches zu begrüßen. Zunächst kann das Veröffentlichen von Texten der autonomen Tradition, die vorher nur wenigen Menschen zugänglich waren, nur ein positiver Schub für Revolutionäre in diesem Land sein, die, bis auf bemerkenswerte Ausnahmen, entweder die Orthodoxie wiederkäuten oder als akademische Kontemplation von sich wiesen. Es ist auch beruhigend, daß trotz der Rückschläge, die die amerikanische Arbeiterklasse in den letzten Jahrzehnten einstecken mußte, einige amerikanische Theoretiker immer noch in der Lage sind Analysen zeitgeschichtlicher Ereignisse anzustellen - zum Glück haben nicht alle auf die Niederlagen mit dem Versuch reagiert, wie Zerzan oder Perlman aus einer mystischen Vergangenheit die Zukunft heraufzubeschwören.

Das nach dem Golfkrieg erschienene Midnight Oil bezieht die direkte Gegenposition zu den orthodoxen marxistischen Theorien, die den Krieg lediglich auf einen (inner)imperialistischen Konflikt reduziert haben. Aber wir können sie nicht unkritisiert stehen lassen, obwohl wir mit einigen Aspekten der Midnight Notes/ "autonomen"[2] Analyse symphatisieren, und sie als Waffe gegen die orthodoxe leninistische Lehre gerne aufgreifen. Während auf den ersten Blick die Breite der Analysen in Midnight Oil beeindruckend ist, fanden wir in der Tat, daß sie entscheidende Schwächen hat. Diese Probleme werden offensichtlich, wenn wir uns an die Voraussagen der Midnight Notes vor dem Golfkrieg in der Broschüre *When Crusaders and Assasins Unite* erinnern. Sie behaupteten in dieser im November 1990 veröffentlichten Broschüre, die der amerikanischen Anti-Kriegsbewegung eine Analyse vom Klassenstandpunkt liefern wollte, daß es keinen Krieg geben werde, weil es keine grundlegenden Differenzen zwischen dem US-amerikanischen und irakischen Kapital gebe, da beide Interesse an einem höheren Ölpreis hätten.

»Diese Differenzen hinsichtlich der Kontrolle über die Festsetzung der Ölpreise und hinsichtlich der Schuldenpolitik können vermittelt werden, obwohl in diesem Vermittlungsprozeß durchaus am Rande auch militärische Gewalt angewandt werden könnte. Doch die US-Kreuzfahrer sind nicht auf der arabischen Halbinsel, um einen großangelegten, kon-

---

[1] *Midnight Oil - Work, Energy, War, 1973-92.* Midnight Notes. Autonomedia, Brooklyn 1992; - auf deutsch zusammen mit anderen Texten in: TheKla 10 - *Zerowork*, TheKla 12 - *Arbeit, Entropie, Apokalypse*, TheKla 14 *Ölwechsel* und TheKla 17 - *Midnight Oil* erschienen.

[2] Sie erklären an anderer Stelle das Problem, den Begriff "Operaismus" ins Englische zu übersetzen; meisten schreiben sie deshalb "autonom" oder "autonomist". Das ist historisch nicht ganz korrekt, reicht aber für den hier behandelten Zusammenhang aus. Um Mißverständnisse zu vermeiden, haben wir das Wort dann jeweils in " " gesetzt; d.Ü..

ventionellen Krieg gegen die irakischen Assassinen zu führen, wie viele es sich immer wieder ausmalen. Die US-Truppen sind nämlich nicht auf der arabischen Halbinsel, um gegen die Soldaten einer Regierung zu kämpfen, die das Spiel des kollektiven Kapitals mitspielt. Das Regime von Saddam Hussein zeigt sich vollständig gewillt und in der Lage, dieses Spiel mitzuspielen. Diese US-Invasion des persischen Golfs ist daher nicht mit dem Krieg in Vietnam zu vergleichen, wo das US-Militär hingeschickt wurde, um eine direkt antikapitalistische, revolutionäre, bewaffnete Bewegung zu bekämpfen. Sie gleicht eher der US-Besetzung von Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg, die nicht in erster Linie eine sowjetische Invasion abwehren, sondern das Entstehen von revolutionären Kräften in Westeuropa selbst verhindern sollte.«[3]

Midnight Notes und *No War But The Class War* in Britannien versuchten mit der Betonung des Klassenkampfs über die leninistische Analyse des Krieges hinausgehen, aber wir müssen ihre Grenzen erkennen, um darüber hinauszugehen. Es ist vielleicht nicht überraschend, daß *When Crusaders and Assasins Unite* und die Vorhersagen in Midnight Oil verschwiegen werden. Aber für uns ist nicht wichtig, daß die Midnight nicht recht hatten, sondern warum sie nicht recht hatten. Wenn wir ihre Analyse des Golfkrieges als Lackmustest nehmen, werden die losen Fäden ihrer Theorie schnell entwirrt. Es geht nicht nur darum, daß Midnight Oil inkonsistent ist, wie man es ja auch nur erwartet von einem kollektiven Projekt mit 20jähriger Entwicklung, sondern wir finden die dahinterstehende Theorie unzusammenhängend.

Leninismus und die Imperialismustheorie

Um die Bedeutung von Midnight Oil zu verstehen müssen wir es in den Kontext der Opposition zu den dominierenden marxistischen Erklärungen des Golfkrieges stellen. In Britannien wurde die Antikriegsbewegung dominiert vom links-liberalen Pazifismus des CND, der Sanktionen befürwortete, um die Iraker zur Aufgabe zu hungern anstatt, sie ins Mittelalter zu bomben. Die schnelle Antwort der 'revolutionären Linken' war einfach die alte anti-imperialistische Position des 'Unterstützt das schwache Land gegen die imperialistische Aggression' zu bringen (trot out), die jede echte Klassenanalyse des Krieges leugnet. Aber im Fall des Iraks wurde die blanke Absurdität dieser Position offensichtlich. Wie können sogenannte Revolutionäre eine faschistische Diktatur mit einer nachgewiesenen Zahl von Massakern an der eigenen Arbeiterklasse unterstützen? Die SWP (Socialist Worker Party) gab die [knee jerk] Reaktion, den Irak zu unterstützen, bald aufgegeben, weil sie aufgrund ihres Opportunismus die Linie änderten und sich an die Friedensbewegung anhängten, in der Hoffnung, neue Mitglieder zu gewinnen, während die RCP ihre stramme Unterstützung für den irakischen Staat beibehielt. In beiden Fällen ließ ihr (rigider) Glaube an die diskreditierte leninistische Imperialismustheorie die Gruppen bei der Einschätzung der linksliberalen/pazifistischen Initiative in der Antkriegsbewegung scheitern.

---

[3] Wenn Kreuzfahrer und Assassinen sich zusammentun, muß das Volk sich in acht nehmen, Beilage Wildcat 54.

Die leninistische Imperialismustheorie

Die leninistische Imperialismustheorie hat ihre Ursprünge in Lenins *Imperialismus*. Lenins *Imperialismus* basiert auf der Arbeit von Bucharin, die gegen die orthodoxe Theorie der zweiten Internationale entwickelt wurde, wie sie beispielhaft in Hilferdings *Finanzkapital* zu finden ist. Sie legt dar, daß seit 1870 die Welt eine Konzentration und Zentralisierung der Produktion in riesige Monopole und Kartelle, die den nationalen Markt beherrschen, erlebt hat. Dies brachte eine neue Ära des Monopolkapitalismus hervor, der, auf jeden Fall für Lenin, das letzte Stadium des Kapitalismus war. Im Monopolkapitalismus tendieren die riesigen Monopole zur Verschmelzung mit dem Finanzkapital und wegen der nationalen Bedeutung dieser riesigen Kapitale werden sie zunehmend vom Staat reguliert und gefördert. Weil diese großen Kapitale, in Kartellen organisiert, den Markt beherrschten, konnten sie die Produktion planen und die Preise festlegen. Es gab nicht mehr die Anarchie des Marktes. Die Voraussetzungen für eine zentralisierte und geplante sozialistische Wirtschaft waren gegeben. Es war nur noch nötig, daß die Arbeiterklasse die Macht übernimmt und die großen Monopole und Banken verstaatlicht.

Aber um Monopolprofite machen zu können, beschränkten die großen Monopole die inländische Produktion, um die Preise nach oben zu treiben. Eine verringerte Produktion begrenzte die Investitionen, woraus beide Tendenzen entstanden - Überproduktion und Kapitalüberschuß, der im Ausland investiert werden mußte. Das führte zu einem Drang auf ausländische Märkte und Imperialismus unter dem Schutz des Staates, aber dies brachte jede imperialistische Macht in Rivalitätskonflikte mit den anderen Mächten. Der orthodoxe/zentristische Kautsky ging davon aus, der imperialistische Konflikt würde sich letztendlich friedlich in einem Ultra-Imperialismus auflösen. Lenin sagte, er könne lediglich durch Krieg und Revolution gelöst werden. Eine These, die er durch den Ersten Weltkrieg bewiesen sah.

Probleme der leninistischen Theorie

Erstens ist seine Analyse veraltet, wenn sie auf die aktuelle Situation angewandt wird. Hilferdings Arbeit, auf der Lenins Arbeit weitgehend aufbaut, bezieht sich auf die Ära des Monopolkapitalismus zur Jahrhundertwende, speziell auf die Situation in Deutschland. Aber mit der Entwicklung und Durchsetzung des Fordismus besteht die Teilung der Welt nicht mehr länger aus überausgebeuteten Kolonien, sondern vielmehr erscheint die Dritte Welt als marginalisierte Ökonomien innerhalb des Weltmarktes, die das Kapital nicht vollständig ausbeuten kann.

Vielleicht ist noch wichtiger, daß Lenins Theorie des Imperialismus durch die Annahme einer Passivität der Arbeiterklasse eingeschränkt ist. Die Arbeiterklasse ist der am wenigsten entwickelte Aspekt in Lenins *Imperialismus*, während die Dynamik zum Krieg und die Möglichkeit der Planung völlig aus den Verhältnissen innerhalb des Kapitals abgeleitet werden. So wird die Arbeiterklasse als passiv gesehen, die durch objektive Bedingungen heranreifen muß, bevor sie in der Lage ist, entscheidend in Aktion zu treten. Das wird besonders deutlich in Lenins Konzeption der Arbeiteraristokratie in dem Sinn: die Arbeiter sind 'gekauft', und nicht in dem Sinn, sie haben Zugeständnisse erreicht, die die Monopole

zwangen, den Preis zu erhöhen. Deshalb ist das Ergebnis von Lenins *Imperialismus*, mit dieser Annahme der Passivität der Arbeiterklasse, daß er die Bewegung zum Kommunismus in den Widersprüchen innerhalb des Kapitals als objektivem ökonomischen System und nicht in der revolutionären Selbsttätigkeit der Arbeiterklasse lokalisiert.

Autonomie gegen die leninistischen Imperialismustheorien

Wenn die Unangemessenheit von Lenins *Imperialismus*, wie er auf den Golfkrieg angewandt wird, darin liegt, daß der Kern die 'Objektivität' ist, also das Kapital, können wir ihn dann bekämpfen, wenn wir die "autonome" These der 'Subjektivität', also des Klassenkampfes, der Midnight Notes benutzen? Die große Stärke der Midnight Notes und anderer "autonomer" Marxisten ist, die Zentralität des Klassenkampfes herauszustellen. Mit ihrer Sicht der Klassenzusammensetzung, besonders der Idee des Massenarbeiters, haben Midnight Notes und andere "Autonome" die Notwendigkeit erkannt, über die Phase des Monopolkapitalismus, wie er von Hilferding beschrieben wurde, hinauszugehen. Mit dem Bezug auf die Arbeiterklasse als autonome Kraft innerhalb und gegen das Kapital waren die "Autonome" in der Lage, den Fordismus und den Widerstand dagegen zu begründen. Technologie und Organisation der Arbeiterklasse reflektieren von daher beide eine bestimmte Machtverteilung als Ergebnis vorangegangener Kämpfe. Deshalb sind Gewerkschaften, Sozialdemokratie und leninistische Parteien spezifische historische Organisationsformen.

Midnight Oils große Kraft liegt in der Betonung des Klassenkampfes, ob es Wanderarbeiter der Ölindustrie, irakische Deserteure, streikende Autoarbeiter, wild streikende Bergarbeiter oder italienische Mietstreikende sind. Aber während dieser Bezug auf die Selbsttätigkeit der Klasse die Stärke von Midnight Oil ist, ist er auch gleichzeitig seine größte Schwäche. Das Problem der Midnight Notes ist nicht einfach, daß sie den Klassenkampf überbetonen, sondern daß sie den modernen Kapitalismus nicht ausreichend verstehen. In der Konzentration auf die Kämpfe neigen sie dazu, die Funktionsweise des Weltmarkts auf eine reine Machtfrage zu reduzieren, wo das Kapital kollektiv die Preise diktiert, um die Arbeiterklasse anzugreifen.

Wert und Apokalypse

Für Marx ist der Kapitalismus nicht die letzte Wiedergeburt einer allwissenden Megamaschine, die entstanden ist, um die Menschheit zu unterdrücken, und auch nicht eine einfache Vereinbarung, in der sich die Kapitalistenklasse bewußt verschworen hat, uns auszubeuten. Kapital ist vielmehr ein gesellschaftliches Verhältnis, durch das menschliche Handlungen als eine fremde und objektive Macht gegenübertreten, die menschlichen Willen subsumiert und für den bedingungslosen Drang zur eigenen quantitativen Ausweitung benutzt. Als solcher ist Kapitalismus für Marx weit entfernt von einem bewußt regulierten System. Als eine Totalität ist Kapital ein Prozeß, der sich ständig aus den Konflikten selbsterneuern muß und dafür den Widerspruch zwischen getrennten Individuen und antagonistischen Klassen nutzen muß. Das heißt natürlich nicht, daß es keine bewußten Versuche von Planung oder Formen sozialer Kooperation, wie den Staat, gibt, aber

das sind einzelne Momente innerhalb des Kapitals als unbewußtem Subjekt und sie entstehen nur aus bestimmten Kampfbedingungen und der Konkurrenz zwischen Individuen und Klassen.

Jenseits ihrer unterschiedlichen politischen Ansichten sehen sowohl die Midnight Notes wie auch der orthodoxe Marxismus Lenins und Kautskys eine grundlegende Veränderung im Kapitalismus verglichen zu dem im Marxschen Kapital beschriebenen - sie begreifen den modernen Kapitalismus in der Entwicklung zu einem bewußt regulierten System.

Das hängt zusammen mit der Vorstellung davon, wie wir das Übergangsstadium zum Sozialismus/Kommunismus erreichen. Der orthodoxe Marxismus sieht das in erster Linie unter den Bedingungen der innerkapitalistischen Verhältnisse, in Form wachsender Staatsintervention und dem Wachstum der Monopole, die beide zu geplanter Produktion und Tausch anstelle Regulierung durch die Anarchie des Marktes führen, also die Überwindung des Wertgesetzes. Die Midnight Notes/"Autonomen" sehen die Überwindung des Wertgesetzes dagegen mehr in der Trennung der Arbeit vom Kapital durch die Automatisierung der Produktion.

Das Fragment über die Maschinen

Die theoretische Basis für die Position von Midnight Notes, das Wertgesetz sei überwunden, liegt in dem inzwischen berühmten Abschnitt in den *Grundrissen*, der als Fragment über die Maschinen bekannt worden ist. Auf diesen Seiten beschreibt Marx lebhaft, wie das Kapital in seinem Drang, die gesellschaftliche Produktivität der Arbeit durch Mechanisierung und letztlich Automatisierung der Produktion zu erhöhen, dazu führt, daß die Produktion immer weniger proportional zur eingesetzten Arbeitskraft ist. Da aber das Kapital nichts anderes als die Ausweitung entfremdeter Arbeit ist, treibt diese Tendenz das Kapital über seine eigene Grundlage hinaus. Folglich Krise und Apokalypse. Wie Marx schreibt:

> »Sobald die Arbeit in unmittelbarer Form aufgehört hat, die große Quelle des Reichtums zu sein, hört und muß aufhören die Arbeitszeit sein Maß zu sein und daher der Tauschwert [das Maß] des Gebrauchswerts. [...] Das Kapital selbst ist der prozessierende Widerspruch [dadurch], daß es die Arbeitszeit auf ein Minimum zu reduzieren [sucht], während es andererseits die Arbeitszeit als einziges Maß und Quelle des Reichtums setzt. [...] Nach der einen Seite ruft es also alle Mächte der Wissenschaft und der natur, wie der gesellschaftlichen Kombination und des gesellschaftlichen Verkehrs ins Leben, um die schöpfung des Reichtums unabhängig (relativ) zu machen von der auf sie angewandten Arbeitszeit. Nach der anderen Seite will es diese so geschaffnen riesigen Gesellschaftskräfte messen an der Arbeitszeit, und sie einbannen in die Grenzen, die erheischt sind, um den schon geschaffnen Wert als Wert zu erhalten.«[4]

Die Vorstellung, es gebe eine Tendenz zur Aufhebung des Wertgesetzes ist zentral dafür, wie die Midnight Notes den Erdölpreis analysieren. Sie ermöglicht ihnen die Position, daß

---

[4] Karl Marx, Grundrisse, Berlin 1953/74, S. 593

der Wert nicht länger ein notwendiger Maßstab/Regulator des Kapitals ist und somit die Arbeit zur reinen Form gesellschaftlicher Disziplinierung geworden ist. Folglich ist die Verweigerung der Arbeit nicht länger eine utopische Forderung. Und in dem Ausmaß, in dem die Arbeit vom Kapital getrennt und nicht länger durch den Wert vermittelt ist, haben wir es nur noch mit zwei antagonistischen Klassen zu tun, von denen jede ihre eigene Strategie hat. Deshalb versucht der kollektive Kapitalist seine Macht zu erhalten, indem er Arbeit aufzwingt, und der kollektive Arbeiter versucht zu widerstehen und diese Arbeit zu verweigern.

In Midnight Oil versuchen die Midnight Notes, diese Tendenz einseitig anzuwenden als wenn sie eine langfristige historische Tendenz sei, die nun real wird.[5] aber damit geraten sie in große Probleme. Wenn diese Tendenz real geworden ist, dann tritt das Kapital über seine eigene substanz hinaus. Wenn Kapital nicht die Selbst-Expansion von Wert ist, was ist es dann? Das Kapital verschwindet! Unredigiert durch objektive Kategorien von Wert und Kapital sind wir alleingelassen mit zwei antagonistischen Subjekten, der 'kapitalistischen' Klasse und der 'Arbeiter'klasse, die in einen apokalyptischen Kampf auf Leben und Tod verstrickt sind. Sind wir in einer solchen Epoche angekommen? Ist die fortdauernde Existenz von kapitalistischer Konkurrenz und Märkten lediglich eine Illusion aus der Vergangenheit? Die Midnight Notes starren in den Abgrund und sehen die Konsequenzen einer solchen Schlußfolgerung, sie schrecken davor zurück:

> »[W]enn das Kapital *nach Belieben* die Energie- und Industriepreise aufgrund der *Macht* der multinationalen Konzerne verändern und manipulieren kann, d.h. unabhängig von der Arbeitsmenge, die in die Warenproduktion eingeht, dann müssen wir *Arbeit* und *Mehrwert* (Ausbeutung) als unsere grundlegenden Kategorien aufgeben. Marx wäre dann zwar ehrenwert, aber gestorben. Wir müßten die Position eines Sweezy oder Marcuse übernehmen, wonach Monopole und technologischer Fortschritt das Kapital vom "Wertgesetz" unabhängig gemacht haben. (Dieses Gesetz besagt, daß Preise, Profite, Kosten und andere betriebswirtschaftliche Einheiten sich an der Arbeitszeit messen {und von dieser erklärt werden}, die in die Warenproduktion und die Reproduktion der dafür benötigten Arbeiter eingeht.) Scheinbar kann das Kapital seine eigenen Gesetze brechen, der Klassenkampf verlagert sich auf die Ebene des reinen Machtkampfes, des "Willen zur Herrschaft", Macht gegen Macht; und die Preise werden Teil des Gewaltverhältnisses, willkürlich ausgelöst wie das Abfeuern eines Schusses.«[6]

---

[5] Die Konzeption dieser Tendenz des Kapitals, das über das Maß des Werts hinausgetrieben wird, sieht der stärker mechanistischen Analyse des tendenziellen Falls der Profitrate des orthodoxen Marxismus verblüffend ähnlich. Dies ist vielleicht nicht völlig überraschend, man könnte nämlich vertreten, daß in den Fragmenten über die Maschinen in den *Grundrissen* Marx noch dabei ist, seine Theorie der fallenden Profitrate auszuarbeiten – so hat er zum Beispiel die Kategorie des konstanten Kapitals an diesem Punkt noch nicht entwikkelt. Jedenfalls erklären die Midnight Notes nicht explizit, wie sie diese Tendenz selbst sehen, und unterdrücken Versuche, diesen Punkt zu klären. Und zwar dadurch, daß sie Versuche, diese Passagen in ihrer Beziehung zum Rest der Marxschen Theorie zu klären, als pure 'Marxologie' abtun.

[6] Midnight Oil S. 235; hier zitiert nach TheKla 12 S. 42.

Stattdessen versuchen sie, das Problem zu umgehen, das sich aus der Aufgabe des Wertgesetzes ergibt, indem sie behaupten, nur bestimmte Sektoren seien vor der Arbeit geflüchtet, aber diese Sektoren – Erdöl und Nahrungsmittel – sind grundlegende Bedarfsgüter, deren Preis alle anderen Preise bestimmt. Sie können deshalb als Waffe benutzt werden, durch die der Kapitalismus als weltweites System gegen die Arbeiterklasse organisiert werden kann. In mehreren Artikeln, vor allem [den bereits zitierten] *Anmerkungen zur internationalen Krise* setzen sie die politische Kontrolle über das Erdöl als selbstverständlich voraus, aber in *Die Arbeits/Energie-Krise und die Apokalypse* [TheKla 12] versuchen sie eine Erklärung in Begriffen unterschiedlicher organischer Zusammensetzungen des Kapitals.

Mit Marx behauptet *Die Arbeits/Energie-Krise und die Apokalypse*, daß der Ausgleich der Profitrate bedeutet, daß sich die Preise von den Arbeitswerten unterscheiden müssen, weil sich das Verhältnis von lebendiger zu toter Arbeit in den verschiedenen Industriebranchen unterscheidet. Da Mehrwert nur von lebendiger Arbeit angeeignet werden kann, können Industriebranchen, die eine große Menge Arbeit im Verhältnis zu den in ihnen angewandten Produktionsmitteln ausbeuten (also diejenigen mit einer niedrigen organischen Zusammensetzung), relativ mehr Mehrwert produzieren als Kapital, das in stark mechanisierten Industriebranchen angelegt ist (also Kapital mit einer hohen organischen Zusammensetzung). Der Ausgleich der Profitrate geschieht durch den Transfer von Mehrwert von den Branchen mit niedriger organischer Zusammensetzung zu denen mit hoher organischer Zusammensetzung. Damit dies stattfinden kann, müssen in Branchen mit hoher organischer Zusammensetzung die Preise höher als die Werte sein und niedriger in Branchen mit niedriger organischer Zusammensetzung.

Davon ausgehend versuchen die *Midnight Notes* dann, Marx umzudrehen, indem sie behaupten, dies beweise, daß Preise von Werten entkoppelt sein können in Branchen mit hoher organischer Zusammensetzung wie Nahrungsmittel und Erdöl. Aber Marx versuchte genau das Gegenteil zu zeigen, nämlich wie trotz der Veränderungen in Preisen und Werten gleichwohl die Werte die Produktion und den Tausch regulieren.[7] Und gerade durch die Analyse der Herausbildung der Durchschnittsprofitrate und der Herausbildung der Produktionspreise, die systematisch von den Werten abweichen, zeigt Marx, wie das 'Wertgesetz' – vermittels der Konkurrenz zwischen einzelnen Kapitalisten – jedes individuelle Kapital dazu zwingt so zu handeln, als sei es nur ein besonderer Teil eines

---

[7] Dennoch liefern die *Midnight Notes* eine wichtige Analyse, wie sich die Erfahrung der Arbeiter von Ausbeutung mit unterschiedlicher organischer Zusammensetzung ändert. In bezug auf die Energiekrise stellen sie fest: »Das ganze *Bild* vom Arbeiter scheint sich mit dieser Neuzusammensetzung des Kapitals aufzulösen. Der bullige "Blue Collar"-Fließbandarbeiter verblaßt in der Ölkrise, löst sich in die weibliche Dienstleistungsarbeiterin und den abstrakten Computerprogrammierer auf. Die großen Konzentrationen von Fabrikarbeitern, die sich als dermaßen explosiv erwiesen hatten, werden zerstreut; das spezifische Gewicht der Gegenwart des Arbeiters wird dramatisch vermindert. [...] [D]ie gewaltigen Wanderungsbewegungen "um Arbeit zu finden" [lösen] militante Kreise auf; die alten Hochburgen der Kämpfe werden isoliert und erscheinen altertümlich, beinahe lächerlich.« Midnight Notes S. 234 f.; zitiert nach TheKla 12, S. 41.

allgemeinen Kapitals, trotz aller bewußten Absichten auf seiten der Kapitalisten selbst.[8] Selbst wenn wir also akzeptierten, daß Energie und Nahrungsmittel Bereiche hoher organischer Zusammensetzung sind – was wir nicht tun[9] – hat *The Work/Energycrisis and the Apocalypse* keinen ausreichenden theoretischen Grund unter den Füßen. Und Midnight Notes geben das sogar selbst zu, wenn sie einräumen, daß die Kapitalisten nur 'scheinbare Freiheit' haben, wenn es darum geht, die Erdölpreise unabhängig von der Arbeit, die in die Erdölproduktion eingeht, festzusetzen.[10] Aber erst anhand der Geschichtsbetrachtung der *Midnight Notes* wird die Bedeutung dieser theoretischen Lücken deutlich.

Erdöl als Geschichte

Ist es richtig, wie die *Midnight Notes* behaupten, daß die Geschichte des Nachkriegs-

---

[8] Vielleicht am erstaunlichsten überhaupt ist die Tatsache, daß Midnight Notes keine Theorie der Rente haben! Für uns liegt es klar auf der Hand, daß eine Betrachtung der Rententheorie notwendig ist, wenn man die Festsetzung des Erdölpreises angemessen verstehen will. Und in der Tat scheinen die Midnight Notes manchmal [at points] darüber verblüfft zu sein, wie es möglich ist, daß Erdöl zu produzieren im Nahen Osten nur ein paar Cents pro Barrel kostet, und man das gleiche auf den Erdölmärkten für 20 bis 30 Dollar verkaufen kann. Für sie dient das alles nur als weiterer Beweis dafür, daß Erdölpreise festgesetzt werden. Das ist aber nichts Neues und wurde von Marx bereits in Teil VI im dritten Band des *Kapital* behandelt als ein besonderer Fall der Wirkung des 'Wertgesetzes'. Alle natürlichen Ressourcen haben keinen immanenten Wert, da sie nicht von menschlicher Arbeit hergestellt wurden. Sie haben nur insofern Wert, als sie gehoben und dorthin transportiert werden müssen, wo sie gebraucht werden. Freilich können sich natürliche Bedingungen stark verändern. Die Erdölförderung in der Nordsee oder in den USA ist wesentlich teurer als im Nahen Osten, und so lange solch teures Erdöl nötig ist, um die weltweite Nachfrage zu befriedigen, ist es der Wert dieser marginalen *High cost*-Produzenten, der den Preis des Erdöls bestimmt. Der Unterschied zwischen diesem Marktpreis und dem *Low cost*-Erdöl, der eine höhere als die Durchschnittsprofitrate ermöglicht, kann insoweit als Rente gefaßt werden, als Eigentumsrechte als Barriere gegen die Konkurrenzbewegung des Kapitals wirken können, welche notwendig ist zum Ausgleich der Profitrate. Natürlich können solche Eigentumsverhältnisse bestritten und manipuliert werden, da die Preise einer höchst strategischen Ware wie dem Erdöl zu einem großen Teil auch politisch bestimmt werden, aber es bleibt zu zeigen, wie im Fall des Erdöls diese Manipulation das 'Wertgesetz' widerlegt. Siehe *The economics of the oil crisis* von C. Binia, der die historische Entwicklung der Ölpreisfestsetzung auf Marxens Rententheorie zu beziehen versucht und gleichzeitig die Vorstellung zurückzuweisen versucht, daß die Erdölpreise einfach von der OPEC, den Erdölmultis oder der US-Regierung manipuliert seien.

[9] Die organische Zusammensetzung des kapitals wird gemessen als verhältnis vom Wert der Produktionsmittel C (konstantes Kapital) zum Wert der lebenden Arbeit V (variables Kapital), die im Produktionsprozeß verbraucht werden. Es ist vielleicht klar, daß die Atomindustrie eine Branche mit hoher organischer Zusammensetzung des kapitals ist, aber die Produktion von Erdöl? Auch wenn man einräumt, daß die Erdölproduktion große Mengen an fixem Kapital zur Produktion und zum Transport des Rohöls erfordert im Vergleich zur eingesetzten Arbeit, so wird dieses fixe Kapital aber über viele Produktionszyklen hinweg eingesetzt. So daß die menge in einem einzelnen Produktionszyklus sehr viel niedriger ist als es auf den ersten Blick scheinen mag. Zweitens hat, anders als im verarbeitenden Gewerbe, der Basisrohstoff, Erdöl im Boden, keinen Wert. So besteht das konstante Kapital also nur in Hilfsmaterialien wie zum Beispiel Strom, um die Pumpen zu betreiben und so weiter.

[10] »Wie erklären wir dann die scheinbare Freiheit des Kapitalisten beim Festsetzen der Öl*preise*, unabhängig von der Arbeit, die in Ölproduktion (d.h. vom *Wert*) eingeht?« Midnight Oil, S. 235 - zitiert nach TheKla 12, S. 42.

Kapitalismus die Geschichte von Veränderungen des Erdölpreises ist?
Bekanntlich sprengten in den späten 60er Jahren Arbeiterkämpfe den Lohn-Produktivitäts-Deal des Keynesianismus. Arbeiter forderten ›mehr Geld - weniger Arbeit‹, und das führte zu einem Einbruch der Profite. Die Midnight Notes behaupten, das ›Kapital‹ (in Form der USA) habe als Antwort auf diese Offensive die ›Energiekrise‹ eingesetzt, indem sie die Ölpreise nach oben trieben, was zu einer Umstrukturierung des Kapitals und zu Reallohnverlusten führte. So führte die Vervierfachung der Erdölpreise 1973-74 zu riesigen Profiten der Energieunternehmen und erdölproduzierenden Länder, die dann als Petrodollars recyclet wurden und massiven Investitionen in die Automatisierung von Fabriken sowie die Produktionsverlagerung in die "neu industrialisierten Ländern", wo die Arbeit billiger war, ermöglichte.
Nachdem das Kapital den Erdölpreis hochgetrieben hatte, führen die Midnight Notes aus, mußte es ihn auch wieder nach unten bringen. Denn Mitte der 70er Jahre hatten sich erdölproduzierende Staaten im Nahen Osten, Nordafrika und in der Karibik breiten [popular] Forderungen gebeugt und ›vergeudeten‹ die erhöhten Erdöl-Einnahmen in Form von höheren Löhnen und Sozialausgaben. Die höheren Erdölpreise führten nicht nur dazu, daß das Erdölproletariat höhere Löhne forderte, sondern ermutigten es, in Ländern wie dem Iran auch dazu, ihre Herrscher zu stürzen und zu versuchen, Kontrolle über den Reichtum zu erlangen, den sie produzierten.
Deshalb, so behaupten die Midnight Notes, verließ das Kapital in den 80er Jahren seine Strategie, die Erdölpreise hoch zu halten und setzte Austeritätsmaßnahmen durch. Dies schloß notwendigerweise ein, daß der Erdölpreis gesenkt wurde, um das Erdölproletariat anzugreifen. Deshalb setzte die US Federal Reserve Bank eine globale Verlangsamung [slowdown] ins Werk, indem sie das Geldangebot einschränkte, was zu einem scharfen Anstieg der Zinsraten führte, und in Verbindung mit einem Verlust an Einnahmen durch den Export die Schuldenkrise auslöste. Als hauptsächlicher Exekutor des Kapitals verschrieb der IWF den Schuldnerländern Austeritätsmaßnahmen, das heißt ein vorteilhafteres Investitionsklima und Produktion für den Export. Midnight Notes zufolge führte aber der Widerstand der Arbeiterklasse gegen die Austeritätspolitik dazu, daß die Rückzahlung der Schulden der Dritten Welt gefährdet war. Dies zwang die USA dazu, den Dollar um die Hälfte abzuwerten, wodurch auch die (in US-Dollar berechneten) Schulden sich halbierten, um das globale Bankensystem zu retten.
Wie erwartet führte diese Ausweitung der Austeritätspolitik zu einem heftigen Widerstand der Arbeiterklasse, so daß, wie die *Midnight Notes* ausführen, Ende der 80er Jahre das Kapital das Scheitern seines Austeritätsprogramms festgestellt hätte und daß es deshalb eine massive Expansion mit riesigen neu zu erschließenden Gebieten wie Rußland und China plante. Die Vorstellung war, daß die billige Arbeit und Rohstoffe des sozialistischen Blocks dazu genutzt werden könnten, die Löhne der ArbeiterInnen im Westen zu untergraben. Aber angesichts der weltweiten Rezession waren die Investitionen knapp, deshalb sollten die Erdölpreise als Motor benutzt werden, um zusätzliche Mittel für eine allgemeine Umstrukturierung der globalen Akkumulation bereitzustellen. Diese Umstrukturierung sollte sich auf die Reorganisierung der Erdölindustrie konzentrieren, besonders in den Gebieten,

wo sie nationalisiert worden war. Das internationale Kapital hoffte, diese Gebiete als Ergebnis fallender Erdölpreise zwangsweise öffnen zu können; aber als der IWF versuchte, Ölstaaten wie Nigeria, Venezuela, Algerien und Marokko zu zwingen, Sozialausgaben und Löhne zu kürzen, kam es zu massenhaften Aufständen. Deshalb, so führen die Midnight Notes aus, konnten die Erdölpreise nur dann erhöht werden, wenn eine massive Steigerung der Repression die Proleten davon abhielte, sich eine Scheibe der geplanten Erdöleinkommen anzueignen, wie es die 70er und 80er Jahre über passiert war.

Den *Midnight Notes* zufolge ist der Golfkrieg somit entstanden aus dem Prozeß der Rekolonisierung in den späten 80er Jahren, der auf den Kollaps des sozialistischen Blocks folgte. Um die Erdölfelder im Ostblock, in Mexiko und Nigeria zu öffnen, bedurfte es einer neuen Welle von Investitionen, um sie profitabel zu machen. Aber die lokalen Regimes könnten sich dazu gezwungen sehen, einen Teil der erhöhten Einnahmen den Proleten zu geben. Den Midnight Notes zufolge wurde der Golfkrieg also gebraucht als Beispiel, um die Proleten zu terrorisieren, damit sie ein Leben in extremer Armut inmitten gigantischer Akkumulation von Reichtum akzeptieren. Deshalb

> »war die Re-Organisierung der ArbeiterInnen in den bedeutendsten erdölproduzierenden Regionen des Planeten kein zufälliges Nebenprodukt des Kriegs, sondern eher sein zentrales Anliegen, und zwar eines, das trotz einiger Streitereien [untereinander], von den herrschenden Klassen von Irak, Kuweit, Saudi Arabien, Europa und den USA geteilt wird. Da die Erdölindustrie im Nahen Osten (und international) dabei war, ihre größte Expansion in den letzten 15 Jahren vorzubereiten, mußte sie ein zunehmend rebellisches erdölproduzierendes Proletariat sowohl neuzusammensetzen wie terrorisieren. Vor dem Hintergrund einer ›internationalen Intifada‹ gegen die IWF-Austeritätspläne hatte jeder neue Versuch, inmitten neuer, auf der Erhöhung des Erdölpreises gründender Akkumulationswellen von Reichtum die Lebensbedingungen der ArbeiterInnen auf breiter Grundlage zu verschlechtern, zur Voraussetzung, daß die Militarisierung sprunghaft angehoben wird.«[11]

Das Abgleiten in die Verschwörung

Das zentrale Problem von *Midnight Oil* besteht darin, daß ihr Versuch, die Geschichte des Kapitalismus auf die Geschichte der Veränderungen der Erdölpreise zu reduzieren, in der Tendenz zu einer Verschwörungstheorie führt, wo ein vereinigtes Kapital die Energiepreise manipuliert, um die Arbeiterklasse anzugreifen. Niemand bestreitet die Auswirkung/-Bedeutung [impact] der Erdölpreise, oder ihre Rolle bei der Umstrukturierung des Kapitals nach der Offensive der Arbeiterklasse in den 60er und 70er Jahren, aber die Analyse von Midnight Notes ignoriert völlig die Bedeutung der Entwicklung des globalen Finanzkapitals. Denn da das globale Finanzkapital jenseits der Kontrolle jeder Regierung agiert, untergräbt es die Vorstellung der Midnight Notes von einem vereinigten Kapital, das *bewußte Kontrolle* ausübt.

---

[11] Midnight Oil, Einleitung S. VIII.

Ebensowenig gelingt es den Midnight Notes, an irgendeiner Stelle in *Midnight Oil* zu zeigen, wie und von wem Erdölpreise manipuliert werden. Wer entscheidet über ›die Strategie des Kapitals‹? Überdies belegt die von ihnen zitierte ›Dokumentation‹ zum Beweis der Konspiration der USA mit der OPEC zur Verdreifachung der Erdölpreise ihre Behauptung nicht.[12] Sie zeigt nur, daß vor dem Hintergrund der Verdreifachung der Erdölproduktion und der Explorationskosten in den USA die amerikanische Erdölindustrie in der Lage war, die US-Regierung zu beeinflussen, nicht zu intervenieren, als zunächst Libyen und dann die anderen Staaten die Gelegenheit der Krise in der Erdölindustrie dazu benutzten, die Preise auf Höhen zu treiben, die von den am Rande der Profitabilität liegenden Produzenten in den USA bestimmt waren. Die Erdölkrisen von 1973, 1979 und 1986 lassen sich besser als kritische Konjunkturen [Zusammentreffen] in der Entwicklung der Erdölindustrie weg von der bewußten und geplanten Regulierung der Produktion und des Austauschs durch die großen Sieben, von der US- und der britischen Regierung unterstützten, Erdölgesellschaften hin zu einem vereinigten Erdölmarkt verstehen, der zu einem großen Teil nicht mehr von Regierungen und Monopolen bewußt zu regulieren ist.

Die Begrenzungen der Methode und Analyse von Midnight Notes werden kraß deutlich in den Artikeln *Oil, Guns and Money* und *Rambo on the Barbary Shore*. Obwohl *Rambo on the Barbary Shore* sich vorgeblich damit beschäftigt, wie Saudi Arabien die Erdölproduktion 1985-86 verdoppelte und wie das mit dem US-Bombardement von Libyen zusammenhängt, faßt es in Wirklichkeit Midnight Notes' Konzeption davon zusammen, wie das Kapital den Markt manipuliert. Dieses Argument wird zusammengefaßt in *Oil, Guns and Money*, wo sie in bezug auf die 50%ige Abwertung des Dollar im Jahr 1985 folgenden Standpunkt vertreten:

> »Dieses Manöver verminderte mit einem Schlag den Wert der Schulden, die Länder wie Mexiko und Polen aufgehäuft hatten, um die Hälfte. Aber dies geschah nicht aus Nächstenliebe. So wie die Senkung der Zinssätze 1983 durch Mexikos Moratorium ausgelöst worden war, wurde die Dollarabwertung durch Südafrikas Moratorium auf Rückzahlungen an ausländische Banken im August 1985 ausgelöst. Die Möglichkeit, daß das südafrikanische Kapital dem Kämpfen der schwarzen Arbeiter im eigenen Land unterliegen könnte und daß diese Maßnahme andere Regierungen auf der Welt dazu veranlassen könnte, ebenfalls Schuldenrückzahlungen zu stoppen, reichte aus, um das westliche Kapital dazu zu bringen, die Bedingungen der weltweiten Verschuldung zu ändern. In dieser Manipulation monetärer Werte sehen wir die kapitalistische Planung auf ihren abstraktesten und am meisten verdinglichten Ebenen, wo Entscheidungen, scheinbar weit weg von der Arbeit im Betrieb oder in der Küche letztlich die allertiefsten Auswirkungen mit sich bringen. Eine der wichtigsten Konsequenzen der Dollarabwertung war zum Beispiel die gleichzeitige Verbilligung des Erdöls. Und während des freien Falls des Dollars verdoppelte Saudi Arabien seine Produktion innerhalb von neun Monaten und halbierte damit den Erdölpreis. Die US-Regierung

---

12 Foreign Policy 25. Winter 1976. Oppenheim, V. H. »Why Oil Prices Go Up: The Past, We Pushed Them«.

arrangierte diese Verbilligung des Erdöls, damit die Kosten für die Importe in die USA nicht in schwindelerregende Höhen schossen. Denn mit einem Dollar, der nur noch halb so viel wert war, wären die Importe, besonders von Erdöl, doppelt so teuer geworden. Die USA waren sowieso schon auf dem Weg, zum größten Schuldnerland der Welt zu werden, und es gab die Befürchtung, daß die Dollarabwertung sie über den Rand der Solvenz gestoßen hätte. Diese Doppelmanöver von 1985-86 - die Dollarabwertung und Ölpreissenkung - zeigen, wie der internationale Markt vom Kapital bewußt strukturiert wird.«[13]

Diese ganze Analyse ist voller Fehler, wie sie für die theoretischen Unzulänglichkeiten der Midnight Notes symptomatisch sind. Zunächst wurde der US-Dollar nicht einseitig und auf einen Schlag abgewertet. Die auf das Plaza-Abkommen folgende Dollarabwertung zog sich über beinahe zwei Jahre hin und erforderte die konzertierte Aktion der Zentralbanken der größten Industriemächte, deren Reserven nur einen Bruchteil der riesigen Kapitalflüsse ausmachten, die sich auf den internationalen Geldmärkten drängen. Zweitens halbiert die Abwertung nicht unbedingt die Schulden der USA, vor allem dann nicht, wenn diese in US-Dollar ausgedrückt werden und der Exporteur, z.B. Mexiko, hauptsächlich mit den USA Handel treibt. Es ist richtig, daß der Widerstand gegen die Schulden zur Umschuldung im Bakerplan führte und gleichzeitig die Strategie der US-Regierung begrenzte, die Zinsraten zur unbegrenzten Verteidigung eines überbewerteten Dollars einzusetzen; stattdessen mußten sie den Dollar in internationaler Kooperation 1985 abwerten. Aber wir können nicht einfach Fluktuationen des US-Dollars mit der Festsetzung des Erdölpreises erklären, wozu die *Midnight Notes* neigen. Den Wert des Dollars zu halbieren bedeutet nicht, daß die Erdölpreise halbiert werden müssen, um die Außenhandelsschulden der USA nicht zu verdoppeln, denn der Preis des Erdöls wird in Dollar festgelegt. Folglich zeigen die Doppelmanöver von 1985-86 nicht, wie der internationale Markt vom Kapital strukturiert wird, sondern im Gegenteil, wie Versuche zur bewußten Regulierung internationaler Märkte höchst begrenzt sind!

Verschwörung um Mitternacht?

Alles in allem ist *Midnight Oil* ein wichtiges Buch, denn seine hartnäckige Betonung der Kämpfe der Arbeiterklasse ist ein wichtiges Korrektiv zum Objektivismus des Lenin'schen *Imperialismus* und seinen Vertretern. Aber es ist verheerend untergraben von der Tendenz der *Midnight Notes*, bestimmte Ergebnisse der bewußten Strategie eines vereinigten Kapitals zuzuschreiben. Das ganze Buch hindurch gelingt es den Midnight Notes nicht zu zeigen, wie sich das Kapital konstituiert. Sie deuten an, daß der US-Staat die Strategie des Kapitals formuliert, können dann aber nicht erklären, wie die US-Politik formuliert wird. Das Problem besteht darin, daß die Konzeption der *Midnight Notes* von einem vereinigten

---

[13] Midnight Oil S. 13 - siehe auch TheKla 14; darin hatten wir aber die ursprüngliche Fassung von *Oil, Guns and Money* übersetzt, wie sie in einer Broschüre während des Golfkriegs erschienen war. Für das Buch haben die Midnight Notes den Text überarbeitet, obige Stelle fehlt im Original und somit auch in TheKla 14.

Kapital darauf hinausläuft, daß sie Kapitalismus mit den Aktionen der individuellen Kapitalisten zusammenlaufen lassen. Kapitalismus hat keine Strategie, auch wenn Kapitalisten unterschiedliche Strategien verfolgen. Kapitalismus als eine Totalität wird über den Weltmarkt vermittelt und entsteht aus dem Konflikt zwischen und innerhalb der unterschiedlichen Kapitale und der Arbeiterklasse.

Selbst wenn das Kapital eine Strategie hätte (was es nicht hat), so können die *Midnight Notes* nicht erklären, wie es organisiert ist und von wem. Wenn wir voraussetzen, daß die Midnight Notes das Kapital als undifferenzierte Einheit sehen, die eine abgestimmte Strategie gegen die Arbeiterklasse durchsetzt, dann würden wir es akzeptieren, daß sie sich auf Organisationen wie die UNO, den IWF, G7 usw. konzentrieren. Zu diesen Organisationen, die als Arenen angesehen werden könnten, um die ›Strategie des Kapitals‹ auszuarbeiten, legen sie aber sehr wenige Analysen vor. Eine solche Unterlassung kann aber nicht einfach ein Fehler der Midnight Notes sein, es ist eher eine Konsequenz ihrer Methode, die nicht auf Spaltungen innerhalb des Kapitals schaut, weil ihre Theorie solche Spaltungen wegdefiniert hat.

Sobald ihre Konzeption eine vereinigten Kapitals auf konkrete Ereignisse angewandt wird, springen ihre Ungereimtheiten ins Auge. Zum Beispiel betrachteten die Midnight Notes den Golfkrieg als eine vom kollektiven Kapital durchgesetzte, verabredete Strategie zur Durchsetzung höherer Ölpreise. Zu Beginn veranlaßte sie das, die Position einzunehmen, daß es nicht zum Krieg kommen würde,[14] höchstens zu Scheingeplänkel. Denn warum sollte es zum Krieg kommen, wenn es letztlich keine fundamentalen Meinungsverschiedenheit zwischen dem Irak und den USA gab? Als sie dann aber durch die Ereignisse gezwungen waren zuzugeben, daß Krieg geführt wurde, reduzierten sie diesen auf die Militarisierung der Erdölproduktion durch das kollektive Kapital. Dies führt tendenziell zur Aussage, daß der Irak und die USA die Invasion Kuweits insgeheim - via April Glaspie - abgesprochen hatten, als Teil einer koordinierten Strategie zur Erhöhung der Erdölpreise. Während die Invasion von Kuweit eine Konsequenz aus der Unfähigkeit der Ba'ath-Partei war, Austeritätsmaßnahmen gegen die eigene Arbeiterklasse durchzusetzen, trifft es nicht zu, daß sie Teil eines koordinierten weltweiten Plans zur Militarisierung der globalen Erdölindustrie war, wie man an der "Unordnung" in der Antwort der US-Regierung deutlich sehen kann.

Indem sie den Ereignissen eine vordefinierte Konzeption eines vereinigten Kapitals aufzwingen, sind die Midnight Notes in der Lage, ihre Position zum Golfkrieg zu wechseln vom ›gefälschten Krieg‹ [phoney war] zu einer Methode des irakischen Regimes, Austeritätsmaßnahmen durchzusetzen. Dies kulminiert in ihrem Argument, daß der irakische Staat nicht glaubte, daß die USA intervenieren würden, und selbst wenn er das glaubte, daß es dennoch in den Interessen des Ba'ath-Regimes lag. Es ist wahr, daß die hauptsächlichen Ziele des UNO-Bombardements Zivilisten waren, Infrastruktur und Truppen auf dem Rückzug, welche die Hauptkraft der Revolte im Irak ausmachten; aber daraus zieht

---

14 Siehe: Wenn Kreuzzügler und Assassinen...

Midnight Notes die Schlußfolgerung, daß der Krieg im Interesse der Ba'athisten war, weil er es ihnen schließlich ermöglichte, Austeritätsmaßnahmen gegen die irakische Arbeiterklasse durchzusetzen. Dabei war der Triumph des Ba'ath-Staates über die Aufstände der Arbeiterklasse alles andere als garantiert. Und es ist nicht wahr, daß der irakische Staat das völlige Zerbomben [saturation bombing] suchte, was zur massiven Zerstörung von produktivem Kapital führte und zur Gefahr des Umsturzes, weil er eventuell annahm, dies würde seine Fähigkeit zur Durchsetzung von Austeritätsmaßnahmen verbessern. Wenn wir die dezimierten Erdölindustrien von Irak und Kuweit ausnehmen, dann gelingt es Midnight Notes nicht zu zeigen, daß die Erdölproduktion nach dem Golfkrieg stärker militarisiert ist als zuvor. Und selbst vor dem Hintergrund des Bürgerkriegs in Jemen kostet das Erdöl heute etwa 16$ pro Barrel, also das gleiche wie vor dem Krieg. Dies ist also keinesfalls die massenhafte Erhöhung der Erdölpreise, welche die Midnight Notes als Ergebnis der durch den Golfkrieg vom kollektiven Kapital durchgesetzten Militarisierung der Erdölindustrie erwarteten. Und angesichts der Tatsache, daß die Erdölpreise in naher Zukunft auf 13 - 14 Dollar pro Barrel sinken werden, können wir schließen, daß das Kapital entweder keine Strategie der hohen Erdölpreise verfolgt, oder daß es nicht in der Lage war, eine solche durchzusetzen. Es ist klar, daß die Erdölpreise nicht als Motor für eine neue Akkumulationsphase funktionieren, welche die Welt aus der Rezession zieht.

Und wenn wir schließlich die Theorie der Midnight Notes auf andere Konflikte wie in Somalia und Jugoslawien anwenden, bricht ihre Methode zusammen. Der Krieg im früheren Jugoslawien ist ein perfektes Beispiel für die Uneinigkeit und Spaltungen zwischen den verschiedenen Kapitalien.[15] Während die Leninisten den Konflikt als imperialistischen Krieg sehen, den Stellvertreter auskämpfen, tendieren die "autonomen" Analysen dazu, ihn als Konspiration eines vereinigten Kapitals zu sehen, das Nationalismus und Krieg dazu benutzt, eine kämpferische Arbeiterklasse zu spalten und zu unterwerfen. Diese beiden Positionen stellen die entgegengesetzten Seiten derselben undialektischen Münze dar. Solche Konflikte können wir theoretisch nur verstehen, wenn wir verstehen, wie der Klassenkampf durch Konkurrenz vermittelt wird und umgekehrt. Die Antipathie der "Autonomisten" dialektischem Denken gegenüber bedeutet, daß sie zwar die Schmähreden der Antiimperialisten korrigieren, sie aber nicht überwinden [supersede] können. o

---

15 Siehe: *Class Decomposition in the New World Order: Yugoslavia unravelled.* Aufheben Nr. 2.

In Heidelberg gibt es ein neues Szeneblättchen namens Virus. *Der Leitartikel ist über Sabotage am Arbeitsplatz. Sie machen eine kurze allgemeine Einleitung, dann bringen sie zwei Artikel aus dem Sprouse-Buch, nämlich den Sozialamtsarbeiter Shawn und die Postarbeiterin Reggie. Dann kommt ein Abschnitt mit eigenen Erfahrungen, den ich nachher abtippe. Ich finde das Ding ganz witzig, z.B. das mit den "höheren Angestellten, wie Lehrlinge und KassiererInnen..." Außerdem scheint mir so ein Bericht in Blättern der autonomen Szene eine absolute Rarität zu sein. Auch sticht der Artikel aus dem Rest des "Virus" stark hervor, der sich aus dem üblichen autonomen Zeugs zusammensetzt.*

Aushilfskraft im Supermarkt
Ein Beispiel aus Deutschland

Ich arbeitete bei einem Supermarkt, der zu einer großen Kette gehört, als Hilfskraft. Meine Aufgabe war es, die Regale mit Lebensmitteln aufzufüllen und einzusortieren und obwohl der Stundenlohn weit unter dem üblich ausbezahlten Lohn lag, entschloß ich mich dazu, den Job anzunehmen, da die Tätigkeit angenehm erschien und dort einige Bekannte arbeiteten. Mit der Zeit erhöhte sich mein Aufgabenbereich und es wurde von uns Billigarbeitskräften verlangt, viele Überstunden zu machen, sowie zu den unmöglichsten Tagen zur Arbeit zu erscheinen. Doch trotzdem war die Zeit, welche ich in dem Laden verbrachte, relativ abwechslungsreich und lustig. So fand sich immer Zeit für ein Schwätzchen mit den anderen und des öfteren bedienten wir uns mit Getränken auf Kosten des Hauses, welche natürlich in Massen vorhanden waren. Besonders beliebt bei uns Malochern waren die Süßigkeitenregale, sowie weite Bereiche der Spirituosenabteilung, welche besonders häufig von uns frequentiert wurden. Umsonst trank es sich immer noch am besten und auf das Abendessen konnte zu Hause leicht verzichtet werden, gab es hier doch alles, was der Magen verlangte! Niemand kam es in den Sinn unser Tun während der Arbeit als verboten, kriminell oder gar böse abzutun. In Anbetracht des als Ausbeutung zu betrachtenden Lohnes und der schweren körperlichen Belastung beim Heben und Tragen der Lebensmittel, war es regelrecht notwendig zu holen, was uns versagt blieb! Natürlich blieben Forderungen nach Lohnerhöhungen oder kürzeren Arbeitszeiten immer zu unbeachtet. Bezeichnend für diesen Laden, wo sich der Chef eine goldene Nase an billigen Arbeitskräften, wie Kassiererinnen oder Aushilfskräften, verdient ist die Tatsache, daß es so gut keinen Betriebsrat gab [so im Orginal, Matsch]. Doch nicht nur wir, die untersten in der Hierarchie (wir standen in der Bezahlung noch unter den Putzkräften!) steckten des öfteren was ein, sondern auch die höheren Angestellten wie beispielsweise Lehrlinge, KassiererInnen, VerkäuferInnen bis hin zu den Chefetagen, wurden von uns beobachtet, wie sie das gleiche taten. Ein günstiger Faktor half uns bei unseren Umverteilungsaktionen: die Produkte waren in keinerlei Hinsicht diebstahlgesichert und somit war die Freude doppelt so groß. Wichtig war es, es den miesen Ausbeutern von Chefs heimzuzahlen und sich zu nehmen, was mensch zusteht! o